PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 14.10.1975, fertiggestellt

16. Oktober 1975 Jg. 3 Nr. 41 50 Pfennig

Strauss, Biedenkopf und die SPD

Wer ist der beste Diener des Kapitals?

Unter den bürgerlichen Parteien rumort es. In der SPD wird gestritten über Investitionskontrolle, über Lebers Amtsführung als Verteidigungsminister und vor allem über die Schuld an den Wahlniederlagen. – Die FDP hat ihren Generalsekretär Bangemann gefeuert, weil der "die falsche Frage zum falschen Zeitpunkt" aufgeworfen habe, nämlich ob man weiter mit der SPD in der Koalition bleiben oder lieber mit der CDU gehen solle. Der "Bayernkurier" droht der CDU sogar offen mit Gründung einer vierten bürgerlichen Partei, einer bundesweiten CSU, und gibt zu verstehen, daß mit Biedenkopf und Kohl die Bundestagswahlen 1976 schon verloren seien. Je mehr sie sich einig sind im Zweck ihrer Politik, der Erhaltung der bürgerlichen Ordnung, und je enger sie zusammenrücken gegen die Volksmassen, um so heftiger werden gleichzeitig die Auseinandersetzungen zwischen ihnen und in ihren Reihen.

Die Verschärfung und lange Dauer der Krise spitzen die Widersprüche im bürgerlichen Lager zu. Der Spielraum für Kompromisse zwischen den einzelnen Kapitalisten und Kapitalistengruppen wird enger und die Konkurrenz schärfer. Unterschiedlich gelagerte Interessen lassen unterschiedliche Konzeptionen aufeinander stoßen über den Weg, wie die Krise für die Kapitalisten überwunden werden soll.

So sehr Strauß und Biedenkopf sich sonst bekämpfen, in einem Punkt sind sie sich einig: Der SPD werfen sie vor, daß sie "die Frage nach der weiteren Existenz des Mittelstandes, des Handwerks, der kleineren Industriezweige" bedenkenlos aufs Spiel setze und stattdessen um die Gunst "der großen Schlüsselindustrien ... buhle" (Bayernkurier, 11. Oktober). Beide beziehen sich dabei auf einen tatsächlich bestehenden Zusammenhang: Der vormalige Thyssen-Manager und jetzige Krupp-Chef Mommsen war nicht zufällig Staatssekretär unter Helmut Schmidt im Verteidigungsministerium. Und die Vorstandschefs des Salzgitter- und des VW-Konzerns Birnbaum und Schmücker loben die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in den höchsten Tönen. Der CDU-Mann Birnbaum tritt für die Mitbestimmung ein als ideales Instrument, um die Krisenlasten auf die Arbeiter abzuwälzen und diese doch ruhig zu halten. Sehr bewährt habe sie sich bei den "sehr schmerzhaften Operationen" der Massenentlassungen. Diese Auffassung würde "in manchem anderen Vorstand" der Kohle- und Stahlindustrie geteilt, die unter die

Forts. S. 2

renz schärfer. Unterschiedlich gelagerte Interessen lassen unterschiedliche Konzeptionen aufeinander stoßen über den Weg, wie die Krise für die Kapitalisten überwunden werden soll.

So sehr Strauß und Biedenkopf sich sonst bekämpfen, in einem Punkt sind sie sich einig: Der SPD werfen sie vor, daß sie "die Frage nach der weiteren Existenz des Mittelstandes, des Handwerks, der kleineren Industriezweige" bedenkenlos aufs Spiel setze und stattdessen um die Gunst "der großen Schlüsselindustrien ... buhle" (Bayernkurier, 11. Oktober). Beide beziehen sich da-

die Vorstandschefs des Salzgitter- und des VW-Konzerns Birnbaum und Schmücker loben die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in den höchsten Tönen. Der CDU-Mann Birnbaum tritt für die Mitbestimmung ein als ideales Instrument, um die Krisenlasten auf die Arbeiter abzuwälzen und diese doch ruhig zu halten. Sehr bewährt habe sie sich bei den "sehr schmerzhaften Operationen" der Massenentlassungen. Diese Auffassung würde "in manchem anderen Vorstand" der Kohle- und Stahlindustrie geteilt, die unter die

Forts. S. 2



250 000 Metallarbeiter in Portugal streikten für höheren Lohn und für ihre Rechte. Die Klassenkämpfe in Portugal ergreifen immer breitere Teile des Volkes. Korrespondentenberichte auf S. 14 und S. 15

Kambodscha

Warum Phnom Penh geräumt werden musste

"Kambodscha ist ein riesiger Arbeitsplatz geworden." (Ieng Sary vor der UNO) Das schmeckt nicht jedem.

"50 Mitarbeiter Sihanouks, die mit dem Prinzen das fünfjährige Exil in Peking teilten, haben sich nach einem dreiwöchigen Besuch im September in Phnom Penh geweigert, endgültig nach Kambodscha zurückzukehren und China inzwischen in Richtung

flüchtete Bauern waren, die in der Stadt keine Existenzmöglichkeiten hatten, denn die industrielle Produktion war kaum entwickelt.

Die Erklärung für das haßerfüllte Geschrei ist, daß das kambodschanische Volk unter Führung der GRUNK und FUNK den Plan zunichtemachte, den die Imperialisten ausführen wollten, um Phnom Penh nach

weitere jeweils in den folgenden Monaten.

Als die Stadt am 17. April 1975 befreit wurde, gab es nur noch einen Reisvorrat für acht Tage, Beibehaltung der Hungerrationen vorausgesetzt. Da die Eisenbahnen nicht funktionierten, war eine ausreichende Versorgung vom Land her unmöglich.

Darauf hatten die Imperialisten ge-

Kambodscha

Warum Phnom Penh geräumt werden musste

"Kambodscha ist ein riesiger Arbeitsplatz geworden." (Ieng Sary vor der UNO) Das schmeckt nicht jedem.

"50 Mitarbeiter Sihanouks, die mit dem Prinzen das fünfjährige Exil in Peking teilten, haben sich nach einem dreiwöchigen Besuch im September in Phnom Penh geweigert, endgültig nach Kambodscha zurückzukehren und China inzwischen in Richtung Frankreich verlassen." (Süddeutsche Zeitung, 14.10.1975)

"Die Lage in Kamobdscha nach der Machtübernahme der Roten Khmer wird von den früheren Sihanouk-Mitarbeitern in düsteren Farben geschildert, Phnom Penh sei eine 'tote Stadt'. Die freie Bewegungsmöglichkeit der Bevölkerung sei unterdrückt." (ebenda)

Tatsächlich leben in Phnom Penh heute nur etwa 100 000 Menschen, wurden die über eine Million, die vor der Befreiung in der Stadt zusammengepfercht waren, aufs Land geführt und sollen nach Sihanouk, in einem Interview, auch nur 300 000 wieder nach Phnom Penh zurückkehren.

Die Aussiedlungsaktion stellt die imperialistische Presse hin als barbarischen Terror der Kommunisten über das Volk, dem Tausende zum Opfer gefallen seien, vor allem durch Hunger. Als ob es ihnen jemals um die Lage der Massen und die Interessen des kambodschanischen Volkes gegangen wäre. Wie sie früher verschwiegen hat, daß "täglich 300 Kambodschaner von uns (USA) getötet oder verwundet wurden, seit 1970 insgesamt über 600 000", daß "die Hälfte der Bevölkerung, über drei Millionen, durch unsere Bomben zu Flüchtlingen gemacht wurden" (New York Post, 24.12.1974) und daß die BRD-Regierung die Hauptstütze dieser Politik der US-Regierung war, genauso verschweigt sie jetzt absichtlich, daß die mehr als eine Million Menschen in Phnom Penh bei der Befreiung vor den US-Bomben geflüchtete Bauern waren, die in der Stadt keine Existenzmöglichkeiten hatten, denn die industrielle Produktion war kaum entwickelt.

Die Erklärung für das haßerfüllte Geschrei ist, daß das kambodschanische Volk unter Führung der GRUNK und FUNK den Plan zunichtemachte, den die Imperialisten ausführen wollten, um Phnom Penh nach ein paar Monaten wieder in die Hand zu bekommen.

US-Politik mit Hungersnot

Die USA sind verantwortlich für den Hungertod von mindestens 15 000 Kambodschanern, hauptsächlich kleinen Kindern, während der letzten Kriegsmonate. Das war das Ergebnis einer Untersuchung, die vom Indochina Resource Center (Indochina-Forschungszentrum) in Washington in diesen Tagen der Presse übergeben wurde. (Guardian, 15.10.1975) Die Studie enthüllt, daß die USA absichtlich unzureichend Nahrungsmittel nach Phnom Penh schickten, um mehr Frachtraum für Waffen zu haben, mit denen sie den Krieg verlängern wollten. In der Studie "Politik mit Nahrung: Aushungerung und Agrarrevolution in Kambodscha" stellt Georg Mc. T. Kahin, Professor an der Cornell Universität und Spezialist für Südostasien, fest, daß schon im September 1974 Kinder im Alter von zwei Jahren in den Lon-Nol-Gebieten durchschnittlich nur 8,7 kg wogen und im Januar 1975 gar nur noch 7,8 kg.

In der letzten Phase des Krieges brauchte die Stadt 1 000 Tonnen Reis täglich, die USA lieferten nur 545. Dr. Gay Alexander, ehemaliger Direktor des "Catholic Relief Service in Phnom Penh", erklärte im März, daß täglich "Hunderte an Unterernährung sterben". Insgesamt wird geschätzt, daß im März 8 000 Menschen verhungerten und mindestens 15 000 weitere jeweils in den folgenden Monaten.

Als die Stadt am 17. April 1975 befreit wurde, gab es nur noch einen Reisvorrat für acht Tage, Beibehaltung der Hungerrationen vorausgesetzt. Da die Eisenbahnen nicht funktionierten, war eine ausreichende Versorgung vom Land her unmöglich.

Darauf hatten die Imperialisten gesetzt. "Wir haben Dokumente beschlagnahmt, nach denen der Feind einen politisch-militärischen Plan ausgearbeitet hatte, um innerhalb von sechs Monaten erneut die Macht zu ergreifen. Dabei zählte er mit Versorgungsschwierigkeiten und den daraus entstehenden Störungen und auf seinen Plan, unsere Revolutionsarmee zu korrumpieren, um Störungen und Anarchie zu provozieren. Der Feind besaß einen ganzen durchorganisierten Apparat, um sein Ziel zu realisieren." (Ieng Sary in seiner Rede vor der UNO am 30.8.75)

Deshalb waren die US-Marionetten Lon Non, Long Boret, Sirik Matak

Forts. S. 2



Ranschaffen und anschaffen

Es gibt Organisationen, die betrachten die internationale Solidarität als Leihgeschäft: Sie versuchen vom Kredit mehr oder weniger bekannter revolutionärer Organisationen in Ländern zu leben, in denen, um gleich den Jargon anzuschlagen, was los ist. Die Firma, in der sich diese Organisationen zusammengeschlossen haben, heißt "westeuropäische Linke". Promoter dieser Firma ist die italienische "Lotta continua", die sich multinational betätigt. Teilhaber sind die verschiedenen trotzkistischen Grüppchen. Ein beträchtliches Aktienpaket hat sich neuerdings der Kommunistische Bund Nord erworben. Schwer aber ist es, als lokaler Teilhaber richtig zum Zuge zu kommen. Das mußte der Kommunistische Bund Nord jetzt in einer westeuropäischen Portugal-Solidaritätswoche erfahren:

"Lotta continua hat, obwohl sie in der BRD nur unter italienischen Kollegen arbeitet, sich massiv in die Kampagne in der BRD eingemischt und dabei in der Regel zugunsten der Trotzkisten und Spontaneisten gegen den KB Partei ergriffen.

Davon abgesehen, hatte LC es offenbar auch verstanden, bei der Vergabe von Rednern, Sängern etc. sich die 'fettesten Brocken' selbst nach Italien zu schaffen, so daß wir eine Reihe von Rednern sowie Sängern nur durch eigene persönliche und politische Verbindungen noch in die BRD holen konnten. Insbesondere hatte LC, entgegen den Vereinbarungen, keine Vertreter politischer Organisationen 'besorgt'; die Vertreter des MES mußten wir uns also durchweg selbst nachträglich noch 'ranschaffen'." (Arbeiterkampf Nr. 67/1975)

Ja, rauh gehts zu im Geschäft; auf nichts kann man sich verlassen, wenn man nicht seine eigenen persönlichen und politischen Verbindungen einsetzt. Die fettesten Brocken werden einem weggeschnappt und im Gegensatz zu den Vereinbarungen wird einem gerade als Kleinem die vereinbarte Ware oft nicht besorgt. Man muß sie sich selber ranschaffen. Und ranschaffen muß man die Ware, sonst geht das lokale Theater bankrott. Aber das beste Geschäft ist vor Einbrüchen nicht sicher, wenn sich der Händler übernimmt:

"Dort, wo unsere Organisation schon länger arbeitet oder stärker verankert ist, insbesondere in Hamburg, sind die erwarteten Teilnehmerzahlen nicht erreicht worden."

Offensichtlich ist eine Marktanalyse fällig. In der "westeuropäischen Linken" nennt man das wohl Selbstkritik. Spätestens wenn die Kunden ausbleiben, ist sowas fällig.

Angriffe des US-Botschafters auf Idi Amin von afrikanischen und arabischen Staaten zurückgewiesen

Die in der OAU zusammengeschlossenen afrikanischen Staaten haben in der Vollversammlung der UNO die Bezeichnung des OAU-Präsidenten Idi Amin als "rassistischen Mörder" durch den amerikanischen UNO-Botschafter Moynihan entschieden zurückgewiesen. Namens der afrikanischen Staaten erklärte der UNO-Botschafter von Dahomey, Moynihans Äußerungen seien eine "vorsätzliche Provokation" nicht nur gegenüber Amin, sondern auch ein "unfreundlicher Akt" gegenüber der OAU. Ein Sprecher der arabischen Liga erklärte sich mit den Ausführungen des afrikanischen Botschafters solidarisch. – (nach: Süddeutsche Zeitung, 8.10.1975)

Steuern für Kapitalisten sollen gesenkt werden

Die Bundesregierung berät gegenwärtig Steuersenkungen für die Kapitalisten, nachdem sie die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Arbeitslosenbeiträge schon beschlossen hat. Die Staatssekretäre Schlecht (FDP) und Offergeld (SPD) haben Vorschläge ausgearbeitet, wonach die Kapitalisten weitgehend steuerfrei bleiben, wenn sie ihre Profite wieder in Kapital verwandeln und neue Produktionsmittel kaufen ("degressive Abschreibung"), wonach die Gewinne früherer Jahre nachträglich steuerfrei bleiben, wenn jetzt Bilanzverluste gemacht werden ("Verlustrücktrag"), und wonach drittens die ohnehin niedrige Vermögenssteuer weiter gesenkt werden soll (von 1 auf 0,7 %). Es wird also weiter gespart: jetzt an den Kosten, die den Kapitalisten ihr Staat selber macht, wie vorher schon beschlossen worden war, an den Sozialausgaben zu sparen, die sich die Volksmassen erkämpft hatten. Der SPD-Staatssekretär Offergeld hat allerdings gegenüber der Presse erklärt, daß "andere Kostenfaktoren eine viel größere Bedeutung" hätten für die Kapitalisten als die Steuern, so unter anderem auch die "Lohnforderungen". Da soll dann als nächstes gespart werden. – (nach Spiegel und Süddeutsche Zeitung, 13.10.1975)

Großbankier: An den Staatsschulden verdienen wir nicht genug

Der Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank, Poullain, hat in einer ZDF-Sendung aufgefordert, jetzt keine Bundesanleihen zu kaufen. Auf Anfrage hat er seine Position erläutert: Er zweifle nicht an der "Bonität des Kreditnehmers Bund", aber die Bundesanleihen böten eine geringere Rendite als sie anderswo für Kredite zu haben sei. Die Herren des Finanzkapitals geben bekannt, daß sie an der Staatsschuld nicht genügend verdienen können.

Beitragssätze für Krankenkassen erhöht

Die Barmer Ersatzkasse will ihren Beitragssatz zum 1. Januar 1976 von bisher 10,6 auf 12,1 Prozent des Gehalts erhöhen. Das trifft zunächst einen großen Teil der Angestellten. Die Barmer Ersatzkasse ist aber bloß der Schrittmacher für die gegenwärtig rund 1 500 selbständigen Krankenkassen, von denen jede ihren Schnitt machen will und denen gegenüber die Ärzteorganisation, die Krankenhausträger und die Chemiekonzerne jederzeit ihre Forderungen durchsetzen können. Die von der Bundesregierung für 1978 geschätzten Beitragssätze von elf bis elfeinhalb Prozent werden damit schon im kommenden Jahr weit überschritten.. – (nach: Mannheimer Morgen, 14.10.1975)

Zusammenarbeit der Bundesregierung mit südafrikanischem Rassistenregime erwiesen

Dreist-dumm meint die BRD-Regierung, von ihrer verbrecherischen Politik zur Stärkung des südafrikanischen Siedlerregimes ablenken zu können.

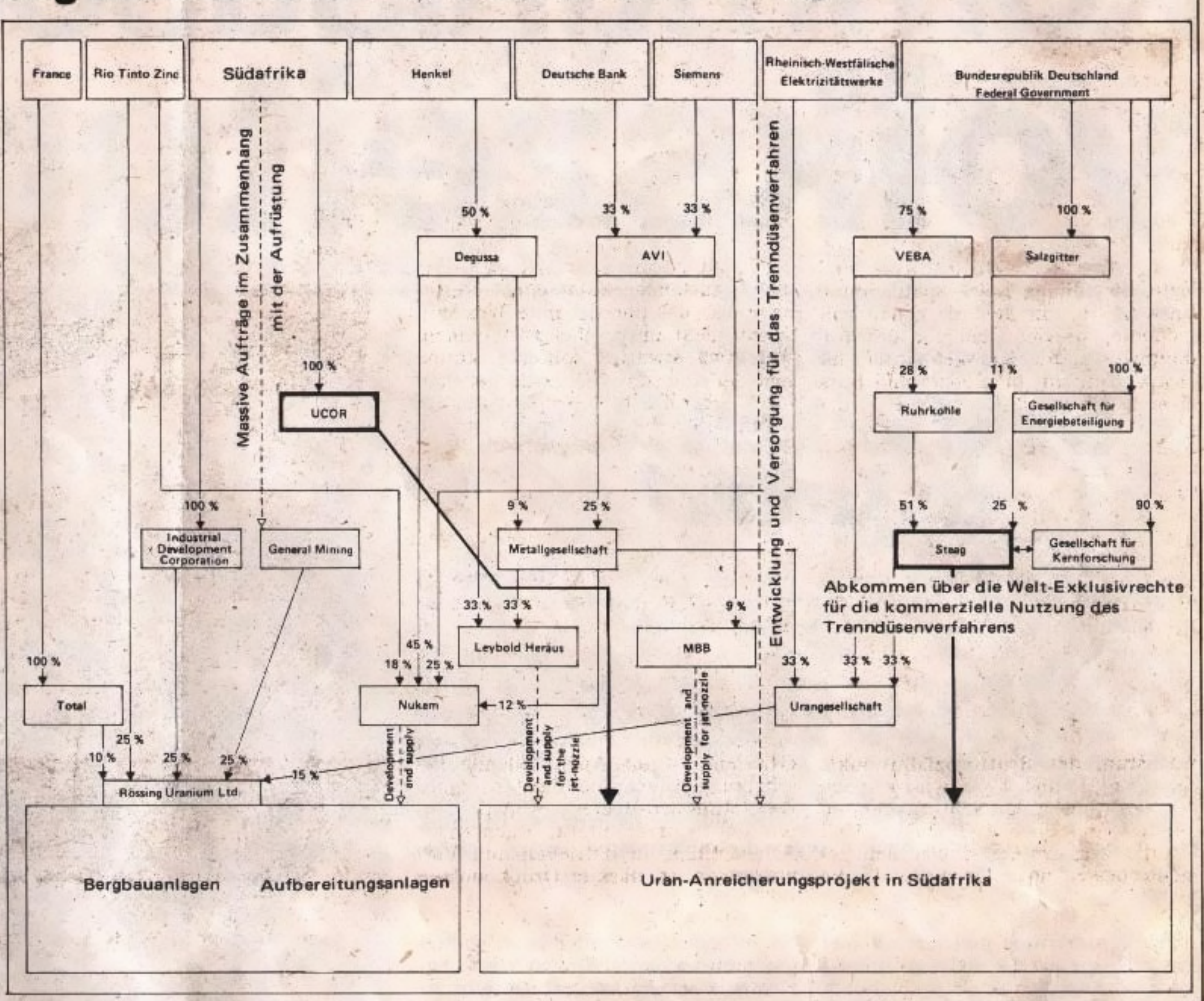
"Mit aller Entschiedenheit versuchte die Bundesregierung am Montag dem Eindruck vorzubeugen, daß eine atomare Zusammenarbeit mit Pretoria beabsichtigt sei. Solche 'Spekulationen' bezeichnete Regierungssprecher Klaus Bölling am Montag als 'abwegig' ", berichtet die "Frankfurter Rundschau" am 7.10., und am 13.10. zitiert sie Regierungssprecher Grünewald: "Es gibt keine Kooperation mit Südafrika auf dem Gebiet der Kernenergie, und es ist auch nicht beabsichtigt, eine solche Kooperation anzustreben."

Den Beweis fürs Gegenteil liefert die Anklageschrift des Afrikanischen Nationalkongreß: Bonns Kapitalbeteiligung und Einfluß in der atomaren Zusammenarbeit mit Südafrika!

Vor der UNO-Vollversammlung hat am 24. September Außenminister Genscher erklärt: "Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ... ein fundamentales Prinzip unserer Ordnung ... Der Entkolonialisierungsprozeß nähert sich seiner Vollendung. Nur in wenigen Gebieten klammert sich noch die überholte Ordnung des Kolonialismus fest. Aber ihre Tage sind gezählt. Wir hoffen, daß sie auch im südlichen Afrika ohne Gewalt und Zerstörung zu Ende geht."

Den Fortschritt, den sich die Völker mit einem hohen Blutzoll gegen die Imperialisten und ihren jahrhundertealten Terror erkämpfen mußten, soll hier mit der gleichen Logik als Ergebnis der Einsicht der Imperialisten erscheinen, mit der westdeutsche Generäle im Ausland zu "Touristen", ihre Reisen zu Safaris und die inspizierten Militärstützpunkte, Urananreicherungsanlagen und Atomkraftwerke zu "Naturschönheiten" auf dem Weg dieser Safari werden.

Demgegenüber klagen die südafrikanischen Völker an: "Vor 30 Jahren wurde die faschistische Herrschaft in Deutschland vernichtet, nicht von innen, sondern durch äußere militärische Kräfte. Seither war die BRD eine ständige Stütze der kolonialen Mächte in Afrika, das portugiesische Regime eingeschlossen. Die BRD war der größte Waffenlieferant für Portugals Kolonialkrieg in Afrika. Noch 1974 half die BRD beim Bau von Munitions- und Bombenfabriken in Lissabon ... Sie wurde zum größten Handelspartner und bei weitem größten Kreditgeber für das Apartheid-Regime in Südafrika. 50 % aller offenstehenden ausländischen Anleihen, 1 440 Millionen US-Dollar, kommen aus der BRD. Außerdem gibt es Beweise, daß entgegen allen Dementis die BRD Militärlastwagen schon vor 1971 lieferte und 1974 zusammen mit Frankreich, dazu Transall-Militärflugzeuge, Milan-Raketen und Hubschrauber." (ANC-Studie, vgl. auch KVZ Nr. 40)



Fortsetzung von S. 1

Strauss, Biedenkopf und die SPD

Montan-Mitbestimmung fallen (Der Spiegel, 13. Oktober). Hier wird offenbar darauf gesetzt, daß durch Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Führung der Arbeiterbewegung die Interessen der Großbourgeoisie am besten gegen die Lohnabhängigen durchgesetzt werden können.

Strauß ...

Diese Einschätzung wird von Strauß und der CSU nicht geteilt. Sie gehen davon aus, daß gegen die Arbeiterbewegung mobil gemacht werden kann, ohne der bürgerlichen sozialdemokratischen Führung erst warme Posten zu verschaffen. Dabei vertritt Strauß keineswegs die Interessen des Mittelstandes. Er ist der Mann der in den letzten Jahren stark expandierenden Industrien, der Chemie-, Elektronik-, Feinmechanik-, Optik- und Fahrzeugbaukonzerne. Aufsichtsratsvorsitzender ist er bei der Deutschen Airbus GmbH, einer Tochter des Messerschmidt-Blohm-Bölkow-Konzerns und von VFW-Fokker. Zu seinem "Freundeskreis" zählen Quandt und Flick, verbunden ist er mit Rodenstock, und ausgezeichnete Beziehungen unterhält er zu Hoechst und BASF. Die Bayrische Vereinsbank, Finanzier von MBB und neben der Deutschen Bank Hausbank des Siemens-Konzerns, finanzierte mit einem 2-Millionen-Kredit den Bayernkurier. Keiner dieser Konzerne fällt unter die Montan-Mitbestimmung. Allesamt haben sie starkes Interesse am Kapitalexport und an der Rüstungsindustrie.

Ihre politische Konzeption: mit aller Macht die Kritik an der Krise führen, für welche die SPD und der "Sozialismus" verantwortlich sei; gegen "überzogene Ansprüche" und gegen "mangelnden Leistungswillen" zu Felde ziehen. Durch scharfe Kritik an der Krise soll die Bereitschaft geweckt werden, Opfer zu bringen für eine ungehemmte Kapitalvermehrung und dafür, die Kapitalisten als wagemutige Unternehmer und Krisenretter anzuerkennen. Sammlung des Mittelstandes, der Bauern, der Beamten und höheren Angestellten, sowie von Teilen der Arbeiter direkt unter der Fahne des freien Unternehmertums, das die Krise bewältigen könne, so wie es in den fünfziger Jahren den Wiederaufbau bewältigt habe, das ist das Konzept.

... und Biedenkopf

'Das Konzept wird nicht gelingen', so der Einwand des CDU-Generalsekretärs Biedenkopf: 'Es werden sich unter dieser Fahne nicht genügend Leute an die Wahlurnen treiben lassen', . Der Mann war Manager im Henkel-Konzern, wo man sich auf Werbung versteht ("Persil bleibt Persil"), und vorher war er als Professor jederzeit williger Gutachter für Kapitalistenverbände. Die "Deutsche Zeitung", die es wissen muß, berichtet, daß er in Nordrhein-Westfalen mit den Stimmen der Wirtschaftsvereinigung, d.h. der direkten Kapitalistengruppierung in der CDU, rechnen könne.

Biedenkopf hält es für notwendig, einige zusätzliche Manöver zu machen, um in der Arbeiterschaft und unter den Angestellten und Beamten Boden zu gewinnen. Darum fuchtelt er seit einiger Zeit mit seiner "neuen sozialen Frage", mit der "Gerechtigkeit" und der "Solidarität" herum. Biedenkopf beneidet die SPD darum, daß sie den Kapitalisten die organisierte Arbeiterbewegung gefesselt vor die Füße legen kann. Und er sieht mit Mißbehagen, wie von den einstmals in der CDU führenden Landesverbänden Rheinland und Westfalen Teile der Ruhrindustriellen sich uninteressiert abwenden und mit Wohlgefallen auf die Morgengabe der SPD blicken.

Der Tropf in der Mitte zwischen beiden Positionen, der integrieren möchte, wo immer schwerer zu integrieren ist, das ist der Kanzlerkandidat Kohl. Kaum hat er irgendwo geflickt, bricht ihm der Krach an anderer Stelle wieder auf.

Keine Alternative

Für die Arbeiterklasse gibt es zwischen den verschiedenen 'Konzeptionen' keine Wahl. Weder kann sie daran interessiert sein, von der SPD dem Großkapital gefesselt vor die Füße gelegt zu werden. Noch sich mit Strauß um das "freie Unternehmertum" zu scharen oder dem Professor Biedenkopf zu gestatten, Verwirrung in ihre eigenen Reihen zu tragen und sie von ihren nächsten Bundesgenossen, den Bauern, den Angestellten und Beamten abzuspalten. Erwehren muß sie sich der bürgerlichen Reaktion in jeder Gestalt. Dazu eröffnen sich neue Möglichkeiten, je heftiger der Streit im bürgerlichen Lager wird. Alle diese bürgerlichen Politiker appellieren bei ihrem Streit untereinander an die Volksmassen und darüber werden – wenn auch an falschen Fronten – doch viele Menschen in die politische Auseinandersetzung hineingezogen, die sich vorher nicht damit befaßt hatten. Die Aufklärung über die tatsächlichen Fronten ist deswegen allerdings nicht einfacher: Bei allen Streitereien untereinander sind sich die bürgerlichen Parteien darin einig, die selbständige Willensbildung und Organisierung der Arbeiterklasse zu verhindern. Gelingen kann das auf Dauer nicht: Die tatsächlichen Verhältnisse sprechen gegen sie und je breiter das erkannt wird, um so heftiger und hektischer wird zugleich der Streit zwischen den bürgerlichen Parteien werden. – **(wm)**

Fortsetzung von S. 1

Kambodscha

nicht wie Lon Nol oder Thieu in Südvietnam im letzten Moment ausgeflogen. Die USA hatten versteckte Waffenlager und Sabotagebanden für sie organisiert, um Hungeraufstände zu nutzen, um die Machtübernahme der GRUNK und FUNK in Phnom Penh wieder rückgängig zu machen.

Die kambodschanische Befreiungsfront fiel darauf jedoch nicht herein. Die Mobilisierung der Massen und ihre Organisierung in Solidaritätsgruppen hatten es trotz des Krieges möglich gemacht, in den befreiten Gebieten Reisvorräte anzulegen.

Mit Hilfe des Reisvorrats in den befreiten Gebieten wurde die Bevölkerung aufs Land zurückgeführt und dort in produktiver landwirtschaftlicher Tätigkeit organisiert. Gleichzeitig wurde auf diese Weise die geheime Sabotageorganisation der US-Marionetten zerstört.

Die Errichtung der Diktatur des Volkes und die Freisetzung all seiner Kräfte durch seine Organisierung in Komitees, Solidaritätsgruppen, zahlreichen Massenorganisationen und in der Befreiungsarmee ermöglichte es, zu verhindern, was die Imperialisten für das Volk bereithielten: Hungersnot riesigen Ausmaßes, erneuten Krieg imperialistischer Horden und erneute neokoloniale imperialistische Diktatur in Phnom Penh.

Stattdessen konnten die umgesiedelten Massen zusammen mit dem übrigen Volk in einem halben Jahr, gestützt auf die eigene Kraft, trotz der ungeheuren Verwüstungen, die die USA angerichtet hatten, nicht nur die Selbstversorgung mit Lebensmitteln sicherstellen, sondern sie sind unter Führung der FUNK dabei, sogar einen Überschuß für den Export zu produzieren. Das ist eine einmalige geschichtliche Leistung und ein gewaltiger Kontrast zum vorherigen Elend in Kambodscha und dem in allen vom Imperialismus beherrschten Ländern der Dritten Welt. Nur die Errichtung der Diktatur des Volkes unter der revolutionären Führung der Nationalen Befreiungsfront, gestützt auf das Vertrauen in die eigene Kraft, bei absoluter Selbständigkeit, macht das möglich. Für die 50 Mitarbeiter Sihanouks, die jetzt nach Frankreich gehen, ist die Perspektive ein Schrecken, von der eigenen Arbeit leben und dem Volke dienen zu müssen. – **(hl)**

Vertrag Sowjetunion-DDR

Der Sozialimperialismus diktiert

Am 7. Oktober haben die Sowjetunion und die DDR einen Vertrag "über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand" (Präambel des Vertragstextes) geschlossen. Die Sowjetunion erklärte, durch den Vertrag werde "die Hauptrichtung des Zusammenwirkens der beiden sozialistischen Bruderstaaten festgelegt" (L. Breschnew nach "UZ", 8. Oktober). In der "Prawda" wurde der Vertrag als ein Dokument der "Freunschaft" und "Zusammenarbeit" gewertet.

Worin besteht diese "Freundschaft" und "Zusammenarbeit"? Laut Präambel des Vertrages darin, daß der *"Schutz der sozialistischen Errungenschaften ... gemeinsame internationalistische Pflicht der sozialistischen Länder"* sei. Das ist genau die Formulierung, mit welcher die Supermacht Sowjetunion 1968 ihren Einmarsch in die CSSR gerechtfertigt hat, die vertragliche Festlegung der imperialistischen Breschnew-Doktrin.

Auf Gegenseitigkeit kann diese Doktrin nicht funktionieren. Bekanntlich beherrscht die sozialimperialistische Sowjetunion die osteuropäischen Länder, stehen ihre Truppen in allen diesen Ländern und nicht umgekehrt. Vertraglich festgelegt wird damit, daß die DDR in bezug auf die Sowjetunion ein Staat mit begrenzter politischer Souveränität ist.

Deutlich macht diese Vertragspräambel auch, daß in beiden Ländern, der Sowjetunion und der DDR, eine neue Bourgeoisie die politische Macht hat. Denn sozialistische Errungenschaften müßten so nicht geschützt werden, sondern würden als Errungenschaften der Massen von diesen selbst geschützt. Darüberhinaus könnte sich jede Unterstützung nur auf die Stärkung der politischen Souveränität eines sozialistischen Landes beziehen. Grad das Gegenteil ist hier aber der Fall.

Auf dieser Linie liegt auch der Artikel 8 des Vertrages, der folgendes festlegt: *"Im Falle eines bewaffneten Überfalls irgendeines Staates oder irgendeiner Staatengruppe auf die eine der hohen vertragschließenden Seiten wird die andere hohe vertragschließende Seite dies als einen Angriff auf sich selbst betrachten."*

Neu an diesem Artikel gegenüber dem bisherigen *"Freundschaftsvertrag"* von 1964 ist, daß er die *"Beistandspflicht"* der DDR gegenüber der Supermacht Sowjetunion weltweit festlegt, während sie im Vertrag von 1964 noch auf kriegerische Verwicklungen in Europa begrenzt war.

Formell betrachtet, gilt diese Beistandspflicht zwar auf "Gegenseitigkeit". Tatsächlich ist das Kräfteverhältnis zwischen der Sowjetunion und der DDR aber so, daß allein die Sowjetunion eine selbständige imperialistische Politik betreibt, die zu kriegerischen Verwicklungen führt. Der Artikel 8 bewirkt damit nichts anderes, als daß sich die DDR-Regierung bereiterklärt hat, alle kriegerischen Abenteuer der Supermacht Sowjetunion zu unterstützen. Das läuft darauf hinaus, daß die herrschende Klasse der DDR ihre bewaffneten Formationen der Großmachtpolitik der Sowjetunion unterstellt.

Auf dieser Linie der vertraglichen Festlegung des Verzichtes auf die politische Souveränität der DDR gegenüber der Supermacht Sowjetunion liegt auch der Artikel 2 des Vertrages, der *"die langfristige Koordinierung und Abstimmung der Volkswirtschaftspläne"* und die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder festlegt. Um zu erkennen, was sich dahinter verbirgt, muß man betrachten, wie sich diese Zusammenarbeit und *"Abstimmung der Volkswirtschaftspläne"* gegenwärtig auswirkt. Dahingehend, daß die osteuropäischen Länder gezwungen werden, ihre Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Sowjetunion auszurichten, von welcher sie über den Warenhandel ausgeplündert werden.

Die Sowjetunion hat diesen Vertrag als einen Erfolg für den Frieden dargestellt. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Für die Sowjetunion besteht der Zweck dieses Vertrages darin, daß er durch eine noch schärfere Fesselung der DDR an die Sowjetunion ihre Position in der Auseinandersetzung mit der Supermacht USA stärken soll. Der sowjetische Sozialimperialismus wird, gestärkt durch diesen Vertrag, nicht friedlicher, sondern verstärkt in seinem Ringen um die Hegemonie in Europa und in der Welt fortfahren. Die neue Bourgeoisie der DDR bestätigt mit diesem Vertrag, daß sie zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über die Arbeiterklasse und die Volksmassen in der DDR sich dem Sozialimperialismus unterwerfen muß, daß ihre Ausbeuterherrschaft nicht auf eigenen Beinen überleben kann. Verzichtet wurde in diesem Vertrag, anders als im Vertrag von 1964, nun auch offiziell auf das Ziel der Wiedervereinigung.

Dahinter steckt nichts als daß die herrschende bürgerliche Klasse der DDR weiß, daß sie – schwächer als der BRD-Imperialismus – in dieser Richtung gegenwärtig keinen Anspruch geltend machen kann.

Wäre die DDR ein sozialistisches Land, in welchem die Arbeiterklasse die politische Macht hat, so bestünde freilich kein Grund, warum die DDR-Regierung die Frage der Wiedervereinigung nicht aufwerfen sollte. **(er)**

Orientierungsrahmen der SPD

Professorale Dunkelmänner sind auf Verwirrung aus

Die SPD brütet über einer langfristigen Orientierung. Schon 1970 hat sie eine Kommission einberufen, damals unter Leitung von Helmut Schmidt, die einen "ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen" ausarbeiten sollte bis zum Jahr 1985. Die Kommission machte sich ans Werk und legte eineinhalb Jahre später ihren Entwurf vor, in dem sie genau vorrechnete, wieviel Geld für das Bildungswesen, die Krankenhäuser, für Justiz, Verkehr, für Polizei und Bundeswehr, kurz für alle Zweige der Staatstätigkeit ausgegeben werden sollte. Dabei ging sie von der Voraussetzung aus, daß "bis 1975 Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts zwischen 4 v.H. real pro Jahr ... und 5 v.H. in der oberen Variante" zu erwarten seien. Und "für den Zeitraum von 1975–1985 sind die Perspektiven günstiger", befand die Kommission.

Heute, drei Jahre später, liegt auf der Hand, daß diese erste Kommission ihre Zukunftsorientierung nach Art der Luftschloßbauer betrieben hatte. Tatsächlich lag 1974 das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts bei 0,5 v.H. und 1975 wird es nach den veröffentlichten Schätzungen um mindestens 4 bis 5 v.H. sinken. Und für die kommenden Jahre sieht es nicht besser aus: Davon, daß die *"Perspektiven günstiger"* werden, kann also keine Rede sein. Die erste Kommission hatte sich also ganz und gar orientierungslos erwiesen und bei ihren haltlosen Spekulationen gewaltig daneben getippt. Ihr Leiter wurde Bundeskanzler.

Die Wirklichkeit kommt nicht vor

Auf dem vom 11. bis 15. November anstehenden Bundesparteitag der SPD liegt ein neuer Entwurf für einen Orientierungsrahmen vor. Diesmal haben es die Autoren schlauer angefangen und völlig darauf verzichtet, bei ihrer Rahmenorientierung irgendwelche Zahlen zu nennen. Sie haben damit den noch ausstehenden Schritt getan, um die letzte Verbindung des Orientierungsrahmens mit der wirklichen Welt abzuschneiden. Nach all den Pleiten mit versprochenen und nicht zustandegekommenen Reformen war das der sicherste Weg, um darauf nicht zu sprechen zu kommen. Wer etwa erwarten sollte, er könne sich anhand des "Orientierungsrahmens" über die Bundesrepublik orientieren, und wenn schon nicht über die Zukunft, so doch zumindest über die Gegenwart und die jüngste Geschichte etwas erfahren, der sieht sich enttäuscht.

Wie die Menschen in Westdeutschland arbeiten, welche Beziehungen sie dabei untereinander eingehen, wer für wen arbeiten muß und wem die Produkte der Arbeit in dieser Gesellschaft gehören, welche Widersprüche zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten bestehen und wie diese sich entwickeln: nichts davon kann man aus diesem Orientierungsrahmen erfahren. So ins Auge fallende Erscheinungen wie die Existenz eines Zwei-Millionen-Heeres von Arbeitslosen und Kurzarbeitern, wachsendes Arbeitstempo in Betrieben und Verwaltungen, verstärkter Druck auf die Reallöhne, die Ruinierung Tausender von kleinen Bauern, Handwerkern, Geschäftsleuten, all das wird im Orientierungsrahmen nicht einmal erwähnt. Zur Arbeitslosigkeit heißt es: *"Vollbeschäftigung bleibt ... Voraussetzung einer erfolgreichen Reformpolitik"*, was eine bedeutende Weisheit ist angesichts einer Lage, wo diese "Voraussetzung" sich partout nicht einstellen will. Der Orientierungsrahmen hat mit den tatsächlich eingetretenen gesellschaftlichen Entwicklungen nichts im Sinn. Er geht auf geradezu groteske Weise an der Wirklichkeit vorbei und jongliert stattdessen mit trüben Begriffen und Behauptungen. Das geht gleich mit der Bestimmung der "Ziele des demokratischen Sozialismus" an.



Vom Klassenkampf sind bei der SPD nur noch die alten Fahnen geblieben

"Die Entscheidung für den Sozialismus kann unterschiedlich begründet werden. Die Übereinstimmung demokratischer Sozialisten wurzelt nicht in einer einheitlichen religiösen, philosophischen *oder wissenschaftlichen Anschauung, sondern in gleichen politischen Zielen, die auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten beruhen. Diese Grundwerte sind: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität"*, schreiben die Autoren des Entwurfs und ähnlich steht es im Godesberger Programm der SPD.

Jeder normale Mensch würde zunächst auf die Idee kommen, daß die Entscheidung für den Sozialismus richtig oder falsch begründet sein kann. Und daß über richtig und falsch entscheidet die Untersuchung der Wirklichkeit, worin man schließlich auch zu einer begründeten Übereinstimmung kommen kann. Nicht so die Verfasser des Orientierungsrahmens: Übereinstimmung zwischen den Parteimitgliedern soll bestehen in "sittlichen Grundwerten" und Ideen, die jeder begründen kann, wie er will, die also mit der Wirklichkeit offenbar nichts zu tun haben und von denen man nicht weiß, wie man an sie kommt. Man muß sich für sie halt "entscheiden", gerade ebenso wie manche Leute vorschlagen, daß man sich für den Glauben an den lieben Gott "entscheiden" soll: "Credo, quia absurdum" – ich glaube, weil es absurd, weil es unbegründbar ist. Das ist gleich am Anfang des Orientierungsrahmens der wissenschaftliche Offenbarungseid, den der "demokratische Sozialismus" leistet. Er kommt über die Menschen wie der heilige Geist, bei dem man ja auch nicht weiß, von wannen er kommt und wohin er geht und dennoch seine Schafe findet.

Wissenschaftlicher Sozialismus will dieser "demokratische Sozialismus" also nicht sein und wissenschaftliche Orientierung kann er nicht geben, obwohl ein ganzes Schock von Professoren sich in der Kommission drängelt. Oder mit anderen Worten: Es soll niemand von diesem Orientierungsrahmen und von den Professoren Oertzen, Ehmke usw., die ihn geschrieben haben, Aufklärung erwarten. Bei den Herren handelt es sich um Dunkelmänner und bei der Orientierung, die sie geben, geht es nicht um die wissenschaftliche Aufklärung der Wirklichkeit, damit sich die Massen in ihr zurechtfinden und sie ihren Interessen gemäß gestalten können, sondern es geht um die Sorte "Orientierung", die ein Katechismus dem Gläubigen bietet.

Fortsetzung S. 4

Auseinandersetzung um den EG-Agrarmarkt

Bauernruinierung zur Förderung des Industrie-Exports

Bei den Brüsseler EG-Agrarpolitik-Verhandlungen am Anfang dieses Monats ging es um mehr als um eine Kürzung des EG-Agraretats um 1,17 Milliarden DM. Die "Kieler Nachrichten" vom 3. Oktober berichten, daß es "durch den deutschen Vorstoß endlich zu der seit Jahren ausgebliebenen großen Reformdebatte für die Agrarpolitik" kommen könne.

Die "exportorientierte Industrie" hatte in den ersten Jahren der BRD ein großes Interesse, sich einen Auslandsmarkt zu erschließen. Um die "Wettbewerbsfähigkeit" auf dem Weltmarkt zu verbessern und sich gleichzeitig hohe Profite zu sichern, war es notwendig, die Faktoren, die im wesentlichen die Höhe des Arbeitslohns bestimmen, zu senken. Ein Arbeiter gibt mehr als ein Drittel seines Lohnes für Nahrungsmittel aus. Die Senkung der Erzeugerpreise war also von großem Interesse für das westdeutsche Kapital. Da das Einkommen der Klein- und Mittelbauern infolge der Ausplünderung durch die Kapitalisten nicht weiter gesenkt werden konnte, war die Senkung der Erzeugerpreise nur über eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Diese war aber abhängig von einer schnellen Mechanisierung und Aufstockung (Vergrößerung landwirtschaftlicher Betriebe) zu erreichen. Um Land für die verbleibenden Bauern zur Verfügung zu stellen, mußten von 1953 bis 1973 allein in der BRD von 2 Millionen Bauern 1 Million aufgeben. Gleichzeitig sank die Zahl der vollbeschäftigten Arbeitskräfte von 3,9 Millionen auf 1,4 Millionen.

Die in der Produktion verbliebenen kleinen und mittleren Bauern verschuldeten sich infolge von Mechanisierung und Aufstockung erheblich. Die Gesamtschulden beliefen sich 1971/72 auf 31,7 Milliarden DM. Durch diese Entwicklung werden viele Bauern gezwungen, einen Großteil ihres Einkommens an die Banken abzugeben.

So gibt es z.B. auf dem Geestrücken in Schleswig-Holstein viele moderne Familienbetriebe zwischen 20 und 50 Hektar. Sie haben gehofft, durch Ausbau oder Neubau ihrer Wirtschaftsgebäude ihre bäuerliche Existenz retten zu können. Doch ihre Schulden fressen sie heute mit Haut und Haaren.

So ist es nicht selten, daß die Familien ihren Lebensunterhalt mit weniger als 10 000 DM im Jahr bestreiten müssen, während sie allein an Zinsen über 10 000 DM an die Banken bezahlen müssen. Diese Bauern haben die Ideologie vom "Gesundschrumpfen" geglaubt. Sie haben sich gesagt, wenn erst einmal genug landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben haben, dann kommen für den Rest bessere Zeiten. Solange müssen wir durchhalten. Die besseren Zeiten sind nicht gekommen. Der Schrumpfungsprozeß geht weiter. Laut Gellersen soll die Zahl der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen in der BRD noch einmal um die Hälfte reduziert werden. Von den 996 671 Betrieben werden nur noch 130 000 in der Produktion verbleiben.

Nach dem Prinzip "die Spreu vom Weizen trennen" funktioniert die gesamte EG-Agrarpolitik.

"Es wird eine klare Trennung zwischen entwicklungsfähigen und nicht mehr entwicklungsfähigen Betrieben vorgenommen." (Staatssekretär Dr. Griesau) Den entwicklungsfähigen Betrieben wird bei der Mechanisierung und Aufstockung mit Subventionen und zinsverbilligten Darlehen hilfreich unter die Arme gegriffen. Die "nicht mehr entwicklungsfähigen" Betriebe werden dagegen nur bei der Betriebsaufgabe gefördert. Diese gezielte und differenzierte Förderung ist "notwendig", um einmal die kleinen Bauern zur Betriebsaufgabe zu veranlassen, und zum anderen, um für die Produktivitätssteigerung den verbleibenden Bauern die nötigen Flächen und das nötige Kapital zur Verfügung zu stellen. Dadurch wird sowohl die Vergrößerung wie die Mechanisierung der entwicklungsfähigen Betriebe geleistet.

Ziel der EG-Politik: Absatzmärkte für die westdeutschen Imperialisten

Wenn ich mit unseren Nachbarn über die EG spreche, dann höre ich immer wieder: "Wir sehen ja ein, daß wir für die Vereinigung von Europa bestimmte Opfer bringen müssen, aber nun sind wir schon seit 20 Jahren die einzigen Betroffenen, weil die Industrie noch immer nicht voll in die EG integriert ist." Da die Betriebsmittelpreise (Traktoren, Dünger, Diesel und Benzin) sowie die Frachtkosten und Steuern in der BRD weit höher sind als in anderen EG-Ländern, klagen die westdeutschen Bauern über die ungleichen Wettbewerbsbedingungen, zumal die westdeutschen Düngermittelmonopole den Dünger im Ausland zeitweise um mehr als 30 % billiger verkauft haben als im Inland.

Die bürgerliche Presse versucht den westdeutschen Bauern einzureden, sie seien Vorreiter für ein vereintes Europa und deshalb müßten sie schon einige Opfer bringen. An einem vereinten Europa ist der BRD-Imperialismus aber nur insoweit interessiert, wie er dadurch seine Profite erhöhen und sein Einflußgebiet vergrößern kann. Ziel ihrer EG-Politik war also, daß *"speziell die Exportwirtschaft den freien Zugang zu rund 200 Millionen EG-Kunden erhält"* (Kieler Nachrichten, 3. Oktober). Diesen freien Zugang haben sich die Imperialisten dadurch erkauft, daß sie den "landwirtschaftlichen Überschußländern" den freien Zugang zum deutschen Nahrungsmittelmarkt geöffnet haben. Durch die sogenannte "Wettbewerbsverzerrung" infolge der unterschiedlichen Betriebskosten konnten diese Länder ihre Agrarproduktion ausweiten, während der Selbstversorgungsgrad an Nahrungsmitteln in der BRD bei etwa 60 Prozent fiel.

Wende in der EG-Agrarpolitik?

Eine EG-Agrarreform wird heute von den westdeutschen Kapitalisten und ihrer Bonner Regierung aus zwei Gründen angestrebt:

– Im Zuge der Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt versuchen sie die Löhne zu drücken, indem sie die Lebenshaltung der Arbeiter verbilligen u.a. auch durch Senkung der agrarischen Erzeugerpreise und die Überschüsse an Butter, Getreide usw. abbauen, die durch Stützung des EG-Agrarmarktes entstehen.

– Wichtiger ist noch, daß für die Expansion des westdeutschen Waren- und Kapitalexports die EG längst zu eng geworden ist. Die weitgehende Schließung des EG-Agrarmarktes für das Expansionsstreben der Imperialisten immer mehr zu einem Hindernis.

Todenhöfer, Kapitalstratege der CDU *"meinte, man sei heute von einer notwendigen Liberalisierung des Welthandels zugunsten der Entwicklungsländer weit entfernt. Während bei gewerblichen Produkten jedoch für die Entwicklungsländer immerhin eine bescheidene Möglichkeit zum Export bestehe, sei die Situation im landwirtschaftlichen Sektor fast aussichtslos. Hier hätten Länder und Parteien, die das Banner des freien Welthandels trügen, ein protektionistisches System aufgebaut, das in dieser Form in der Welt und in der Geschichte einmalig sei. Seine Wirkung bestehe vor allem darin, daß durch sogenannte Marktordnungen jede Konkurrenz von außen 'rigoros' ausgeschaltet werde. Aus dieser Anklage der EG-Agrarpolitik leitet Todenhöfer die Forderung nach Beseitigung der jetzigen Importhindernisse insbesondere bei Agrarprodukten ab."* (Bauernblatt, 4. Oktober)

Hinter dieser Forderung Todenhöfers steht keine wachsende Einsicht in die Probleme der Dritten Welt, sondern die wachsenden Schwierigkeiten der westdeutschen Imperialisten bei ihrer Suche nach neuen Absatzmärkten. Diese zwingen sie dazu, die Agrarpolitik umzustrukturieren. Wollen die westdeutschen Imperialisten sich neue Absatzmärkte erschließen, müssen sie das Geschäft mit der herrschenden Klasse dieser Länder, oft Großgrundbesitzer und Feudalherren, abschließen. Diese fordern aber häufig die Öffnung des EG-Agrarmarktes für ihre landwirtschaftlichen Produkte. Diesen Zusammenhang zwischen Geschäftemacherei und Agrarpolitik legte Ertl in Bezug auf die Interventionspolitik der EG bei Rindern dar: *"Diese Politik sei besonders in den Drittländern auf starke Kritik gestoßen, stellte Ertl fest, weil die Gemeinschaft als Absatzmarkt für die Hauptexportländer in Übersee seit dem EG-Einfuhrstopp im Juli 1974 praktisch ausgefallen sei: 'Ich halte es nicht glücklich über diese nunmehr 15 Monate bestehende Importrestriktion, denn eine solche Maßnahme kann sich ein Exportland für industrielle Erzeugnisse, wie es die Bundesrepublik darstellt, allein aus handelspolitischen Gründen längerfristig nicht leisten, ohne Gegenmaßnahmen der betroffenen Lieferländer befürchten zu müssen.'"* (Bauernblatt, 11. Oktober)

Durch den Abbau der Importhindernisse würden die EG-Agrarpreise schrittweise gesenkt werden, da diese weit über dem Weltmarktniveau liegen. Dem hätte auch die von der Bundesregierung angestrebte 1,17 Milliarden-Kürzung des EG-Agraretats gedient. *"MdL Ronneburger, FDP, zog den Schluß, daß die Kürzungsvorschläge der Bundesregierung sich nur auf das Verhältnis zwischen den Weltmarktpreisen und den innerhalb der Europäischen Gemeinschaft festgesetzten Agrarpreisen bezögen."* (Bauernblatt, 11. Oktober)

Daß diese Kürzung nicht zustandekam, lag daran, daß die Franzosen in dieser Situation den Marktanteil an französischen Agrarprodukten erhöhen wollten: *"Französische Kreise sagen: Bisher habe man es im Gegensatz zu den EG-Regeln hingenommen, daß landwirtschaftliche Waren weiterhin in allen Partnerstaaten hergestellt werden. Doch sei es die 'Logik der EG', daß alle Produkte jeweils nur dort – für alle EG-Bürger – produziert werden, wo die Erzeugung am rentabelsten ist: Getreide in Frankreich, Zucker in erster Linie in Frankreich/Belgien usw. Falls Bonn die EG-Agrargeschäftsgrundlage erschüttert, will Paris fordern, daß alle vergleichsweise unrentablen Agrar-Produktionen in der EG geschlossen werden."* (Kieler Nachrichten, 3. Oktober) Diese Logik der EG entspricht sicher nicht den Hoffnungen, die die westdeutschen, aber auch die anderen europäischen Bauern in die EG gesetzt haben, sondern das ist die Logik des Kapitals, die aus "rein wirtschaftlicher Vernunft" überall in der EG Zehntausende bäuerliche Betriebe vernichten wird: *"Dies würde erlauben, die Überschußproduktion radikal zu senken und Milliarden zu sparen. Doch steckt in dieser Überlegung innenpolitischer Explosivstoff: Eine komplette Strukturreform wäre nötig, die eine große Zahl bäuerlicher Existenzen in den neun Ländern aus Gründen 'wirtschaftlicher Vernunft' beenden müßte."* (Kieler Nachrichten, 3. Oktober)

Der Zwang zur Profitmaximierung und Ausdehnung des Waren- und Kapitalexports bei gleichzeitiger Senkung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise – nichts anderes sind die Aspekte der rein wirtschaftlichen Vernunft im Kapitalismus – steht im Widerspruch zu dem Interesse, "innenpolitischen Explosivstoff" zu vermeiden. Nur die Angst vor der Rebellion der Bauern hält die Kapitalisten davon ab, die Klein- und Mittelbauern von einem Tag zum anderen ihrer Existenz zu berauben. Die Perspektive der Bauern unter der Herrschaft der kapitalistischen Vernunft aber bleibt düster: Untergang, Proletarisierung. – **(K.)**

Wyhl: Baubeginn beschlossen - das Urteil wird nicht hingenommen

Emmendingen. Am Dienstag, dem 14. Oktober, hat das Mannheimer Verwaltungsgericht seinen Urteilsspruch in Sachen Kernkraftwerk Wyhl gefällt. Im Urteil heißt es, daß die Kernkraftwerk Süd auf eigenes Risiko mit den Vorbereitungsarbeiten zum Kernkraftwerk Wyhl beginnen kann. Über den endgültigen Bau des Kernkraftwerks soll später im Hauptverfahren entschieden werden.

Das Urteil ist kalkuliert. Stück für Stück sollen die Interessen des Volkes in den Mühlen der bürgerlichen Justiz zermahlen werden. Nach der Bauplatzbesetzung das Urteil des Freiburger Verwaltungsgerichtes: sofortiger Baustopp; jetzt das Urteil: Baubeginn. Enden soll diese Reihe mit dem Urteil: Bau des Kernkraftwerks. Die Landesregierung hat dazugelernt; sie droht nicht sofort mit dem Einsatz des Polizeiknüppels. Lothar Späth, Fraktionssprecher der CDU im Landtag, erklärt zum Urteil, man müsse jetzt unbefangen und ohne Panik miteinander reden, in einer Art Good-Will-Aktion sollen die Bürgerinitiativen davon überzeugt werden, die Besetzung abzubrechen. Die Landesregierung will sich aus dem Schußfeld halten. Sie spekuliert darauf, daß dieses Urteil gegenüber der Bevölkerung durchgesetzt werden kann, weil nicht Lumpen wie sie dafür verantwortlich sind. Die richterliche Würde des Urteils soll ins Feld geführt werden.

Doch diese Art Würde ist bei den Kaiserstühlern nicht beliebt. Richtet sie sich doch gegen ihren erklärten Willen. Dieses Urteil wird nicht respektiert werden. Am Dienstagmorgen versammelten sich 200 Menschen auf dem Baugelände. Verschiedene Sprecher erklärten, daß die Bauplatzbesetzung verstärkt werden muß. "Keinen Stein wird die Kernkraftwerk Süd auf dieses Gelände setzen", erklärte ein Bauer. Die Kaiserstühler Bevölkerung weiß, daß ihr Kampf gerecht ist. Am Sonntagmittag wird auf dem besetzten Baugelände eine Kundgebung abgehalten, um gegen das Gerichtsurteil zu protestieren.

Von der Redaktion der Gefangenenzeitung „ZU" ausgeschlossen

Heilbronn. Gleich nach dem Erscheinen der letzten Nummer der Gefangenenzeitung "ZU" hat der Anstaltsleiter Dr. König per Verfügung den Genossen Dietrich Hildebrandt aus der Redaktion der "ZU" ausgeschlossen.

Artikel des Gefangenen für die Zeitung "ZU" dürfen nur noch mit *"Zustimmung des Anstaltsleiters"* abgedruckt werden.

Der Genosse Hildebrandt hat gegen die schikanöse Verfügung Beschwerde beim Justizministerium eingelegt.

Die Erwähnung der Pressezensur in Spanien in einem Artikel des Genossen in der letzten "ZU" betrachtet der Anstaltsleiter in der Begründung seiner Verfügung als Bruch der von der Redaktion abgegebenen Versicherung, *"sich an Recht und Gesetz (zu) halten"; der Gefangene rufe dazu auf, "rechtlich zulässige und gebotene Maßnahmen wieder zurückzunehmen"*. "Dieser Satz ergibt offensichtlich nur dann einen Sinn", schreibt der Gefangene, "wenn der Anstaltsleiter der Auffassung ist, Maßnahmen, die er im Rahmen seines Ermessensspielraums ergreift, hätten selber Recht setzenden Charakter. Kritik daran oder die Forderung nach ihrer Rücknahme wären dann, wie der Anstaltsleiter ernsthaft zu glauben scheint, rechtsverletzend ..."

Die schlichte Mitteilung von Zeitungsnachrichten über eine Arbeitsniederlegung in einer niedersächsischen Vollzugsanstalt zur Hebung des Essenssatzes und die Information über den in Heilbronn üblichen Essenssatz wird von Dr. König als *"Ausführungen"* gewertet, *"die als Aufforderung zur Arbeitsniederlegung bzw. Gefangenenmeuterei aufgefaßt werden können." "Auf jeden Fall gibt die Form der Darstellung die Möglichkeit zur Annahme, daß der Gefangene hier erneut wie in der Nummer 12 Arbeitsniederlegungen als das richtige Mittel gegen Vollzugsmaßnahmen ansieht."* "Was nun meine Ansichten betrifft, über die Vermutungen anzustellen dem Anstaltsleiter aufgrund der Form des Artikels möglich zu sein scheint, so können sie schlechterdings nicht Gegenstand einer Verfügung des Anstaltsleiters sein; darüber verfügt er nämlich nicht. Er muß sich schon an den Artikel halten, und der enthält – auch nach Eingeständnis des Anstaltsleiters – nicht das, was in der Begründung der Verfügung hineinzuinterpretieren versucht wird."

Der Genosse Hildebrandt hat die sofortige Aufhebung der gegen ihn getroffenen willkürlichen Einschränkung seiner Rechte beantragt. Daß die Repressalien gegen den Genossen in seiner politischen Gesinnung ihren Grund haben, wird aus einer weiteren Verfügung des Anstaltsleiters noch deutlicher. Danach werden jetzt sämtliche Besuche, außer von Verwandten, "optisch und akustisch" überwacht. Auf eine Beschwerde gegen diese Verfügung hat Dr. Maibach, Ministerialrat beim baden-württembergischen Justizministerium, den Rechtsanwälten des Gefangenen u.a. folgendes mitgeteilt:

"Ihr Mandant, der wegen schweren Landfriedensbruchs verurteilt wurde, hat durch seine Beiträge in Nr. 12 der Gefangenenzeitschrift "ZU"... deutlich zu erkennen gegeben, daß er sich von seiner Einstellung, aus der heraus er auch die abgeurteilten Straftaten begangen hat, bislang keineswegs distanziert hat. Es muß davon ausgegangen werden, daß die bei den Besuchen seiner mit ihm bis zur Inhaftierung in häuslicher Gemeinschaft lebenden Bekannten geführten Gespräche zumindest teilweise denselben Problemkreis zum Gegenstand haben. Die hierin liegende mögliche Gefährdung für Sicherheit und Ordnung der Vollzugsanstalt macht eine Überwachung sowohl der Regel- als auch der Sonderbesuche notwendig."

Fortsetzung von S. 3

Orientierungsrahmen der SPD

Wie der Gläubige sich reibt an der Sünde, so reiben sich die "Grundwerte" des "demokratischen Sozialismus" an der Wirklichkeit: *"Die Grundforderungen des demokratischen Sozialismus müssen in einer Welt durchgesetzt werden, die den Anforderungen unserer Grundwerte nicht entspricht"*, schreiben die Autoren in groteskem Idealismus. Die Welt soll also gemäß "unseren Grundwerten" gemodelt werden, von denen man nicht weiß, woher sie kommen und wozu sie gut sind: Zittre Welt! Du entsprichst nicht den Anforderungen der sittlichen Grundwerte der Professoren Oertzen, Ehmke und Genossen! – Man kann annehmen, daß über diese Drohung die Welt ganz schön erschrecken wird.

Die Widersprüche, welche diese Weltveränderer zugunsten einer *"neuen und besseren Ordnung der Gesellschaft"* lösen wollen, sind dementsprechend keineswegs Widersprüche innerhalb der wirklichen Welt und zwischen vorhandenen Klassen. Es sind vielmehr *"Widersprüche zwischen dem, was den Menschen wirtschaftlich, sozial, politisch und geistig objektiv möglich wäre, und dem, was sie in ihrem Verhalten aus diesen Möglichkeiten machen"*. Es ist der Widerspruch zwischen dem Menschen und seinen besseren Möglichkeiten, der die Professoren der Kommission nicht ruhen läßt. *"Aus der Erkenntnis dieser Widersprüche"*, behaupten sie, *"ist die Idee des Sozialismus geschichtlich erwachsen."* Das wäre die Geburt des Sozialismus aus dem Geiste der moralischen Aufrüstung und der Bußpredigt. Für diese Sorte Dunkelmännersozialismus der Langzeitkommission wird das zutreffen.

Leugnung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital

Der wissenschaftliche Sozialismus ist daraus zumindest nicht entstanden. Der ist entstanden aus dem wirklichen Kampf der arbeitenden Klasse gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter, er ist entstanden durch wissenschaftliche Untersuchung und Aufklärung der tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse und der Widersprüche, die diese Gesellschaft bewegen. Er taugt der ausgebeuteten und unterdrückten Klasse als Anleitung zum Handeln, weil er die wirklichen Widersprüche aufdeckt und ihr die Orientierung gibt, um das Joch der Ausbeutung abzuschütteln und alle Verhältnisse umzustürzen, die auf Ausbeutung und Unterdrückung gegründet sind.

Der Entwurf eines Orientierungsrahmens verleugnet die Existenz des entscheidenden Widerspruchs in der westdeutschen Gesellschaft, des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital. Was er allenfalls gelten läßt, ist eine gewisse Ungerechtigkeit *"in der Teilhabe der Bürger an den Gütern und Leistungen unserer Gesellschaft"*. Er empfiehlt *"größere Verteilungsgerechtigkeit"*, die nicht nur *"ein Wert an sich selbst"* sei, sondern auch *"zu größerer sozialer Stabilität"* beitrage. Nicht etwa durch ihre Stellung in der Produktion, die darin besteht, daß die Arbeiter die Werte schaffen und die Privateigentümer sie sich aneignen, sehen die Herren Professoren Interessengegensätze begründet, sondern die *"Solidarität ... zwischen ihnen"* (den Menschen) ist getrübt durch Ungleichheit in der Verteilung!

Als Menschen, die selber keine Werte schaffen, haben die Herren Professoren der Kommission ihre ökonomischen Anschauungen sich offenbar im häuslichen Wohnzimmer oder bei der Vergabe von Institutsgeldern gebildet. Sie wissen, bei der Verteilung muß man vorsichtig sein, sonst gibt's Krach. Davon, daß was zum Verteilen da ist, gehen sie als Beamte mit Pensionsberechtigung voller Gewißheit aus, und wie das zustandekommt, übersteigt ihre Begriffe.

Anerkennung des Privateigentums

Auf jeden Fall gehen sie davon aus, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln grundsätzlich erhalten bleiben muß. Sie behandeln diese Frage nicht grundsätzlich, sondern nur in der Verkleidung, daß sie behaupten, *"die Marktkonkurrenz (sei) weitgehend unentbehrlich"* als ökonomisches Lenkungsmittel. Die Ausbeutung der Lohnarbeit und die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander halten diese Professoren für unentbehrliche Einrichtungen, um sicherzustellen, daß die Produktion sich an der Nachfrage orientiert und nicht etwa eine von der Arbeiterklasse beherrschte Gesellschaft den Fehler macht, nur linke Schuhe zu produzieren.

Der entscheidende Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital wird also geleugnet, das Privateigentum an den Produktionsmitteln als unentbehrlich anerkannt. Dafür reiht die Kommission in Kraut- und Rüben-Manier einige *"Widersprüche zwischen den Möglichkeiten und der Wirklichkeit des menschlichen Lebens"* aneinander, die alle dem "Wort zum Sonntag" als Vorlage dienen könnten. Da steht *"der Wunsch der meisten Menschen nach Frieden im Widerspruch zu der andauernden Kriegsgefahr an vielen Stellen der Erde". "Die Einsicht in die Unproduktivität von Rüstungsausgaben ist weit verbreitet, dennoch halten Furcht und Mißtrauen einen kräftezehrenden Rüstungswettlauf in Gang." – "Der Hunger in einem großen Teil der Erde steht in schreiendem Gegensatz zu der Überproduktion, dem Überverbrauch ... in einigen Ländern." – "Trotz fortgeschrittener wissenschaftlicher Einsicht und entwickelter ökonomisch-technischer Möglichkeiten werden immer wieder häßliche, unwirtliche und kinderfeindliche Städte oder Siedlungen errichtet." – "Die meisten Menschen erstreben ein friedliches Zusammenleben mit ihren Mitmenschen; ungeachtet dessen erzeugen Vorurteil und mangelnde Einsicht immer aufs neue Spannungen und Konflikte."* Das sind so einige dieser Widersprüche, ein unerträgliches und beliebiges Sammelsurium, Gedankenbrei von Sozialpfaffen.

Wo Orientierung nicht in der Untersuchung der Wirklichkeit gesucht wird, sondern in der "Entscheidung für sittliche Grundwerte", wo der tatsächliche Widerspruch zwischen der arbeitenden und der aneignenden Klasse nicht aufgedeckt, sondern verleugnet wird, da bleibt nicht nur die Richtung der Veränderung im Nebel, sondern auch die Kraft, die sie bewirken soll. Der wissenschaftliche Sozialismus kommt zu dem Ergebnis, daß die Kraft zur Umwälzung der auf Ausbeutung beruhenden, von Krisen geschüttelten und Kriege hervorbringenden Gesellschaft in dieser Gesellschaft selbst zu finden ist, in der Arbeiterklasse, die diese ganze Gesellschaft durch ihre Arbeit trägt. **"Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein."** Dabei kann die Arbeiterklasse bei den übrigen arbeitenden Klassen Verbündete gewinnen, denn: **"Die Arbeiterklasse kann sich nur befreien, wenn sie die ganze Gesellschaft befreit."** Der wissenschaftliche Sozialismus anerkennt daher den Klassenkampf des Proletariats in allen seinen Formen, unterstützt ihn und versucht, in ihm die Klarheit über sein notwendiges Ziel auszubilden.

Gamaschensozialismus

Der "demokratische Sozialismus" hat mit der Befreiung der Arbeiterklasse nichts im Sinn, fürchtet den Umsturz der gegenwärtigen auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaft wie die Pest und versucht den Klassenkampf des Proletariats zu verleugnen und zu besänftigen, wo immer er das vermag. Im Entwurf zu einem Orientierungsrahmen der SPD kommt der Klassenkampf des Proletariats ausdrücklich nicht vor, unausgesprochen ist er freilich das beherrschende Thema, denn der ganze Leitgedanke des Plans besteht darin, dem offenen Austrag des Klassenkampfes entgegenzuwirken.

Ziel des Entuwrfs ist: diese Gesellschaft frei von Krisen zu halten und dafür zu sorgen, daß die Fesseln der Lohnsklaverei nicht so straff gezogen sind, daß sie schmerzhaft ins Fleisch schneiden. Das hält der Entwurf für "machbar", auch wenn – wie gegenwärtig – alle Tatsachen dagegen sprechen und die "Macher" nichts als Sprüche zustandebringen und ihr Krisenprogramm darin besteht, einen Raubzug auf die Volksmassen zu unternehmen, um die Kapitalisten zu stopfen.

Wer aber soll das machen? Wer soll die *"bis heute krisenanfällig gebliebenen ... hochentwickelten Industriegesellschaften"* steuern und lenken? Niemand anders als der bürgerliche Staat mit seinem immer gewaltiger anschwellenden Apparat: *"Unter den heutigen Bedingungen kann also der Staat die Wirtschaft nicht sich selbst überlassen." "Der Staat schafft und erhält die wirtschaftlichen, die sozialen und die politischen Existenzbedingungen der privaten Unternehmungen. Er sorgt für die produktionsbezogenen und die allgemeinen sozialen Infrastruktureinrichtungen. Er trägt die Kosten für die soziale Versorgung und für die extremen Folgen der privaten Produktion. Schließlich mildert er durch Steuerungsmaßnahmen die konjunkturellen Schwankungen und durch ordnungspolitische Eingriffe die sozialen Spannungen. Ausdruck dieses Sachverhalts ist u. a. die Tatsache, daß rund 70 Prozent des Sozialprodukts durch die Haushalte der öffentlichen Hand gehen."*

Wenn der Staat das alles kann und macht, warum soll er dann nicht auch für Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, für *"unsere Grundwerte"* sorgen können? Unter Umständen muß man ihm dann ein paar Prozent am Sozialprodukt mehr geben, als er jetzt schon verschlingt, um *"die sozialen und politischen Existenzbedingungen der privaten Unternehmungen"* zu *"schaffen und zu erhalten"* mit Polizei und Bundesgrenzschutz, mit Richtern, Staatsanwälten und Gefängnissen, mit Regierungspräsidenten und Oberschulräten, mit Industriesubventionen und Sozialpolitik zur Betäubung der schlimmsten Wunden. Das ist der ganze Kerngedanke des "demokratischen Sozialismus".

Die sittlichen Grundwerte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, nach deren Ansprüchen die schlechte Welt gemodelt werden soll, sietreten in die Wirklichkeit als Bürokratie, als Walten einer hohen Behörde und als Polizeiknüppel. Der "demokratische Sozialismus" der SPD, das ist lupenreiner Gamaschensozialismus.

Vom Geist dieses staatsfrommen Gamaschensozialismus ist der "Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975–1985" von vorne bis hinten geprägt. Verachtung der Wirklichkeit, Flachheit der Gedankenführung, Schludrigkeit der Begriffsverwendung, Beliebigkeit der Anordnung, Inhaltslosigkeit der Sprache sind unglaublich. Normalerweise kann sich einen derartigen hochgestochenen Stumpfsinn, wie er dort auf 127 Seiten ausgebreitet ist, nur ein hochgestellter Verwaltungsjurist leisten, der es bis zum Sesselfurzer erster Klasse gebracht hat.

Bürgerliche Politik ist zur Unwahrheit gezwungen

Das ist offenbar auch breiteren Teilen der Parteimitglieder sauer aufgestoßen, die eine gesunde Abwehr an den Tag legen gegen den verschwiemelten Unsinn, den ihnen eine Kommission von wissenschaftlichen Scharlatanen unter der Oberleitung der Herren Peter von Oertzen, Horst Ehmke und Horst Ehrenberg da ins Nest gelegt hat. Der Unterbezirk Erftkreis im Bezirk Mittelrhein hat über den Entwurf beschlossen: *"Er ist zu lang und zu unübersichtlich. Er bedient sich einer komplizierten Sprache, die selten klare Aussagen und Forderungen zuläßt. Die einzelnen Abschnitte sind mit Nebengedanken und Einschränkungen überlastet. Sehr oft wird im ersten Satz ein Grundsatz aufgestellt, der in den folgenden Sätzen eingeschränkt oder wieder zurückgenommen wird. Die Analysen und Ansprüche enthalten zahlreiche Widersprüche."*

Der Unterbezirk Erftkreis hat recht. Aber er trifft nicht den Kern. Die Scharlatanerie, Verstiegenheit, wissenschaftliche Unsauberkeit und willkürliche Kompliziertheit des Entwurfs ist Resultat einer Politik, die nicht von den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes ausgeht, sondern diese der Erhaltung der bestehenden Gesellschaft unterordnet. Nicht um die Aufklärung der arbeitenden Massen in ihrem Befreiungskampf geht es, sondern um ihre Lenkung und Beherrschung. Darum wird die vom Unterbezirk Erftkreis geforderte "grundlegende Überarbeitung" des Entwurfs keine Änderung bringen. Der "demokratische Sozialismus" der SPD ist auf solche Dunkelmännereien angewiesen. Wo käme er hin mit der Wahrheit ! Er würde allen Boden unter den Füßen verlieren. Die Arbeiterklasse braucht die Wahrheit in ihrem Befreiungskampf und fürchtet sie nicht. Sie hat durch die Wahrheit nichts zu verlieren, sondern eine Welt zu gewinnen.

Der Entwurf eines Orientierungsrahmens hat ebenso wie die innerparteiliche Debatte der SPD insgesamt wenig zu tun mit der Politik, welche die Führung dieser Partei tatsächlich betreibt. Je offener reaktionär diese Politik wird, um so wirklichkeitsfremder die Debatte; je direkter gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen vorgegangen wird, um so inhaltsloser und "theoretischer" das Juso-Geschwätz. Die SPD hat auf dem Höhepunkt der Reformbewegung viele Kräfte eingesaugt, die vermittelst dieser Partei die Gesellschaft verändern wollten. Diese Kräfte müssen jetzt verdaut werden in der Partei. Unter Führung einiger Impresarios läßt man sie ins Leere laufen. Mit dem jetzt vorliegenden Entwurf eines Orientierungsrahmens kann die SPD nicht nach außen wirken, was mit den Versprechungen des ersten Entwurfs noch geplant war. Die Leute würden sich veralbert vorkommen, wenn in den Ortsvereinen die "Theorie-Debatte" losgeht. Dieser jetzt vorliegende Entwurf eines Orientierungsrahmens ist für die Beschäftigung nach innen gedacht, und solange erreicht werden kann, daß unzufriedene junge Leute sich mit derartigem Stuß abgeben statt etwa das "Kommunistische Manifest" zu lesen oder Lenins "Staat und Revolution", solange kann die SPD-Führung mit ihren Professoren zufrieden sein. – **(wm)**

Der Fall Kolping-Kolleg

Freiburg. Weil sie "in kämpferischer Weise" vor dem Eingang der Schule gegen den § 218 aufgetreten seien, wurden zwei Schülerinnen des katholischen Kolping-Kollegs bestraft; die eine Schülerin, kurz vor dem Abitur, durfte vierzehn Tage am Unterricht nicht teilnehmen, der anderen, noch in der Probezeit, wurde fristlos der Schulvertrag gekündigt.

Wir berichteten darüber in der letzten Ausgabe der KVZ. Am Dienstag, dem 14. Oktober, fand vor dem Landgericht die mündliche Verhandlung über die beiden Anträge der Schülerinnen auf eine einstweilige Verfügung gegen die Strafen statt.

Der eine Antrag hatte sich schon dadurch erledigt, daß das Gericht genau vierzehn Tage verstreichen ließ, bis es überhaupt verhandelte. So ging es im wesentlichen um die beantragte Rücknahme der fristlosen Kündigung von Irmgard Kist. Das öffentliche Interesse an dieser Verhandlung war groß. Etwa 60 Personen waren in dem viel zu kleinen Verhandlungsraum, weiteren hundert wurde von der Polizei der Eintritt verwehrt. Mehrfach mußte die Kammer die Verhandlung unterbrechen, weil immer wieder Sprechchöre die Herstellung der vollen Öffentlichkeit forderten und dies von den im Verhandlungssaal Anwesenden unterstützt wurde. Die Antragsgegnerin, die katholische Kirche, rechtfertigte ihre Entscheidung damit, daß sie es als privater Schulträger nicht zu dulden brauche, daß Schüler ihres Kollegs zum Kampf gegen den § 218 aufrufen. Das verstoße gegen eine ihrer unabdingbaren Grundpositionen, den "Schutz des werdenden Lebens".

Besonders kreidete sie es den Antragstellerinnen an, daß diese auch nach den Disziplinarmaßnahmen an ihren Auffassungen festhielten und die Schülerzeitung "Schulkampf" sowie Flugblätter der Untergruppe des Komitees gegen den § 218 am Kolping-Kolleg verteilten. Damit sei bewiesen, daß diese an ihrer "kämpferischen Haltung" festhielten.

Die Antragstellerinnen zeigten vor dem Gericht auf, wie der Schulträger versucht, den Schülern seine Auffassungen aufzuzwingen. Sie sagten: "Die Schule redet von Vertragsfreiheit und hält uns vor, daß wir ja freiwillig den Schulvertrag unterschrieben, in dem von christlicher Verantwortung die Rede ist. Tatsächlich aber hat kein Kollegiat den Schulvertrag unterschrieben, weil er an den Heiligen Geist glaubt oder streng katholisch zum Abitur geführt werden will, sondern weil für die Schüler des Zweiten Bildungsweges in Freiburg keine andere Möglichkeit besteht, das Abitur nachzumachen. Diese Zwangslage nutzt die Kirche in schamloser Weise aus, um die Kollegiaten zu erpressen: Entweder ihr stellt euch nicht gegen unsere Auffassungen, laßt ab vom Kampf gegen den § 218, oder ihr fliegt von der Schule und könnt eure Ausbildung abbrechen. Wir aber werden vom Kampf gegen den § 218 nicht ablassen ."

Das Gericht versuchte zunächst den neutralen Mittler zu spielen und hörte sich beide Seiten an. Dann unterbreitete es einen Vergleichsvorschlag, der zeigte, wo es steht: Die Schülerin Irmgard Kist sollte über den Schulvertrag hinaus erklären, daß sie in Zukunft in und an der Schule es unterläßt, gegen Auffassungen der Kirche "Propaganda zu betreiben". Unter großem Beifall lehnte die Schülerin diesen "Vergleichsvorschlag" ab.

Der Plan des Gerichts war nicht aufgegangen, die Schülerinnen waren nicht zu Kreuze gekrochen.

Verärgert erklärte der Vorsitzende, daß die Entscheidung der Kammer erst am 24. Oktober verkündet werde.

Im Anschluß an die Verhandlung zog ein Demonstrationszug vom Landgericht in die Innenstadt. In Sprechchören wurde gefordert: **"Rücknahme der Disziplinierungen am Kolping-Kolleg! Weg mit dem § 218!"** Auf einer Kundgebung in der Innenstadt sprachen eine der Schülerinnen, ein Vertreter des Komitees gegen den § 218, der Sekretär der Ortsleitung des KBW Freiburg, der Anwalt der Schülerinnen ist. Zahlreiche Solidaritätsadressen wurden verlesen, u.a. von der Gewerbeschule I, wo in kurzer Zeit über 100 Schüler diesen Protest unterschrieben haben. Viele Passanten blieben stehen und stimmten den Beiträgen zu. Zu verhaßt ist der § 218, als daß hingenommen würde, daß zu seiner Erhaltung Schülerinnen von der Schule fliegen. – (m., Freiburg)

1. Delegiertenkonferenz der Komitees und Initiativen gegen den § 218

Presseerklärung

Am Wochenende vom 11./12. Oktober fand in Frankfurt die 1. Delegiertenkonferenz der Komitees und Initiativen gegen den § 218 statt. Nach dem Ludwigshafener Gründungskongreß vom 31. Mai bis zum 1. Juni hatten zunächst 48 Komitees und Initiativen die Arbeit auf der Grundlage des beschlossenen Aufrufs begonnen. Zur Frankfurter Delegiertenkonferenz hatten Komitees und Initiativen aus 143 Städten 276 Delegierte entsandt.

Zur Delegiertenkonferenz war eingeladen eine Delegation des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW). M. Fochler, Mitglied des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, hielt eine Ansprache. Als Gast war weiter eine Delegation des Komitees für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagrafen aus Salzburg anwesend.

Die Delegiertenkonferenz hat festgehalten:

"Die Forderungen der Komitees und Initiativen sind richtig. Sie haben ihre Kraft bewiesen, die Massen im Kampf ge gen staatliche Bevormundung und Unterdrückung gegen den § 218 zusammenzuschließen und zu führen. Die Tätigkeit der Komitees und Initiativen hat den aktiven Kern einer einheitlichen Massenbewegung gegen den § 218 herausgebildet und organisiert. Mit der Unterschriftensammlung und der Demonstration ist eine feste Basis geschaffen, um die Gegner des § 218 in den Betrieben und Gewerkschaften, Schulen und Hochschulen, Straßenzügen und Stadtteilen und in den Kasernen weiter zu einen."

Die Delegiertenkonferenz hat den Fortschritt der Bewegung gegen den § 218 zum Ausdruck gebracht. Gestützt auf die Erfahrungen der Komitees und Initiativen haben die Delegierten die Auseinandersetzung um die Linie und die weiteren Kampfschritte geführt und den festen Willen der Komitees und Initiativen unterstrichen, den Kampf gegen den § 218 konsequent und erfolgreich fortzusetzen. Niedergeschlagen haben sich in der Diskussion die Erfahrungen aus den kämpferischen Auseinandersetzungen, in denen sich die Komitees und Initiativen befinden. Die Delegiertenkonferenz hat die Linie des Aufrufs von Ludwigshafen und die Forderungen bekräftigt:

Weg mit dem § 218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

Sie hat große Einheit hergestellt unter den Komitees und Initiativen. Auf dieser Grundlage kann und muß der Kampf gegen den § 218 – in alter und neuer Form – weitergeführt und entwickelt werden.

Die Delegiertenkonferenz hat – bei nur einer Gegenstimme – in einer Resolution die Linie und die Schritte des weiteren Kampfes gegen den § 218 bis zum 1. Mai 1976 festgelegt:

1. Zum Zeitpunkt der Behandlung des Parteienentwurfs im Bundestag werden sie die Gegner des § 218 aufrufen zu örtlichen Aktionen. Gegen die "Reform"pläne der Parlamentsparteien werden sie die breitestmögliche Aktionseinheit der Massen herstellen auf der Grundlage der vier Forderungen: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

2. Gegenüber den staatlichen Organen werden sie in ihren Aktionen das Recht des Volkes behaupten, selbst über die Abtreibung zu bestimmen. Sie werden den Kampf entwickeln gegen die zunehmende Strafverfolgung der Abtreibung.

3. Die Bundestagswahlen und den Wahlkampf der Parteien werden sie nutzen, um die Kandidaten zu zwingen, öffentlich Stellung zu nehmen, wofür sie im Parlament eintreten: Für die Forderung des Volkes nach ersatzloser Streichung des § 218, also für den Volksentscheid gegen dieses Strafgesetz, oder für die Beibehaltung des staatlichen Abtreibungsverbots, mit dem der Staat des Staates, das Volk zu knechten und zu unterdrücken.

4. Sie werden die Unterschriftensammlung für die Forderungen der Komitees und Initiativen weiterführen bis zum 1. Mai 1976. Dadurch werden sie den breiten Ablehnung des § 218 durch das Volk gegenüber der Neufassung des Paragrafen Ausdruck verschaffen und gegenüber dem bürgerlichen Staat der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 mittels Volksentscheid weiteres Gewicht geben.

5. Sie werden, sich stützend auf die Belegschaften der Betriebe, in allen gewerkschaftlichen Gremien dafür eintreten, daß die Gewerkschaften die Forderungen der Komitees zu ihren machen und dafür aktiv eintreten.

Am 1. Mai 1976, dem Tag, an dem die Arbeiterklasse und die Volksmassen für ihre Interessen gemeinsam eintreten, werden die Komitees und Initiativen den Kampf gegen den § 218 einem neuen Höhepunkt zuführen. Sie werden in und mit den Gewerkschaften die Forderungen erheben **Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!**

Einstimmig verabschiedet wurde der "Aufruf zu Aktionen gegen den § 218 zum Zeitpunkt der Lesungen des neuen Gesetzentwurfs". Die Delegiertenkonferenz hat den Tätigkeits- und Finanzbericht des Ausschusses der Komitees und Leitungen entgegengenommen. Zum Abschluß der Delegiertenkonferenz wurde ein neuer Ausschuß gewählt, der aus neun Mitgliedern besteht.

Mannheim, den 14.10.75
Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218



276 Delegierte aus 143 Städten kamen zur 1. Delegiertenkonferenz der Komitees und Initiativen gegen den § 218

Diskussionsveranstaltung

Frankfurt. Am Abend des 12. Oktober, zum Abschluß der ersten Delegiertenkonferenz der Komitees und Initiativen gegen den § 218, fand in Frankfurt-Niederrad eine Diskussionsveranstaltung der Komitees und Initiativen statt. Der Ausschuß der Komitees und Initiativen hatte dazu alle Gruppen und Organisationen eingeladen, die bislang gegen den § 218 aufgetreten waren. Sie waren aufgefordert, öffentlich Stellung zu nehmen zu den Vorschlägen der Komitees und Initiativen für die weiteren Schritte des Kampfes gegen den § 218, die Diskussion um die Differenzen in der Bewegung gegen den § 218 zu führen und so die Klarheit und Einheit der Gegner des § 218 zu fördern.

Zur Eröffnung wurde in dem Referat des Ausschusses der Komitees und Initiativen die Lage nach der machtvollen Demonstration am 21. September in Bonn untersucht, der neue Gesetzentwurf scharf verurteilt und die von der 1. Delegiertenkonferenz der Komitees und Initiativen beschlossenen Kampfschritte dargelegt. Die Beschlüsse der Delegiertenkonferenz wurden von der Versammlung mit großer Zustimmung aufgenommen.

Gefolgt war der Einladung der Komitees und Initiativen der Kommunistische Bund Westdeutschland. Als Vertreter des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland hielt H.J. Hager ein Referat vor der Versammlung und erklärte die volle Unterstützung für die Beschlüsse der Delegiertenkonferenz. Weiter waren erschienen ein Vertreter der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) und eine Sprecherin der Ak tion gegen das Abtreibungsverbot. Ohne weitere politische Begründung wurde von ihnen die Forderung der Komitees und Initiativen nach Volksentscheid gegen den § 218 abgelehnt. Das fand bei der Versammlung keine Unterstützung. Nicht erschienen und unbeantwortet blieb die Einladung durch die Jusos, den Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, die DKP, die Jungdemokraten, den KABD, den Kommunistischen Bund Nord, die KPD und die KPD/ML. So stellten sie klar, was zu halten ist von ihren großtönenden Erklärungen.

Teilgenommen haben an der Abschlußveranstaltung der 1. Delegiertenkonferenz 700 Menschen aus Frankfurt und den umliegenden Orten, in denen Komitees und Initiativen arbeiten. Auch eine Reihe Delegierter nahm an ihr teil. Das ist ein guter Erfolg für die Sache der Gegner des § 218. Geprägt war die Versammlung von einer großen Geschlossenheit und dem festen Willen: **Weg mit dem § 218! Volksentscheid gegen den § 218!**

Mannheim, den 14.10.1975
Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218

Die CDU und der § 218

Durchgegriffen muss werden!

Wie zu erwarten war, hat sich die CDU/CSU zu dem von der SPD/FDP-Koalition vorgelegten Gesetzentwurf zur Zementierung des § 218 mißfällig und unzufrieden geäußert. Zwar hat sich die bürgerliche Reaktion in dem Entwurf voll durchgesetzt, aber mit einem Gesetz auf dem Papier ist sie nicht zufrieden; sie will den Polizeiknüppel in Aktion sehen. Einer laschen Anwendung des alten und neuen Paragrafen muß vorgebeugt werden. Das ist der Zweck der Kritik am vorliegenden Entwurf. Zusätzlich soll sie die SPD demütigen. Noch tiefer in die Knie vor den Stufen des Gerichts, ruft die CDU, um die konkurrierende Partei vorzuführen als eine, die nur dahergeredet hat und nichts taugt.

Daß die CDU/CSU keinen eigenen Entwurf vorgelegt hat, bestätigt das. Erneut das Bundesverfassungsgericht in die Angelegenheit einzuschalten, hat die Opposition nicht vor, "denn", so schrieb die "Deutsche Zeitung" Nr. 43/1975, es seien "die Unionspolitiker selbst nicht ... interessiert, durch die Anrufung Karlsruhes neue Leidenschaften ... zu wecken". Die Bild-Zeitung vom 3. Oktober spricht von einer "ausdrücklichen Empfehlung von Oppositionsführer Carstens", nicht mehr zum Bundesverfassungsgericht zu gehen.

Auch der "Bayernkurier", der den Koalitionsentwurf unter dem Titel "Unterlaufenes Urteil" abhandelt, legt sich auf eine erneute Anrufung des Gerichts nicht fest. Bleibt die Drohung mit dem Gericht als Druckmittel.

Nach geheimen Gespräche, die von Brandt in Gang gesetzt worden sind, hat jetzt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Vogel drei Änderungen am Entwurf zur Bedingung einer gemeinsamen Verabschiedung im Parlament gemacht:

1. Die sogenannte Notlagenindikation soll noch enger gefaßt werden. Der Kommentator der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Friedrich Karl Fromme, hat das so formuliert: Der Regierungsentwurf fasse als Notlage eine Situation, in der von einer Frau die Fortsetzung der Schwangerschaft "nicht verlangt werden könne"; das Gericht habe aber bestimmt, daß die Lage "unzumutbar" sein müsse. Und das sei ein Unterschied. "Denn was wollte der Staat heute schon ernstlich von jemandem 'verlangen'; zumuten kann er schon eher etwas." Diese Haarspalterei gibt natürlich nur Sinn, wenn man sie als Aufforderung liest, mit dem alten und neuen Paragrafen hart durchzugreifen und sich keine Zimperlichkeiten zu erlauben.

Dann will die CDU die Beratung und die Begutachtung personell auf jeden Fall getrennt haben, und als Gutachter sollen ausschließlich Ärzte zugelassen werden, die dazu behördlich ermächtigt sind. Daß es vielleicht dieser oder jener Arzt mit seinen polizeilichen Pflichten nicht so streng nimmt, dem soll ein Riegel vorgeschoben werden. – (hv)

Frauenzentrum als "kriminelle Vereinigung" verdächtigt

Frankfurt. Nach dem Polizeiüberfall auf das Frankfurter Frauenzentrum hat die Staatsanwaltschaft jetzt mehreren Mitgliedern des Frauenzentrums Vorladungen geschickt. Sie werden "verdächtigt", gegen den § 218 verstoßen zu haben. Die Staatsanwaltschaft hat sich mit dieser Verdächtigung aber nicht begnügt. Sie hat den Vorwurf hinzugefügt, daß die Vorgeladenen eine "kriminelle Vereinigung" (nach § 129) gegründet hätten. Der bürgerliche Staat läßt es nicht dabei, gegen Einzelne aufgrund des § 218 vorzugehen, um sie zu strafen und einzuschüchtern. Wo Menschen sich zum Kampf gegen den Polizeiparagraphen zusammenschließen, geht er auch direkt darauf aus, ihren Zusammenschluß zu kriminalisieren und zu zerschlagen. Für den Staatsanwalt sind Menschen, die sich für die gerechte Forderung nach der Abschaffung des § 218 zusammenschließen, Kriminelle und als solche zu behandeln.

Betriebsversammlung VW-Salzgitter:

„Ich verschleudere meine Arbeitskraft nicht"

Die Antwort eines VW-Arbeiters auf Schmückers Aufforderung, Mehrarbeit zu leisten

Mit Pfiffen wurde der VW-Chef Schmücker auf der Betriebsversammlung im VW-Werk Salzgitter am 29. September von den Kollegen empfangen. Im April hatte der Aufsichtsrat des VW-Konzerns beschlossen, daß 25 000 VW-Kollegen auf die Straße geworfen werden. In Salzgitter wurden rund 3 500 mit Abfindungsverträgen rausgesetzt und der Fahrzeugbau aufgelöst. Jetzt, zur dritten Betriebsversammlung nach dem Aufsichtsratsbeschluß, kam Schmücker nach Salzgitter. Er wurde ebenso wie schon Aufsichtsratsmitglied Loderer im April, mit Pfiffen empfangen. Als erstes sagte Schmücker, daß die "Entlassungen eine schwere Entscheidung" gewesen seien, "aber VW fährt wieder Mehrarbeit". Es sei auch im Interesse der VW-Arbeiter, daß sie jetzt "Mehrarbeit" leisten sollen, damit VW wieder aus den "roten Zahlen" kommt.

In seiner Rede warf Schmücker die Frage auf, "ob die Arbeitsplätze sicherer werden", und beantwortete sie selbst so: "Künftig ist mit häufigeren und heftigeren Schwankungen zu rechnen, daher sei man mit Neueinstellungen vorsichtig und weiche auf Mehrarbeit aus. Mehrarbeit und Lohndrückerei, das ist die Devise der VW-Herren. Dabei wollen sie die Angst um die Arbeitsplätze nutzen, um die Löhne zu drücken. Vor der Betriebsversammlung hatte ihn der 2. Bevollmächtigte der IG Metall Salzgitter gefragt, "ob das VW-Werk Salzgitter bestehen bleibt". Schmückers Antwort, "Ja, wenn Sie eine vernünftige Lohnpolitik machen."

In seiner Rede ging Schmücker weiter auf den Export in die USA ein. Den Bau eines Werkes wolle man vermeiden, strebe aber eine Kooperation an. In all den vorgetragenen Punkten versuchte Schmücker den Kollegen eine "gemeinsame Verantwortung" von Konzern-Herren und Belegschaft aufzuhalsen. Aber weder wollten die Kollegen ihm seine Krokodilstränen über "die schwere Entscheidung" bei den Entlassungen abnehmen, noch wollten sie einsehen, daß sie jetzt "Mehrarbeit" leisten sollen, damit VW wieder aus den "roten Zahlen" kommt. Die VW-Kollegen haben keine gemeinsamen Interessen mit den VW-Herren.

Das sprach ein Kollege in der anschließenden Diskussion aus. In seiner Rede führte er aus:

Seit Wochen und Monaten wird uns Arbeitern erzählt, daß VW in den "roten Zahlen" steckt und daß wir alle – Arbeiter und Kapitalisten – unseren Teil dazu beitragen müßten, damit VW wieder in schwarze Zahlen kommt. Erreichen will das Herr Schmücker, wie er sagte, durch Kostensenkung und Erhöhung der Produktivität, durch Mehrarbeit.

Was wird dafür von uns Arbeitern verlangt? Was heißt das für uns?

Erhöhung der Produktivität, das heißt, daß zum Beispiel in unserer Abteilung die Kollegen, die Wasserpumpenräder machen, jetzt eine Maschine mehr fahren sollen, damit VW wieder aus den roten Zahlen kommt, so heißt es.

Auch wenn als Zuckerbrot angeboten wird, daß an den beiden anderen Maschinen die Stückzahlen etwas weniger werden, so heißt doch eine Maschine mehr fahren, daß unbezahlte Mehrarbeit geleistet werden soll. Denn insgesamt sollen mehr Teile gefahren werden, und zusätzlich fällt zum Beispiel Werkzeugwechsel an. Ein Kollege hat dazu sehr richtig gesagt: *'Ich sehe nicht ein, daß ich meine Arbeitskraft verschleudere, nur damit VW wieder aus den roten Zahlen kommt.'*

Erhöhung der Produktivität heißt weiter, daß hier wieder Arbeiter eingespart, übrig gemacht werden, wenn Kollegen zusätzliche Maschinen oder Arbeitsgänge machen sollen. Ganz entschieden dagegen wehren müssen wir uns, daß die Kapitalisten auf den Knochen der Arbeiter ihren Heißhunger nach Mehrarbeit stillen wollen. Deshalb keine Mehrarbeit. An die 'zusätzlichen' Maschinen können Arbeiter kommen, die gegenwärtig ohne Arbeitsplatz sind. Das wäre ein sinnvoller Beitrag, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Und was heißt denn Kostensenkung? Das heißt, daß Löhne eingespart und gedrückt werden sollen. So ist zum Beispiel den gleichen Kollegen, die jetzt eine Maschine mehr fahren sollen, gesagt worden, daß es noch Kollegen aus den aufgelösten Abteilungen gebe mit höheren Lohngruppen, die dann an diese Arbeitsplätze kommen sollen. Und die Kollegen, die bisher dort gearbeitet haben, müßten zwangsläufig an niedriger bezahlte Arbeitsplätze. Denn die Kollegen aus den aufgelösten Abteilungen haben eine Lohngarantie, statt bisher 6 Monate jetzt zum Beispiel eineinhalb Jahre. Natürlich ist es gut, daß, wie Kollege Anklam sagte, 1 100 Kollegen z.B. aus dem aufgelösten Fahrzeugbau eine Lohngarantie haben. Aber es zeigt sich hier, daß die Lohngarantie – nur für einen Teil der Kollegen – völlig unzureichend ist. Denn die Lohngarantie auf eineinhalb Jahre gilt nur bei Versetzungen von einer Abteilung in die andere, aber nicht bei Umsetzungen innerhalb einer Abteilung. Aufgabe des Betriebsrates ist es aber, die Interessen der gesamten Belegschaft zu vertreten und nicht nur für einen Teil der Kollegen. Deshalb muß sich der Betriebsrat und der gewerkschaftliche Vertrauenskörper dafür einsetzen, daß die Lohngarantie für alle Kollegen gilt, sowohl bei Versetzungen als auch bei Umsetzungen, und das muß im Lohntarifvertrag verankert werden. Denn die Arbeiter sind nicht daran schuld, daß der Fahrzeugbau verlegt wurde und daß Tausende entlassen wurden.

Während noch vor wenigen Wochen kurzgearbeitet und Tausende entlassen wurden, werden jetzt Sonderschichten in Wolfsburg und Emden gefahren und werden hier in Salzgitter Überstunden gemacht.

Jetzt werden die Überstunden und Sonderschichten von den VW-Herren in ihrer Zeitung 'autogramm' damit begründet, daß Tausende entlassen worden sind und daß ein Produktionsrückstand den Bedarf auf dem Markt nicht decken würde.

Heute sagt Schmücker, daß zwischen den Entlassungen und der Mehrarbeit kein Zusammenhang wäre. Aber einzig und allein die Kapitalisten haben einen Vorteil davon, denn Überstunden und Sonderschichten sind für sie billiger als neue Arbeiter einzustellen. Während die Arbeiter ihre Arbeitskraft für einen Appel und ein Ei verschleißen. Nehmen wir ein Beispiel: Bei zweimal 8 Überstunden einschließlich der Zulage von 50 Prozent bekommen Ledige und Doppelverdiener nach Steuerklasse I und IV in der Lohngruppe 4B brutto 252,24 DM, aber netto nur 128,39 DM. Das heißt, daß praktisch die Hälfte Abzüge sind. Die Meinung der Kollegen zu den Überstunden und Sonderschichten lautet so: 'Da arbeitet man ja nur fürs Finanzamt', und ein Kollege meinte: 'Da wird man ja noch mehr ausgebeutet.'

Der Betriebsrat sollte deshalb dazu Stellung nehmen, weshalb er den Sonderschichten und hier in Salzgitter wieder Überstunden zugestimmt hat. Denn der Betriebsrat hat das Recht und im Interesse aller Arbeiter die Pflicht, die Zustimmung zu verweigern. Unsere Solidarität mit den arbeitslosen Kollegen verbietet es uns, Überstunden und Sonderschichten zu machen.

USA-Markt — Entscheidung zwischen Pest und Cholera

Als Gewerkschafter und Arbeiter, die nichts haben als ihre Arbeitskraft verkaufen zu können, kann es nicht unsere Aufgabe sein, uns die Köpfe der Kapitalisten zu zerbrechen, wie VW wieder aus den roten Zahlen kommt. Und genausowenig wollen und können wir eine Mitentscheidung treffen, wie der USA-Markt gehalten werden kann. Denn wenn in den USA ein Montagewerk aufgemacht wird, ob auf der grünen Wiese oder nicht, dann heißt das, daß hier Arbeiter entlassen und das Werk Emden geschlossen werden wird. Wird kein Werk in den USA gebaut und ist vielleicht deshalb der USA-Markt nicht zu halten, dann werden hier auch wiederum Arbeiter entlassen und das Werk Emden geschlossen werden. Eine Mitentscheidung, wie der USA-Markt gehalten werden kann, ist für die Arbeiter eine Entscheidung zwischen Pest und Cholera. Und Schmücker selbst verspricht auch gar nicht, daß keine Arbeiter entlassen werden, sondern nur, daß Arbeiter langsamer abgebaut würden. Nach seinen Worten wäre das nicht so "dramatisch", sondern "eine weiche Landung".

In der vorletzten Woche, am 18. September, hat deshalb die IG Metall in Emden eine Großkundgebung durchgeführt. Der IG-Metall-Bezirksleiter Otto vom Steeg hat dort sehr richtig gesagt, daß "die Löhne nicht an der Krise schuld seien und daß die Besitzer und Beherrscher der Produktionsmittel nicht in der Lage seien, Stabilität zu gewährleisten".

Die Kollegen im VW-Werk Emden sollen und müssen wissen, daß sie unsere volle Solidarität haben im Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Deshalb kann es nicht um einen Ausgleich oder eine gleiche Lastenverteilung zwischen den einzelnen Werken gehen, sondern nur um den vollen Erhalt aller Arbeitsplätze. Wir dürfen nicht zulassen, daß wir uns gegenseitig die Arbeitsplätze streitig machen, sondern wir brauchen die volle Solidarität aller Kollegen im Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen der VW-Herren.

Der Kampf der Arbeiter für ihre Existenz ist gerecht, weil es die Arbeiter sind, die mit ihrer eigenen Hände Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, während die Besitzer und Beherrscher der Produktionsmittel die Parasiten und Verschwender sind.

Oder ist es etwa keine Verschwendung, wenn Produktionsanlagen brach liegen oder gar vernichtet werden und wenn eine Million Arbeitslose ihre Arbeitskraft nicht anwenden können?

Schmücker hat heute gesagt, daß bei VW noch Sand im Getriebe sei; damit meint er, daß die Arbeiter nicht genug Mehrarbeit bringen würden. Nein, nicht die Arbeiter, sondern die Großaktionäre, die Kapitalisten sind es, die den gesellschaftlichen Fortschritt hemmen. Die VW-Kapitalisten haben in ihrer Zeitung 'autogramm' geschrieben, daß die 'goldenen Jahre dahin seien', womit sie ihre Profite meinen. Umgekehrt: Goldene Jahre haben diejenigen vor sich, die mit ihrer eigenen Hände Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, wenn die Arbeiter in diesem Land das Sagen haben.

Bisher einmalig war es, daß ein Vorstandsvorsitzender der VW AG in der Diskussion das Wort ergriff, um zu "Fragen" Stellung zu nehmen. Es wurde rasch klar, weshalb. Schmücker zitierte als erstes den Kollegen, der zum Bau eines USA-Werkes Stellung genommen hatte, und zwar den Satz: "Es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns die Köpfe der Kapitalisten zu zerbrechen, wie VW wieder aus den roten Zahlen kommt." Schmücker sagte darauf, "jeder solle sich überlegen, ob er diesen Standpunkt annehman kann." Es stünde das Schicksal des VW-Konzerns auf dem Spiel. Schmücker weiß, um was es geht, wenn die Arbeiter über ihre eigenen Interessen nachdenken und sich einig werden: Um das Schicksal der VW-Bosse und der übrigen Kapitalisten. – (h., Salzgitter)



Im VW-Werk Braunschweig wurden 300 Zeitlöhner zur Akkordarbeit an das Achsenband versetzt

VW-Neueinstellungen

Im VW-Werk Wolfsburg ab Januar 2 300 Einstellungen

Im VW-Werk Wolfsburg ab Januar 2 300 Einstellungen

Wolfsburg. Am 22. Oktober will der Gesamtbetriebsrat über den Antrag des Vorstands des VW-Werkes beraten, der folgendes vorsieht:

1. 450 Neueinstellungen bis Ende des Jahres 1975. Diese sollen jugendliche Arbeitslose sein zwischen 18 und 22 Jahren als Ersatz für die normalen Abgänge aus der Produktion.
2. 2 300 Neueinstellungen am Jahresanfang, die seitens des Vorstandes als immer noch unzureichend bezeichnet werden, um die benötigten Wagen produzieren zu können.
3. Sonderschichten im nächsten Jahr.

Die zur Zeit steigende Nachfrage kommt im wesentlichen durch die gesteigerte Nachfrage auf dem USA-Markt, wo jetzt anstatt der 160 000 kalkulierten Wagen 100 000 mehr gebraucht werden.

Der Betriebsrat will für die Kollegen eine Arbeitsgarantie herausholen. Der Vorstand soll sich bereiterklärt haben, einem solchen Vorschlag zuzustimmen, der vorsieht: keine Entlassungen aus betriebsbezogenen Gründen im Jahre 1976. Weiterhin will der Betriebsrat eine Regelung gegen Kurzarbeit erreichen. Nach den Vorstellungen des Betriebsrates soll die Regelung so sein, daß wenn im März z.B. Sonderschichten gefahren werden, es in den darauf folgenden drei Monaten keine Kurzarbeit geben darf. An einen Lohnausgleich ist seitens des Betriebsrates nicht gedacht.

Der Plan S 1, auf dessen Grundlagen 25 000 Entlassungen und Rationalisierungen durchgesetzt wurden, ist nach wie vor in Kraft. Im Werk Salzgitter z.B. sollen noch 100 Angestellte und Zeitlöhner rausgesetzt werden.

Nach Berichten aus Wolfsburg und Salzgitter

Falsche Parolen

Kapitalisten: "Reale Einkommensverluste schlucken"

Im folgenden einige Aussprüche von Kapitalisten und SPD/FDP-Politikern über die wirtschaftliche Lage und die Löhne der Arbeiter. In einer selten gekannten Offenheit lassen sie sich aus über die Arbeiter und ihren Lohn: Arbeiter gehören ausgebeutet, haben nichts zu besitzen und müssen arm sein, damit diese Gesellschaftsordnung fortexistiere und es uns wohlergehe. Das ist der Tenor ihrer Zitate.

Mit solchen Sprüchen wollen sie die Arbeiter bewegen, den Lohnkampf aufzugeben, aber durchsichtig ist ihre Propaganda: die Arbeitslosen als Lohndrücker benutzen, den Lohn drücken, die Profite erhöhen, die Arbeitskraft der Arbeiter ruinieren.

Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Kirchner, erklärte am 2. Oktober: *"Die Sicherung der Arbeitsplätze wird nur gelingen, wenn die Tarifpolitik für 1976 nicht mit falschen Parolen belastet wird."*

Es sei sozial nicht gerechtfertigt, das gegenwärtige Lohnniveau zum Besitzstand zu deklarieren, wenn gleichzeitig über eine Million Arbeitslose ohne diesen Besitzstand auskommen müßten. *"Dürfen wir uns Arbeitslosigkeit leisten, weil Beschäftigte ein Lohnniveau als Besitzstand beanspruchen, das die Unternehmen aus Kostengründen zu Entlassungen zwingt?"*

"Die Beschäftigten müssen sich die Frage vorlegen, ob sie sich bewußt sind, daß die Verteidigung dieses Besitzstandes mit 'Zähnen und Krallen' für viele Arbeitsplätze neue Gefahr bedeutet." "So wie die Bundesregierung ein 'Haushaltssicherungsgesetz' eingebracht hat, um den Staat finanziell wieder manövrier- und leistungsfähig zu machen, so braucht die Wirtschaft in der Tarifpolitik einen 'Unternehmenssicherungsvertrag', der die aufgelaufene Kostenhypothek der Vergangenheit abbauen hilft."

Dazu gehöre *"die nüchterne Prüfung, ob das vielschichtige System tarifvertraglicher Leistungen ... heute noch tragbar sei." "Es ist an der Zeit, die oft geräuschlos funktionierende Tarifschraube der Zusatzregelungen festzudrehen."* (Handelsblatt, 3.10.1975)

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP im Bundestag, Graf Lambsdorff, sagte in einem Gespräch mit der "Neuen Ruhr-Zeitung":

"Die Arbeitnehmer müssen damit rechnen, nicht nur 1976, sondern auch in den nachfolgenden Jahren reale Einkommensverluste zu schlucken. Sie sollte man lieber hinnehmen als den Zerfall der gesellschaftlichen Ordnung zu riskieren." (Neue Ruhr-Zeitung, 16.9.1975)

Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Schlecht meinte, daß 1975 die Löhne zu hoch ausgefallen seien: *"Dieser Bilanzvortrag muß bei der Lohnrunde 1976 berücksichtigt werden."*

Die Aussichten für 1976 sind *"ein hinreichender Grund dafür, daß die Lohnentwicklung auf dem Teppich bleibt und ihren Beitrag zur Verstärkung der Investitionsbereitschaft und -fähigkeit und damit zum allmählichen Abbau der Arbeitslosenquote leistet."*

Frankfurter Rundschau, 10.9.75

Schleyer, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände: *"Die Lohnerhöhungen müssen unter der diesjährigen Inflationsrate liegen."* (Bild am Sonntag, 12.10.1975)

Ein Stahlarbeiter von der Klöckner-Hütte Bremen berichtet:

„Wir haben bei uns die Mitbestimmung"

Bremen. Ich arbeite bei der Klöckner-Hütte Bremen. Bei uns haben wir seit langem die Mitbestimmung. Welche Erfahrungen die Belegschaft mit der Mitbestimmung und insbesondere mit dem Arbeitsdirektor als sogenanntem "Arbeitnehmervertreter" im Vorstand gemacht hat, darüber möchte ich hier berichten.

"Unser Arbeitsdirektor ist ein Papiertiger."
"Düßmann, dieser Arbeitgeber, liegt uns schon lange auf der Leber!"
Zicke, zacke, bum, bum, bum – Düßmann macht den Rücken krumm."

In diesen Parolen brachte die Belegschaft 1969 während des Streiks ihre Erfahrungen mit dem damaligen Arbeitsdirektor Düßmann zum Ausdruck. Sie hatte die Erfahrung gemacht, daß der Arbeitsdirektor nicht ihre Interessen gegenüber dem Werksvorstand, sondern umgekehrt die Interessen des Werksvorstandes gegenüber der Belegschaft vertrat. Daß dies nicht an der persönlichen Unfähigkeit des damaligen Arbeitsdirektors lag, wird schon daran deutlich, daß die Belegschaft mit dem neuen Arbeitsdirektor Sporbeck haargenau dieselben Erfahrungen gemacht hat.

Gegen den Widerstand des Betriebsrates und einiger Vertrauensleute vom IGM-Vorstand und dem Werksvorstand zum Arbeitsdirektor bestellt, zeigte der ehemalige Betriebsratsvorsitzende der Klöckner-Hütte Hagen-Haspe sogleich das richtige Verständnis für die Aufgaben eines Direktors:

Als die Belegschaft im Sommer 73 für eine Teuerungszulage streikte, beteiligte er sich aktiv an der Zerschlagung des Streiks. Teile der Belegschaft hatten von ihm noch zumindest erwartet, daß er vermittelnd gegenüber dem Werksvorstand eingreifen würde. Aber die Situation war nicht für solche Spielereien und Feigenblätter geeignet: Jede verspätet produzierte Tonne Stahl bedeutet einen Vorsprung der Konkurrenz. Also vertrieb der Arbeitsdirektor höchstpersönlich die Streikposten vom Schlagbaum und ließ die Schlagbäume so verriegelt, daß man sie nicht runterlassen konnte, damit beim nächsten Schichtwechsel die Kollegen ins Werk getrieben werden konnten. Zusammen mit den übrigen Direktoren unterschrieb er die Drohbriefe an die Belegschaftsmitglieder und verteidigte die Entlassung von zwei Kollegen. Dies Verhalten und seine Beteiligung an der Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden H. Röpke brachten ihm ein Mißtrauensvotum des Vertrauenskörpers ein.

Davon unbehelligt und sicherlich auch gezwungen durch die sich verschärfende Krise trat Karl Sporbeck immer offener als das auf, was der Arbeitsdirektor ist: **das Sprachrohr des Werksvorstandes gegenüber der Belegschaft.**

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Düßmann, der erst gar nicht auf den Betriebsversammlungen erschien, verliest Karl Sporbeck regelmäßig den Bericht des Werksvorstands über die "roten" Zahlen und die *"gemeinsame"* Durststrecke, die *"uns allen"* liege. Er preist die *"großartigen sozialen Leistungen und Investitionen des Werksvorstandes"*, während er Forderungen des Vertrauenskörpers bzw. Betriebsrates, wie zum Beispiel 90 % Lohnausgleich bei Kurzarbeit oder 50 DM einmalige Hitzezulage rundweg ablehnt, *"weil wir kein Geld haben"*. Wenn die versammelten Kollegen nichts von den *"großartigen sozialen Leistungen"* wissen wollen, weil ihnen die Rationalisierungen an die Knochen gehen und weil sie Angst um ihren Arbeitsplatz haben, dann tut der Arbeitsdirektor dies als baren *"Unsinn"* ab und warnt davor, daß *"man Entlassungen auch herbeireden"* könne.

Die Reihe der Beispiele dafür, daß der Arbeitsdirektor Arbeitgeberfunktionen gegenüber der Belegschaft wahrnimmt, ließe sich noch beliebig verlängern. Kein einziges Beispiel aber läßt sich dafür anführen, daß der Arbeitsdirektor die Interessen der Belegschaft gegenüber dem Werksvorstand vertreten, geschweige denn durchgesetzt hätte.

Daß die Belegschaft von dem Arbeitsdirektor nichts hält, bringt sie auf jeder Betriebsversammlung durch Pfiffe und Hohngelächter zum Ausdruck, wenn Karl Sporbeck in der Bütt geht. Die Mehrheit der Belegschaft erwartet von ihm als Mitbestimmungsvertreter nicht mehr, daß er ihre Interessen gegenüber den Kapitalisten zur Geltung bringt.

Die Mitbestimmung steht in einem derart schlechten Ruf bei der Mehrheit der Belegschaft, daß sogar die DKP, sonst eine emsige Vorkämpferin für die Mitbestimmung, sie hier nicht als die einzige Lösung aller Probleme anpreist. So erklärte der Betriebsratsvorsitzende Röpke (DKP) auf einer Betriebsversammlung unter dem Beifall der Kollegen, daß es viel mehr bringen würde, wenn die Gewerkschaft ihre ganze Kraft für die Verwirklichung der auf jener Versammlung erhobenen Forderungen (gegen die Kurzarbeit und andere Krisenmaßnahmen) einsetzen würde, als die ganze Quaddelei um die Mitbestimmung.

Ein Kollege, der die Erfahrungen der Belegschaft mit dem Arbeitsdirektor Sporbeck dahingehend zusammenfaßte, daß die Mitbestimmung überhaupt eher ein **"Mittel zur Gesunderhaltung der Unternehmen als zur wirksamen Interessenvertretung der Belegschaft"** sei, wurde durch starken Beifall in seinem Redebeitrag unterbrochen.

Die Erfahrungen, die die Klöckner-Belegschaft in der gegenwärtigen Krise mit der Mitbestimmung macht, bestätigen immer mehr diese richtige Auffassung. – (Betriebszelle Klöckner, t./Red.)

„Gewinne positiv"

Vorstandschef der Stahlwerke Salzgitter zur Mitbestimmung

Der Vorstandschef der Stahlwerke Peine/Salzgitter Birnbaum, der zugleich Vorsitzender des VW-Aufsichtsrats und Mitglied des CDU-Wirtschaftsrats ist, lobte die Mitbestimmung in einem "Spiegel"-Interview:

Birnbaum: Wir waren hier in Salzgitter in den letzten Jahren vor schwierige Probleme gestellt und mußten teilweise sehr schmerzhafte Operationen durchführen, die zum Verlust vieler Arbeitsplätze führten. Dieser Prozeß wäre uns wahrscheinlich sehr viel schwerer gefallen, wenn wir nicht die Mitverantwortung der Betriebsräte im Rahmen der paritätischen Mitbestimmung gehabt hätten.

Spiegel: Mitbestimmung ist also eine Schlechtwetterveranstaltung?

Birnbaum: Mitbestimmung bedeutet Mitverantwortung. Und Mitverantwortung ist in Schlechtwetterlagen sehr viel schwieriger. Das ist richtig, zur Zeit haben wir in der Stahlindustrie, aber auch in weiten Bereichen der deutschen Wirtschaft Schlechtwetter. In unseren Hüttenbetrieben müssen wir seit Wochen und Monaten Kurzarbeit fahren. Auch hier hat sich die Mitbestimmung bewährt.

Spiegel: Hat der Unternehmer Birnbaum es leichter, weil er einen mitbestimmten Betrieb führt?

Birnbaum: Ja, vermutlich deshalb, weil wir glücklicherweise auf beiden Seiten personell immer gut besetzt waren. Auch auf der Arbeitnehmerseite standen Personen, die sich der großen Verantwortung bewußt waren, die sie gegenüber den Menschen, aber auch gegenüber dem Konzern hatten. Sie haben an dieser Verantwortung genauso schwer getragen wie der Vorstand. Und das hat sich letzten Endes auch für die Gewinn- und Verlustrechnung des Unternehmens durchaus positiv ausgewirkt.

Entlassungen zurückgenommen

Essen. Gegen Entlassungen und Abbau von Sozialleistungen hatte die Belegschaft der Essener Eisenwerke demonstriert und gestreikt. Die Geschäftsleitung hat jetzt die angekündigten Entlassungen von 40 Arbeitern und den Gehaltsabbau für Angestellte zurückgenommen.

Resolution gegen die fünf Todesstrafen

Beschluß der Jugendvertrauensleuteversammlung der Höchst AG vom 8. Oktober

Mit großem Entsetzen verfolgen wir die Entwicklung in Spanien. Wir sind über die Art und Weise der Gerichtsverfahren und über die durchgeführten Erschießungen zutiefst empört.

Wir verurteilen aufs schärfste das faschistische Regime Spaniens. Wir rufen zur Solidarität mit allen antifaschistischen und fortschrittlichen Kräften, besonders mit der FRAP und der ETA, auf.

Solidarität mit den Kollegen von Erwitte und Kalletal

Bünde. Große Zustimmung fanden auf der Betriebsrätekonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff zwei Resolutionen, die sich gegen die Unternehmerwillkür und gegen die Entlassungen der seit Monaten um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Kollegen des Seibel & Söhne-Werkes in Erwitte und des Stübbe-DEMAG-Betriebes in Kalldorf richteten. Die Resolutionen an die betriebsratskollegen vorgelegten Resolutionen wurden von den 600 Kollegen einstimmig angenommen.

Betriebsrat aufgelöst

Wie VAW bei Reynolds einsteigt

Hamburg. Seit 1. Oktober existiert die Reynolds Aluminium Hamburg GmbH nicht mehr. Reynolds verfügt nur noch über das Walzwerk.

Der Unternehmensbereich Hütte nennt sich jetzt "Hamburger Aluminium Werke" (HAW), an denen zu je einem Drittel die bundeseigenen VAW, die Österreichischen Metallwerke und Reynolds beteiligt sind. Das Management wird zum großen Teil von VAW gestellt. Was brachte die Aufteilung des Werks für die Kollegen?

Zunächst war für 1. Oktober eine Massenentlassung geplant, die vorerst nur aufgrund massiver Proteste der Belegschaft, des Betriebsrats und der IG Metall verhindert werden konnte. Von 22 Angestellten, die dennoch eine Kündigung erhielten, sind 17 vors Arbeitsgericht gegangen. Dieser vorläufige Erfolg der Kollegen störte die Aluminium-Kapitalisten sehr. Sie beschlossen mit aller Härte durchzugreifen.

Als erstes wurde der Betriebsrat aufgelöst. Da die alte Belegschaft nicht mehr existiere, sondern zwei neue, könne es auch den alten Betriebsrat ab sofort nicht mehr geben. Der Belegschaft war klar, daß unter solchen Bedingungen Entlassungen und Verschlechterungen kaum abgewehrt werden können. Unter anderem geht es darum: Die Kollegen des Unternehmensbereichs Hütte sind bisher in der IG Metall organisiert. Seit 1. Oktober aber gehört HAW zum Chemiebereich. Das bringt Verschlechterungen z.B. bei der Urlaubsregelung und bei der Schichtzulage mit sich. Mit der Auflösung des Betriebsrats sollte verhindert werden, daß diese Fragen per Betriebsvereinbarung im Interesse der Kollegen geregelt werden.

All dies kam auf der ersten Betriebsversammlung der HAW zur Sprache. Das unverfrorene Auftreten der Geschäftsleitung (u.a. wurde dem Betriebsratsvorsitzenden das Rederecht verweigert) verursachte einen Sturm der Entrüstung. Die Versammlung wurde abgebrochen, nachdem die Mehrzahl der Kollegen unter Protest ausgezogen war. Eine Woche später fand in der Zentral-Werkstatt die dritte Abteilungsversammlung innerhalb kurzer Zeit statt. Die Kollegen forderten die Beibehaltung der Metalltarife und die Beibehaltung des einheitlichen Betriebsrats bis zur Klärung der strittigen Fragen. Transparente für einen Zug durchs Werksgelände waren vorbereitet.

In dieser für die Kollegen günstigen Lage boten zwei herbeigeeilte Vertreter der IG-Metall-Ortsverwaltung der Geschäftsleitung Verhandlungen an.

Diese nahm den Vorschlag sofort an, erzwang die Auflösung der Versammlung, um sich dann in den Verhandlungen, an denen auch der Betriebsrat beteiligt war, wieder von der unnachgiebigen Seite zu zeigen. Lediglich bezüglich des Betriebsrats machte sie einen "Kompromißvorschlag": Entweder der Betriebsrat stimmt seiner sofortigen Aufspaltung zu oder es bleibt bei der Auflösung des Betriebsrates. Angesichts dieser Erpressung stimmte der Betriebsrat seiner Auflösung zu. Nach dem Motto "Wer aufmuckt, bekommt Prügel" wurde dann ein Betriebsratsmitglied fristlos entlassen. Er habe mit dem Megaphon einen Kollegen geschlagen, lautete die Begründung.

In einer Erklärung der Leitung des Vertrauensleutekörpers zu den Vorfällen der letzten Zeit heißt es: **"Für die Belegschaft ist es unumgänglich, auf dem eingeschlagenen Kurs der selbständigen Aktionen weiterzumachen. Der harte HAW-Kurs wird gestoppt werden, wenn eine Kraftprobe mit breiten Teilen der Belegschaft gestoppt. Für diese Ziele müssen die Kräfte gesammelt werden."**

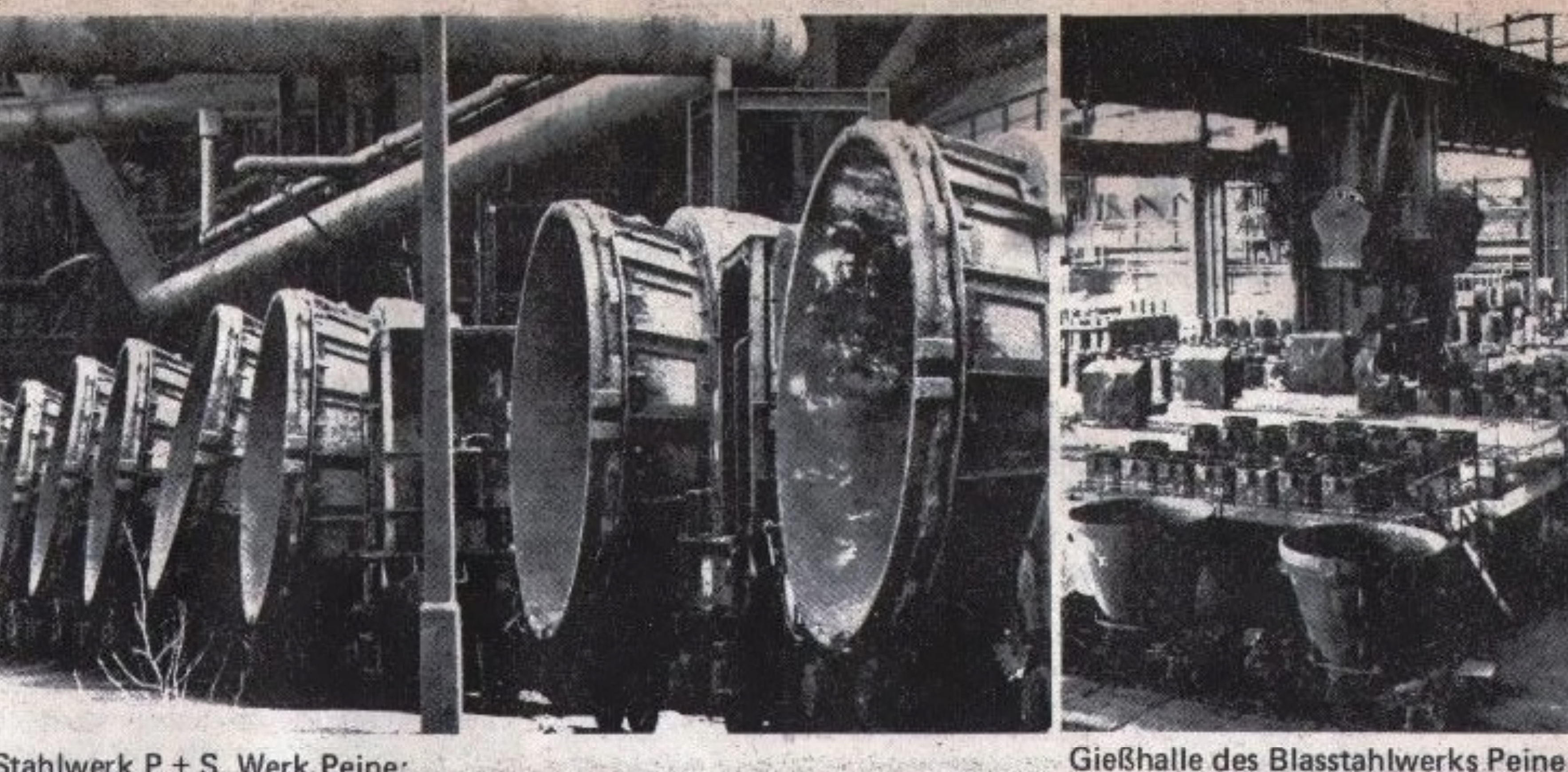
Wichtig in diesem Sinn wird die Vorbereitung der jetzt anlaufenden Neuwahl des Betriebsrats sein.

(z., Hamburg)

DGB-Kreisdelegierte gegen Extremisten-Erlaß

Mettmann. Auf der Delegiertenkonferenz des DGB-Kreises Mettmann vom 27. September 1975 wurde mehrheitlich ein Antrag des Kreisjugendausschusses angenommen, der sich gegen den Extremistenerlaß, gegen Berufsverbote und für ausreichende Jugendfreizeitzentren ausspracht.

Zu den Berufsverboten heißt es in dem entsprechenden Beschluß: Heftige Kritik sei angebracht angesichts der "Versuche, politisch und gewerkschaftlich aktive Kollegen durch Berufsverbote und ähnliche Maßnahmen einzuschüchtern und zu disziplinieren". (a., Kommunistische Gruppe Velbert)



Stahlwerk P + S, Werk Peine: Unbenutzte Schlackenpfannen während der Kurzarbeit

Gießhalle des Blasstahlwerks Peine während der Kurzarbeit

Weil die Stahlkapitalisten momentan nicht genügend Profit erzielen, stehen die Produktionsanlagen still. Die Arbeiter, die den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, haben trotz Weiterzahlung der Schichtzulage bei P + S einen Verlust von etwa 130 DM im Monat durch die Kurzarbeit. Bis Ende des Jahres soll weiterhin Kurzarbeit durchgeführt werden.

In den letzten Jahren steigerten die P + S-Herren – P + S gehört zu über 90 % dem Staat – die Ausbeutung: Vom September 1968 bis September 1974 ist die Belegschaft um zirka 10 % gestiegen, die Rohstahlproduktion aber um zirka 100 %. Durch die Kurzarbeit wird die Arbeit nicht weniger. Vielmehr probieren die Kapitalisten, wie sie mit weniger Leuten mehr produzieren können. Um die Produktionsanlagen mehr auszunutzen, wurde in der letzten Woche im Blasstahlwerk des Werkes Peine folgende Regelung eingeführt: Die Schichten 1 und 2 arbeiten nur noch im Ein-Konverterbetrieb (normalerweise sind zwei der drei Konverter in Peine auf jeder Schicht in Betrieb), die Schichten 3 und 4 wurden so aufgefüllt mit Kollegen der beiden anderen Schichten, daß sie mit zwei Konvertern voll durcharbeiten können. Das heißt: Während in den letzten Monaten oft nur etwa 15 Chargen pro Schicht (1 Charge hat etwa 90 Tonnen Roheisen) mit zwei Konvertern gemacht wurden, werden jetzt zirka 20 Chargen auf den Schichten 1 und 2 produziert. Pausen gibt es da nicht mehr. Gleichzeitig wurde die Kurzarbeit im Blasstahlwerk um einen Tag pro Monat eingeschränkt. – (w, Peine)

Woher stammen Loderers Gelder?

IG Metall-Vorsitzender organisierte Gelder für parteipolitische Freunde in Finnland

Am vorletzten Sonntag wurden drei finnische Sozialdemokraten an der Grenze zwischen Schweden und Finnland festgenommen, als sie 194 800 schwedische Kronen, etwa 115 000 DM, aus Schweden zu schmuggeln versuchten. (Frankfurter Rundschau, 9. Oktober) Den größten Teil der Summe sollen sie von der IG Metall aus der Bundesrepublik erhalten haben. Das erklärte die sozialdemokratische Partei Schwedens. Sie habe 100 000 DM erhalten mit der Aufforderung, das Geld an die finnischen Sozialdemokraten weiterzugeben. Damit sollte die Sozialdemokraten während des Wahlkampfes in der Gewerkschaft unterstützt werden. Sofort erklärte der Vorstand der IG Metall: "Von uns ist kein Geld an die Finnen gegangen." (Frankfurter Rundschau, 9. Oktober) Aber schon am nächsten Tag wurde bekannt, daß das Geld über Basel nach Schweden gelangt war und daß auf den Quittungen der Name des IG-Metall-Vorsitzenden Loderer stand. Jetzt erklärte Loderer, daß er das Geld bei politischen Freunden gesammelt habe, um den finnischen Sozialdemokraten bei ihrem Wahlkampf in der Gewerkschaft unter die Arme zu greifen. Wer diese Freunde sind, gab er nicht bekannt. Die Herkunft der Gelder blieb im Dunkeln.

Wenn es stimmt, was Loderer, der zunächst alles abstritt, jetzt sagt, bleibt die Frage, woher denn diese Freunde die 100 000 DM haben. In welche Kassen haben die SPD-Parteifreunde gegriffen? Denn aus der eigenen Tasche werden auch hochbezahlte Gewerkschaftsfunktionäre, wie SPD-Mitglied Vetter und andere, nicht so leicht 100 000 DM locker machen. Durch ihre Funktionen in der Gewerkschaft haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Zugang zu vielen Kassen. Nicht zuletzt auch zu dem Geld, das sie über die Aufsichtsratsposten einstreichen, die sie mit ihren Aufsichtsratsposten dick ein.

Auf jeden Fall muß von der IG-Metall-Führung beantwortet werden, woher diese Gelder stammen, deren Weiterleitung sie organisierte.

Es muß gesichert werden, daß die Beiträge der Gewerkschaftsmitglieder von den Sozialdemokraten nicht zweckentfremdet werden.

Die Mitglieder zahlen diese Beiträge, damit der Kampf gegen die Kapitalisten organisiert wird, und nicht dafür, daß die Beiträge den parteipolitischen Freunden der SPD hinterhergeworfen werden. – (gb)

Ein Postarbeiter wollte Beamter werden

Er wollte kein Schlammwühler für einen Hungerlohn bleiben

Bremen. Wie es mit den angeblich sicheren Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst in Wirklichkeit steht, das möchte ich an einem Beispiel eines Kollegen bei der Post in Bremen darstellen.

Der Kollege hat vor einigen Jahren eine Lehre als Fernmeldehandwerker bei der Post angefangen. Vor Augen hatte er eine interessante Arbeit als Telefoneinrichter, mit der Perspektive, einmal Beamter zu werden und damit sein Schäfchen im Trockenen zu haben.

Aber schon während der Lehre ging es los. Leistung, Leistung und noch mal Leistung, das ist die Devise. Schafft man die geforderten Zensuren nicht, kann man seinen Lehrabschluß in den Kamin hängen. Diejenigen, die dagegen rebellieren, bekommen durch "Einträge" zu spüren, daß das verboten ist. Hat man genug Einträge zusammen, ist die Entlassung nah.

So ist es denn jedesmal so, wenn eine Gruppe die Lehre abschließt, daß zwei bis zehn Kollegen keine Anstellung bekommen und auf der Straße liegen.

Unser Kollege hat diese Klippe geschafft und ist nun Arbeiter in einem Fernmeldebaubezirk. Dort muß er einige Erfahrungen machen: Er kann mit dem, was er gelernt hat, nicht viel anfangen, denn die Praxis sieht anders aus. Also ist er weiter der kleine Lehrling, der lernen und kuschen soll. Schon nach einiger Zeit stellt er fest, daß seine Arbeit gar nicht so toll und interessant ist, wie er sich das vorgestellt hat. Tagaus, tagein Kabel zusammenlöten oder -schrauben. Hinzu kommt, daß man in Schlammlöchern sitzt und völlig verdreckt abends nach Hause kommt. Diese Löcher sind oft so eng, daß man auf dem Bauch liegen muß, um arbeiten zu können, denn Bücken ist da nicht drin. Kollegen, die Schuhgröße 45 haben oder einen dicken Bauch, kommen in die Schächte oft gar nicht hinein. So muß der Kleine das machen.

Oft kommen zu den täglichen acht Stunden dann noch Überstunden hinzu oder gar Nachtschichten, weil bei irgendeinem Kapitalisten der Telexanschluß gestört ist und der natürlich nicht warten kann. Ist aber Tante Emmas Telefon gestört, so kann das oft Tage dauern, bis das wieder in Ordnung ist.

1 400 DM verdient unser Kollege jetzt. Doch wenn er sich das richtig besieht, ist das verdammt wenig, weil er sich jetzt auch noch in den Kopf gesetzt hat, eine Familie zu gründen. Und da macht die Post ihm ein Angebot: Werde Beamter, das heißt Sicherheit, Beförderungen, Pension usw.

Munter macht sich unser Kollege daran. Zwei Lehrgänge muß er machen, die er mindestens mit 3 abschließen muß. Auch noch eine gute Beurteilung braucht er von seinem Chef: über Arbeitsbereitschaft, Leistung, Fügsamkeit usw. Also macht er jetzt wieder mehr Überstunden, weil das einen guten Eindruck macht und eine bessere Beurteilung gibt.

Hat er diese Klippen genommen, stünde der Sache, Beamter zu werden, eigentlich nichts mehr im Weg.

Doch dann erfährt er, daß noch mehr Kollegen diesen Ausweg gewählt haben. Wartelisten gibt es. Über 250 Kollegen stehen da schon drauf, und die Rangliste bestimmt sich einzig nach der Zensur, die man aufzuweisen hat. Der beste Kollege kann eine 1,3 vorzeigen, das hat unser Kollege nicht. Doch da bietet die Post ihm einen Schnellkursus, durch den er seine Zensur noch verbessern kann. Da das aber fast alle Kollegen versuchen, nützt ihm das auch nicht viel. Sein einziger Trost ist, daß schon einige bei den ersten Lehrgängen oder den Beurteilungen ausgeschaltet wurden und nicht mehr in der Konkurrenz sind.

Jetzt hat unser Kollege schon ein halbes Jahr gewartet, ohne viel weiter hoch in der Liste gekommen zu sein, weil immer neue Kollegen dazukommen. Gibt es mal einen Dienstposten (A 5/6), dann ist der nicht immer in Bremen, sondern oft in der Umgegend; wer hat aber schon Lust, jetzt nach Ostfriesland zu ziehen und dort neu anzufangen? Die Aussichten sind wirklich schlecht.

Zu allem Übel kommt jetzt auch noch die Post daher und erklärt, daß sie durch die Wirtschaftskrise gezwungen sei, zu sparen. Sie will die Regelbeförderungen bei Beamten abschaffen. Wenn sie das tut, ist es also mit dem gesicherten Aufstieg auch nichts mehr.

Jetzt haben sie auch noch erklärt, die Dienstposten A 5/6 abzuschaffen. Die Kollegen, die sich schon bis A 6 hochgestrampelt hatten, werden zurückgestuft. Das heißt für die Kollegen auf der Warteliste aber, daß jetzt der Einstieg in die Beamtenlaufbahn fast völlig unmöglich ist, weil die Dienstposten alle belegt sind und man nur noch hoffen kann, daß einer stirbt.

Wütend ist unser Kollege. Jahrelang hat er auf seinen Aufstieg gehofft. Er wollte kein Schlammwühler für einen Hungerlohn bleiben. Gekrochen ist er vor den Vorgesetzten, um weiterzukommen. Überstunden hat er gemacht, daß er abends kreuzlahm und hundemüde war: alles umsonst. Es hat keinen Sinn, die Ellbogen gegen die eigenen Kollegen zu stellen, das will die Post doch nur, damit wir viel arbeiten und uns gegenseitig auch noch kontrollieren.

Durch den Versuch, sich alleine durchzuschlagen und seine Lage zu verbessern, schafft man es nicht. Man muß sich mit den Kollegen zusammenschließen, will man etwas erreichen. Keine Überstunden werden mehr gemacht, das nützt doch nur dem Dienstherrn, man selber geht kaputt dabei. Der Lohnkampf muß jetzt geführt werden, damit man klarkommen kann. Das tut unser Kollege jetzt, und er ist sehr froh darüber, diesen Weg eingeschlagen zu haben. – (m., Zelle Post Bremen)

interessant ist, wie er sich das vorgestellt hat. Tagaus, tagein Kabel zusammenlöten oder -schrauben. Hinzu kommt, daß man in Schlammlöchern sitzt und völlig verdreckt abends nach Hause kommt. Diese Löcher sind oft so eng, daß man auf dem Bauch liegen muß, um arbeiten zu können, denn Bücken ist da nicht drin. Kollegen, die Schuhgröße 45 haben oder einen dicken Bauch, kommen in die Schächte oft gar nicht hinein. So muß der Kleine das machen.

Post ihm einen Schnellkursus, durch den er seine Zensur noch verbessern kann. Da das aber fast alle Kollegen versuchen, nützt ihm das auch nicht viel. Sein einziger Trost ist, daß schon einige bei den ersten Lehrgängen oder den Beurteilungen ausgeschaltet wurden und nicht mehr in der Konkurrenz sind.

Jetzt hat unser Kollege schon ein halbes Jahr gewartet, ohne viel weiter hoch in der Liste gekommen zu sein, weil immer neue Kollegen dazukom-

durchzuschlagen und seine Lage zu verbessern, schafft man es nicht. Man muß sich mit den Kollegen zusammenschließen, will man etwas erreichen. Keine Überstunden werden mehr gemacht, das nützt doch nur dem Dienstherrn, man selber geht kaputt dabei. Der Lohnkampf muß jetzt geführt werden, damit man klarkommen kann. Das tut unser Kollege jetzt, und er ist sehr froh darüber, diesen Weg eingeschlagen zu haben. – (m., Zelle Post Bremen)

Hammer oder Amboss sein

Jeder achte Drucker in Westberlin überflüssig gemacht

Westberlin. Nach den Angaben des Statistischen Landesamtes Westberlin sind hier im Zeitraum Juli 1974 bis Juli 1975 über 1 200 weniger Arbeiter und Angestellte im Druckbereich beschäftigt, von denen heute etwa 700 ohne Arbeit dastehen. Diese Reservearmee lastet schwer auf den Schultern der Arbeiter in der Druckindustrie. Von den Kapitalisten wird sie genutzt, den Profit zu erhöhen auf den Knochen und zum Ruin der Arbeitskraft der Arbeiter. Unter den Arbeitern und inbesondere auf der Ebene der gewerkschaftlichen Organe in der Betrieben beginnt die Auseinandersetzung, auf welchem Weg die Arbeiter dagegen anzutreten haben.

Die erste Zusammenfassung fand dies auf der ersten zentralen Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz der IG Druck und Papier nach der Sommerpause Ende September.

Gegen das Argument des Gewerkschaftsvorsitzenden Ballentin, die Kollegen seien heute wegen der Arbeitslosigkeit nicht zum Kampf bereit für den Siebenstundentag, brachte es der Betriebsrat von Druckhaus Tempelhof auf den Punkt, als er sagte: *"Es bleibt heute für die Arbeiter nur noch die Frage, Hammer oder Amboß zu sein, und ein Mittel, Hammer zu werden, ist die Forderung nach der Verkürzung des Arbeitstages."*

Und als Ballentin meinte: Für Kampfmaßnahmen seien die Kollegen zu lethargisch und zu wenig organisiert, wurde geantwortet: Dann ist es unsere Pflicht, den Kollegen klar zu machen, daß es ohne geschlossenen Widerstand uns nur immer dreckiger gehen wird und der Weg des Hoffens und des vertrauensvollen Zusammenarbeitens mit den Kapitalisten nichts reinholen kann.

Und als Ballentin den Silberstreifen der Konjunktur hervorzauberte, daß es bald besser geht, weil ja mehrere 4-Farben-Offsetmaschinen angeschafft wurden und so auch Arbeitsplätze wieder entstehen würden, wurde ihm klar entgegengehalten, daß diese Maschinen dafür doppelt so viele wieder freisetzen.

Als Ergebnis dieser Sitzung kam heraus:

– daß eine allgemeine Mitgliederversammlung aller Mitglieder der IG Druck stattfinden muß;
– daß die Gewerkschaft Maßnahmen zur Durchsetzung des Siebenstundentages diskutieren und ergreifen muß;
– daß die Gewerkschaft die Überstundenverweigerungsaktionen unterstützen muß;
– daß die Tarifrunde frühzeitig vorbereitet werden muß;
– und daß die "Graphischen Nachrichten" ein wirkliches Organ der Gewerkschaftsmitglieder und der Betriebe werden zur gegenseitigen Information, Beratung und Überzeugungsarbeit. – (Aus: Ortsbeilage Westberlin zur KVZ Nr. 40/1975)

Vertrauensleute der IG Chemie-Verwaltungsstelle Darmstadt

Einheitliche Forderung!

Darmstadt. In einer Entschließung zur Tarifrunde stellte die Vertrauensleutevollversammlung der Verwaltungsstelle Darmstadt der IG Chemie am 7. Oktober 1975 fest:

"Entwicklung und Verlauf der Krise machen klar, daß es uns in der diesjährigen Tarifrunde nicht nur um

von dem Lohnverlust und den Sparmaßnahmen der Regierung betroffen. Nur durch eine einheitliche Forderung sind wir in der Lage, uns zusammenzuschließen und den Kampf für die Reallohnsicherung zu führen."

Zur Tarifrunde 1976 will der Hauptvorstand auf einer Klausur-

Vertrauensleute der IG Chemie-Verwaltungsstelle Darmstadt

Einheitliche Forderung!

Darmstadt. In einer Entschließung zur Tarifrunde stellte die Vertrauensleutevollversammlung der Verwaltungsstelle Darmstadt der IG Chemie am 7. Oktober 1975 fest:

"Entwicklung und Verlauf der Krise machen klar, daß es uns in der diesjährigen Tarifrunde nicht nur um
einen Inflationsausgleich gehen kann, denn die meisten Kollegen haben weit mehr Lohneinbußen hinnehmen müssen. In fast allen Betrieben sind wir von Überstundenstreichungen, Streichungen der Zulagen, Kurzarbeit und Lohnverlusten durch Umsetzungen betroffen. Es sind nicht wenig Kollegen, die mit 500 Mark weniger nach Hause gehen mußten und bei ihrem Haushalt ganz drastisch den Rotstift ansetzen mußten.

Deshalb können auch Reallohnsicherung und Inflationsausgleich für uns nicht dasselbe sein. Reallohnsicherung heißt Sicherung unseres Lebensstandards. Wir müssen also das fordern und holen, was wir brauchen. Klar ist uns, daß wir für jeden Pfennig mehr als die Inflationsrate kämpfen müssen. Um einen einheitlichen Kampf für die Reallohnsicherung führen zu können, ist es aber auch gerade in der jetzigen Tarifrunde von entscheidender Bedeutung, daß wir eine einheitliche Lohnforderung in Mark und Pfennig aufstellen, denn gerade in der Krise sind wir alle gleich

von dem Lohnverlust und den Sparmaßnahmen der Regierung betroffen. Nur durch eine einheitliche Forderung sind wir in der Lage, uns zusammenzuschließen und den Kampf für die Reallohnsicherung zu führen."

Zur Tarifrunde 1976 will der Hauptvorstand auf einer Klausur-
tagung Anfang November die Situation einschätzen. Die Ergebnisse sollen den Betrieben dann mitgeteilt werden.

Ein Kollege der Firma Merck stellte darauf den Antrag, daß eine bezirkliche Vertrauensleuteversammlung stattfindet, bevor eine Forderung abgesetzt wird oder abgeschlossen wird. Dieser Antrag wurde mehrheitlich begrüßt, weil damit gesichert ist, daß die Vertrauensleute der verschiedenen Betriebe sich auf einer Forderung vereinheitlichen können, die von den Kollegen getragen wird und auch nur von ihnen durchgesetzt werden kann.

Die Belegschaft des MPI für Kernphysik Heidelberg läßt sich den Urlaub nicht kürzen

Kampflos geben wir unsere Rechte nicht auf!

Heidelberg. Am 1. Oktober fand vor dem Arbeitsgericht Heidelberg ein Prozeß statt, in dem der Betriebsrat des Max-Planck-Instituts für Kernphysik in Heidelberg (etwa 400 Beschäftigte) gegen die Direktion des Instituts und die Max-Planck-Gesellschaft klagte. In diesem Prozeß geht es um einen übertariflichen Urlaub, den die Belegschaft seit über 20 Jahren als Ausgleich für den niedrigeren Lohn bekommt und den die Direktion nun zu streichen gedenkt.

Das Max-Planck-Institut für Kernphysik ist eines von 48 Instituten der Max-Planck-Gesellschaft und bisher der einzige der Betriebe, der eine sofortige Streichung des Urlaubes bis heute verhindern konnte.

Auf einer Betriebsversammlung vor einem Jahr legte der Betriebsrat der Belegschaft klar, daß die Direktion mit ihm eine Vereinbarung zu treffen wünscht, die für die Zukunft alle Ansprüche der Kollegen zunichte macht. Die bisherigen Urlaubsansprüche der Belegschaft sollten nur noch für das Jahr 1975 gelten und danach nicht mehr.

In der Versammlung wurde – selbst unter Anwesenheit der Direktoren – heftig diskutiert, und die Belegschaft beschloß, daß der Betriebsrat weiterhin eine konsequente Haltung einnehmen muß. Der Betriebsrat muß alle Schritte einleiten, um den Urlaub zu verteidigen. Die Belegschaft steht hinter dem Betriebsrat.

Die Direktion erkannte, daß sie es mit einem Gegner zu tun hat, der gefährlich wird, wenn er sich organisiert. Das heißt, sie kann nicht einfach vertrauensvoll mit dem Betriebsrat gegen die Interessen der Belegschaft verhandeln.

Trotz verstärkter Einschüchterungsversuche von seiten der Direktion gingen drei Betriebsratskollegen vor das Arbeitsgericht, um der Belegschaft zunächst den Osterurlaub bis zu einer endgültigen Klärung zu sichern. Dieses Ziel wurde durch einen Vergleich erreicht, der die bisherigen freien Tage bis zum Urteil sichert. Er gilt für die ganzeBelegschaft. Der jetzt laufende Arbeitsgerichtsprozeß soll endgültig klären, ob die Belegschaft einen Anspruch aufgrund betrieblicher Übung hat. Um jedoch die betriebliche Übung vor Gericht bekräftigen zu können, mußte Material innerhalb der Belegschaft gesammelt werden. Dazu gehören z.B. eidesstattliche Erklärungen der Kollegen über Zusagen, die ihnen von der Direktion bei der Einstellung gemacht wurden und über viele Jahre Geltung hatten.

Um den Betriebsrat an der Durchführung der Materialsammlung zu hindern, haben die Herren beschlossen, den Betriebsratsmitgliedern folgende dienstliche Anweisung zu erteilen: Alle Betriebsratsmitglieder dürfen in Zukunft ihre Arbeitsplätze nur noch dann verlassen, um ihrer Betriebsarbeit nachzugehen, wenn der Vorgesetzte damit einverstanden ist und der betreffende Betriebsrat vorher schriftlich seine Arbeitsbefreiung beantragt hat.

Ein weiterer Einschüchterungsversuch war die Androhung einer fristlosen Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden, weil er als Gesamtbetriebsratsmitglied an einer Betriebsversammlung eines anderen Max-Planck-Instituts in Heidelberg teilgenommen hatte. Zu dieser Betriebsversammlung ist der Kollege eingeladen worden, um dort über den bisherigen Kampfverlauf in der Urlaubsfrage zu berichten.

Der Betriebsrat ließ sich durch derartige Maßnahmen nicht beirren, sondern bereitete alles für den Prozeß am 1. Oktober vor. Dazu gehörte auch, daß viele Kollegen mobilisiert wurden, die bei dem Prozeß im Zuschauersaal teilnahmen. Auch aus anderen Betrieben erschienen Kollegen als Beobachter.

Ein Urteil ist in dieser Verhandlung noch nicht gefällt worden. Die Max-Planck-Gesellschaft will in Kürze einen Vergleichsvorschlag vorlegen. Der Betriebsrat erklärte vor Gericht, daß er diesen Vorschlag der Belegschaft in einer Betriebsversammlung zur Beurteilung vorlegen wird. – (rf)



Während die Prominenz sich zur Preisverleihung versammelt: Kollegen des hessischen Buchhandels demonstrieren vor der Paulskirche für die 40-Stunden-Woche

Frankfurt. Am 12. Oktober fand eine Demonstration der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen vor der Paulskirche statt, bevor in der Kirche vor der Schar von bürgerlichen Politikern, Kulturhengsten und der Frankfurter Schickeria der Friedenspreis des deutschen Buchhandels verliehen wurde.

An die 100 Kollegen versammelten sich aus ganz Hessen, um der Forderung nach einem Tarifvertrag für den hessischen Buchhandel Nachdruck zu verleihen.

Im hessischen Buchhandel besteht kein Tarifvertrag, das heißt, in den meisten Buchhandlungen wird weit mehr als 40 Stunden gearbeitet. Die Überstunden werden nicht oder nach Gutdünken der Kapitalisten bezahlt. Der Urlaub wurde anhand der 6-Tage-Woche berechnet. Dementsprechend forderten die Kollegen des hessischen Buchhandels die 40-Stunden-Woche, Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt und höhere Löhne.

Festgeldforderung aufstellen!

Münster. Am 2.10. beschloß die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz einstimmig, daß zur nächsten Tarifrunde eine Festgeldforderung aufgestellt werden soll. Die 190 Delegierten vertraten 6 672 Kollegen aus 250 Betrieben.

Heidelberg. Auf der Mitgliederversammlung der ÖTV Universität Heidelberg vom 30. September wurde von der Versammlung einstimmig folgende Resolution verabschiedet:

"Die ÖTV-Mitgliederversammlung der Universität vom 30. September 1975 wendet sich entschieden gegen die Lohnstopp-Pläne der Regierung und die Streichung des Ortszuschlages für Teile der Kollegen. Sie fordert eine Lohnerhöhung in Mark und Pfennig.

Die ÖTV-Kreisverwaltung wird aufgefordert, so schnell als möglich eine Mitgliederversammlung durchzuführen, um die Forderungen für die kommende Tarifrunde festzulegen sowie Kampfmaßnahmen vorzubereiten.

Überstundenverweigerung gefordert

Darmstadt. Die ÖTV-Bereichskonferenz Gesundheitswesen wandte sich am 9. Oktober in einer Entschließung gegen die Maßnahmen der Regierung gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

"Gegen die Stellenbesetzungssperre in Hessen muß der Kampf aufgenommen werden. Dazu hat der Bezirksvorsitzende Heinz Wolf in seiner Erklärung vom 3. Juli 1975 zum Beschluß der hessischen Landesregierung, betreffs Stellenbesetzungssperre, das richtige Mittel vorgeschlagen: Verweigerung aller Überstunden und jeglicher Mehrarbeit von den Kollegen im öffentlichen Dienst."

Gesetzentwurf zur Krankenhausausbildung:

Der Lohn soll gestrichen und die Jugendvertretung beseitigt werden

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat einen neuen Gesetzentwurf zur Regelung der Ausbildung für nichtärztliche Heilberufe wie Krankenpfleger und Krankenschwester vorgelegt.

Unter den Jugendlichen, die sich in der Ausbildung für diese Berufe befinden, stößt dieser Entwurf auf Widerstand. Zu Recht wollen sie nicht hinnehmen, daß der Staat ein "Reformgesetz" durchsetzt, dessen wesentlicher Inhalt in Lohnraub, Entrechtung und gesteigerter Bevormundung besteht.

So ist die Lage gegenwärtig: Die Ausbildung für die nichtärztlichen Heilberufe wird von den Krankenhäusern durchgeführt. Wollen die Krankenhausträger die Arbeitskraft der Jugendlichen kaufen, so müssen sie ihnen auch die besondere Ausbildung zukommen lassen, die für diese Berufe notwendig ist. Es ist daher nur recht und billig, daß die Jugendlichen, die ihre Arbeitskraft den Krankenhausträgern zur Verfügung stellen, von diesen auch während der Ausbildung einen Lohn erhalten, der zum Leben reicht. Erkämpft und tariflich abgesichert haben sie einen Lohn von 670 Mark im ersten, 750 Mark im zweiten und von 880 Mark im dritten Ausbildungsjahr. Wie die Lehrlinge in anderen Betrieben haben sie das Recht, zur Vertretung ihrer Interessen eine Jugendvertretung zu wählen und als Teil der Belegschaft sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Mit all dem, so will es die Bundesregierung, soll nun Schluß sein. Gestrichen werden soll ganz die bisher erkämpfte Ausbildungsvergütung, der Lohn, und umsonst sollen sie ihre Arbeitskraft dem Staat zur Verfügung stellen.

Nicht mehr zugestanden werden soll ihnen, ihre Interessen durch eine Jugendvertretung geltend zu machen und verhindern will man offensichtlich, daß sie sich als Teil der Krankenhausbelegschaft gewerkschaftlich organisieren.

Mit welch famosem Streich versucht der Staat diese "Neuordnung der Ausbildung" zu erreichen? Einfach indem er die Berufsausbildung in diesem Bereich zu einer schulischen Angelegenheit erklärt, wozu sie künftig durch Berufsfachschulen angeleitet werden soll.

Als Schüler, so macht er geltend, hätten die Auszubildenden kein Recht auf Lohn und kein Recht auf eine Jugendvertretung. Durch einen juristischen Federstrich will er aus den lohnabhängigen Jugendlichen in diesen Ausbildungsberufen Schüler machen, die er nach Belieben bevormunden kann.

Bezüglich der Bevormundung hält er in der Gesetzesvorlage auch einiges bereit. So sieht der § 2 des Gesetzes vor, daß die *"Erlaubnis"* zur Ausübung des erlernten Berufes nur erhalten soll, wer *"sich nicht eines Verhaltens schuldig gemacht hat, aus dem sich die Unzuverlässigkeit zur Ausübung des Berufs ergibt."* Man spürt hier förmlich, wie die staatlich bestallten Berufsfachschuldirektoren künftig den § 2 jedem Versuch der Auszubildenden, sich politisch und gewerkschaftlich zu bewegen, als Drohmittel entgegenhalten werden. Auch der Schülermitverwaltung, die der Gesetzentwurf den Jugendlichen in diesem Bereich an Stelle der Jugendvertretung andrehen will, wird es ähnlich ergehen.

Aber damit, mit ein paar Paragrafen den auszubildenden Lohnabhängigen dieser Berufe alle Rechte als Lohnabhängige zu nehmen, begnügt sich dieses "Reformgesetz" des Bundesfamilienministers nicht.

Schüler sollen sie zwar sein, weil sie dann den Dienstherrn nichts kosten, ein BAFöG zwischen 200 und 380 Mark erhalten sollen, wovon ein Teil zurückbezahlt werden muß. Schüler sollen sie zwar sein, weil man so die Jugendvertretung zerschlagen und sie als Lohnabhängige von der Belegschaft der Krankenhäuser abspalten kann. Aber ein Recht auf Ausbildung in diesen Berufsfachschulen will ihnen der Staat nicht zugestehen.

Er will sich nicht mit der Entrechtung dieses Teils der lohnabhängigen Jugend begnügen, indem er ihnen den Status der Schüler verpaßt, sondern obendrein sich auch noch das Recht vorbehalten, im Verlauf der Ausbildung alle auszusieben, die er für überflüssig, widerspenstig oder sonst nicht in sein Konzept passend hält.

Zwischenprüfung und Stufenausbildung heißt dafür das Rezept.

So muß man nach dem ersten Jahr eine Zwischenprüfung ablegen, bevor man weiterkommt, und klappt das nicht, so hat sich's mit der Weiterausbildung.

Während die Kapitalisten zu Lehrverträgen gezwungen sind, die wenigstens für zwei oder drei Jahre das Recht auf Ausbildung und Arbeit sichern, will es der Staat da noch rechtloser haben. In seinen Berufsfachschulen und in der Berufsausbildung, über die er bestimmt, soll man Jahr für Jahr hinausfliegen können.

Daran kann man ermessen, worauf die Forderung nach überbetrieblichen, vom Staat geleiteten Lehrwerkstätten hinausläuft. Im Bereich der Ausbildung für Krankenhausberufe hat der Staat hier eine Kostprobe vorgelegt. Wichtig ist, daß dieser Versuch des Staates, die jungen Lohnabhängigen zu entrechten, zum Scheitern gebracht werden kann. Denn das würde bald Schule machen. Der Staat macht sie zu Schülern, aber er denkt gar nicht daran, allen Jugendlichen ein Recht auf Schulausbildung bis zum 18. Lebensjahr zu garantieren. Nur als ein allgemeines Recht ist die Schulausbildung für die Jugendlichen aus der Arbeiterklasse und dem Volk ein Fortschritt. Ohne daß jeder ein Recht hat auf solche ausreichende Schulausbildung, werden staatliche Ausbildungseinrichtungen ein Mittel zur Aussiebung, zur Kontrolle und zur Verschärfung der Konkurrenz.

Was aber die Ausbildung der jugendlichen Lohnabhängigen in den Krankenhäusern betrifft, so wenden sie sich zu Recht gegen die Verschulung und bestehen gegenüber ihrem Dienstherrn auf dem Lohn für ihre Arbeitskraft und auf dem Recht zur Bildung einer Jugendvertretung. Deshalb muß dieser Gesetzentwurf auch weg.



Kaiserslautern. 78 Lehrlinge der Gehlenwerke demonstrierten am 8.10. gegen die Vernichtung ihrer Ausbildungsplätze. Die Gehlengruppe Kaiserslautern hatte am Mittwoch den Konkurs beantragt. Die Lehrlinge führten auf den Transparenten Parolen mit wie: "Wer rettet uns nach dem Ruin? Alle halten uns nur hin!"

ÖTV-Veranstaltung zum Gesetzentwurf

Mannheim. Am 6.10. fand bei uns im Krankenhaus eine Veranstaltung der ÖTV über den neuen Gesetzentwurf zur Krankenpflegeausbildung statt. Rund 50 Kollegen waren erschienen.

Nach einer längeren Debatte über den neuen Gesetzentwurf verabschiedeten wir dabei eine Resolution, in der es zu Beginn heißt:

"Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat einen neuen Gesetzesentwurf über nichtärztliche Heilberufe vorgelegt.

Dieser Entwurf bringt nur Verschlechterungen für die betroffenen Auszubildenden. Da nun die Ausbildung nicht wie bisher in Krankenhäusern, sondern in Berufsfachschulen durchgeführt werden soll, will uns der öffentliche Arbeitgeber anstatt einer Ausbildungsvergütung von rund 670, 750 und 880 Mark nur ein Bafög von 200 bis 380 Mark bezahlen. Gleichzeitig will uns der Staat jegliche Interessenvertretungen wie Jugendvertretung und gewerkschaftliche Gremien nehmen und uns stattdessen eine Farce wie die SMV vorsetzen. Um von vornherein jede Kritik auszuschalten, dem öffentlichen Arbeitgeber die Möglichkeit zu geben, ihm unbequeme Auszubildende hinauszuwerfen und den Bedarf an qualifiziertem ärztlichem Hilfspersonal nach eigenem Gutdünken zu regeln, wird in dem Gesetzesentwurf die Stufenausbildung festgelegt.

Zweck dieses Gesetzesentwurfes ist es, auf Kosten der Auszubildenden zu sparen. Nicht zufällig kommt dieser Entwurf in der Zeit der umfassenden Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen in die Öffentlichkeit.

Wir sehen aber nicht ein, daß wir die Milliardenschulden, die die Bundesregierung durch ihre dauernden Investitionen an die Unternehmer macht, bezahlen sollen . . ."

Gleichzeitig wurde auf der Veranstaltung vereinbart, in der Stadt Informationsstände durchzuführen, in den Kursen und auf den Stationen gegen den Entwurf aufzutreten und in vierzehn Tagen die Bundestagsabgeordneten der SPD und CDU von Mannheim zu einer Veranstaltung im Krankenhaus einzuladen, damit sie zu dem Entwurf Stellung beziehen. – (Red./Zelle Städtische Krankenhäuser Mannheim)

Beschluß zu DGB-Jugenddemonstration in Dortmund

Bremen. Die Hauptabteilung Gesundheitswesen der ÖTV-Jugend Bremen verabschiedete am 7.10. einen Beschluß zur DGB-Jugenddemonstration gegen die Ausbildungsmisere am 11.11. in Dortmund. Sie fordert darin die Teilnahme aller Jugendlichen bei der Demonstration in Dortmund. Der DGB hat geplant, daß nur Delegierte an der Demonstration teilnehmen sollen.

Gesetzlich verordnete Lohndrückerei

Jede Arbeit zu jedem Hungerlohn gilt als „zumutbar"

Freiburg. Am 12. Mai 1975 wurde ich arbeitslos. Als ich mich beim Arbeitsamt meldete und Arbeitslosengeld beantragte, bekam ich zuerst vier Wochen Sperrfrist, d.h. kein Geld, weil ich meine Entlassung "grob fahrlässig" herbeigeführt habe. Zwei Wochen später vermittelte mir das Arbeitsamt eine Stelle als Lagerarbeiter. Stundenlohn 6,40 DM, Arbeitszeit 9 bis 10 Stunden täglich. Ich habe die Stelle mit der Begründung abgelehnt, daß ich bei meiner vorherigen Stelle 1 DM mehr Stundenlohn hatte. Als ich das dem Arbeitsvermittler gesagt habe, meinte der:

"Ihre Sache, aber Sie müssen mir ein Formular ausfüllen, wo Sie angeben, ab welchem Stundenlohn sie arbeiten würden." Etwa sechs Wochen später bin ich wieder aufs Arbeitsamt gegangen, weil ich immer noch kein Geld gesehen hatte. Insgesamt habe ich damit 10 Wochen ohne Arbeitslosengeld gelebt. Von Schulden. Vorsorglich hatte ich einen Gerichtsreferendar mitgenommen. Der zuständige Beamte ging mit uns in ein anderes Büro, weil dort die Akte sei. Dort wurde mein Begleiter von zwei anderen Beamten zuerst handgreiflich hinausgeworfen. Dann haben sie zu dritt auf mich eingeschrien. Was ich mir eigentlich einbilde, hier gleich mit einem Gerichtsreferendar anzutanzen, solche Typen hätten sie gern. In der Freiau wohnt er auch. Wahrscheinlich sind Sie auch so ein Kommunist, der überall Stunk macht und die Wände beschmiert.

Als ich ihm gesagt habe, daß es richtig ist, daß wir Freiau-Bewohner um unsere Wohnungen kämpfen und es genug Mißstände in dieser Gesellschaft gibt, die staatlich verwalteten Arbeitsämter z.B., und ich in meiner Forderung nach Ausbezahlung meines Geldes nicht nachgelassen habe, haben sie mir folgendes gesagt: Aufgrund der Tatsache, daß ich erklärt habe, daß ich unter 6,80 DM keine Arbeit annehme, wäre ich aus dem Leistungsbezug herausgenommen worden. Wenn ich unter 6,80 DM keine Stelle annehme, würde ich dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Ich sagte, daß ich mit so einem geringen Lohn Mühe haben würde, über die Runden zu kommen. Außerdem war ich der Meinung, daß man eine Stelle, die tief unter dem letzten Einkommen liegt, nicht annehmen müsse.

Ein Beamter antwortete: "Das ist eine Lüge. Eine Erfindung der Journalisten." So ein Gesetz hätte es nie gegeben. Ein Arbeitsloser, der ebenfalls im Büro war, gab mir recht. Ich mußte dann eine Erklärung unterschreiben, wonach ich jede Stelle annehme, welche nach dem Tarif bezahlt wird. Somit stand ich dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung und war wieder anspruchsberechtigt. Für das Nichtannehmen der Stelle erhielt ich trotzdem nochmal vier Wochen Sperrfrist. Gegen die Sperrfrist habe ich Widerspruch eingelegt. Mit der Begründung, daß ich über die Rechtsfolgen nicht belehrt worden bin. Der Widerspruch wurde abgelehnt. Aus der Begründung:

"Der Widersprechende wurde bei der Unterbreitung des zumutbaren Arbeitsangebotes auch über die Rechtsfolgen einer unberechtigten Arbeitsablehnung belehrt. Die gegenteilige Auffassung des Widersprechenden ist widerlegt durch die klare Bekundung des zuständigen Vermittlers des Arbeitsamtes Freiburg, daß eine solche Rechtsfolgenbelehrung mündlich erteilt wurde. Der Widersprechende hatte für sein Verhalten keinen wichtigen Grund, da in Zeiten höherer Arbeitslosigkeit die Übernahme einer Tätigkeit mit gewissen Verdiensteinbußen gegenüber dem letzten regulären Arbeitsverdienst jedem zumutbar ist. Maßgeblich ist nur, ob für die angebotene Tätigkeit das tarifliche Entgelt gezahlt worden wäre. Dies war der Fall."

Tatsache ist, daß eine solche Belehrung nicht stattgefunden hat. Als ich das dem Beamten sagte, meinte derjenige, welcher mich vermittelt hat: "Meinen Sie vielleicht, daß ich jedem Arbeitslosen eine halbe Stunde lang seine Rechte und Pflichten erkläre? " – (b., Freiburg)

Für die Arbeiterklasse ist im Kapitalismus der Arbeitsmarkt schon immer eine Art Versteigerung mit verkehrten Vorzeichen gewesen. Wer sich am billigsten verkaufen läßt, bekommt den Zuschlag. In der Krise setzt die Kapitalistenklasse insbesondere die staatlichen Arbeitsämter dazu ein, die Arbeiter zu zwingen, die Lohnleiter abwärts zu gehen.

Wer sich wie der arbeitslose Kollege dagegen wehrt, wird von den Arbeitsämtern behandelt wie ein verwöhnter Faulenzer, der hohe Ansprüche stellt und seinen Kollegen auf der Tasche liegt. Er erhält eine Sperrfrist, weil – so die bürgerlichen Juristen – *"eine Versichertengemeinschaft sich gegen Risikofälle wehren muß, an deren Behebung der Versicherte unbegründet nicht mithilft"*. Im Klartext: Der Arbeitslose soll den Verlust seines Arbeitsplatzes und die Gefährdung seines Auskommens als Risiko erleben, das einem halt einfach passieren kann, wenn man Arbeiter ist. Es sei seine verdammte Pflicht, mitzuhelfen bei der Behebung dieses Malheurs, indem er sich einschränkt. Wenn er dazu nicht bereit ist, müßten sich die Arbeiter Leuten seines Schlages wie Schmarotzer erwehren. Das soll ihm eingebleut werden. So ist das ganze Arbeitsförderungsgesetz angelegt.

In dem geschilderten Fall haben die Beamten des Arbeitsamtes vor lauter Arroganz die Handhaben, die ihnen das Arbeitsförderungsgesetz gibt, aber noch überschritten. Nichts gibt ihnen das Recht, von Arbeitslosen eine Erklärung abzuverlangen, bis zu welchem Lohn sie sich äußerstenfalls verkaufen lassen, um sie dann von vornherein von der Arbeitsvermittlung herauszunehmen und das Arbeitslosengeld zu streichen. Erst bei seiner Weigerung, Lohndrückerarbeit zu übernehmen, durften sie fragen: War die Arbeit, die ihm angeboten wurde, noch zumutbar? Welches Maß an Lohndrückerei dem Arbeiter zugemutet werden kann, in der Beurteilung dieser Frage allerdings sind sie weitestgehend frei. Gehen die Kapitalisten in der Krise dazu über, den über dem Tariflohn liegenden Lohnbestandteil, die Zulagen, abzubauen und so den Lohn der beschäftigten Arbeiter zu drücken, so besorgen die Arbeitsämter dieses Geschäft bei den Arbeitslosen: Eine Arbeit, die lediglich nach Tarif bezahlt wird, gilt als *"zumutbar"*. Ja, selbst wenn die angebotene Arbeit zwar nach Tarif bezahlt wird, aber netto noch niedriger ist als das Arbeitslosengeld, muß sie angenommen werden (so das Arbeitsamt Speyer). Der Arbeitslose hat also die Wahl zwischen einer Arbeit, für die er weniger als das Arbeitslosengeld erhält, oder dem völligen Entzug des Arbeitslosengeldes, zuerst für vier Wochen, dann für immer.

Zumutbar ist auch, daß ein Arbeitsloser seinen erlernten oder ausgeübten Beruf aufgeben und angelernte Tätigkeiten ausüben muß. Arbeitslosen italienischen Metallarbeitern wurde zugemutet, als Kellner auf der Basis von Trinkgeldern zu arbeiten.

Die Grenzen dessen, was als *"zumutbar"* gilt, sind noch nicht absehbar. Nach den Vorstellungen der Kapitalisten wird sich *"der Begriff der Zumutbarkeit im Verlauf einer Arbeitslosigkeit entwickeln, ändern und von der Belastung der Versichertengemeinschaft beeinflußt werden"*. Er hat sich den *"wandelnden Wertvorstellungen in der Gesellschaft"* anzupassen. Das sind aber nicht die Vorstellungen der Arbeiterklasse, sondern die Vorstellungen der Kapitalisten über den Preis, den sie den Arbeitern für ihre Arbeitskraft zahlen wollen. Und der kann bekanntlich nie gering genug sein.

Wenn die Arbeiter daran festhalten, daß ihre Arbeitskraft auch als Arbeitslose einen Wert hat, den sie sich nicht drücken lassen wollen, weil sonst das Lohnniveau der gesamten Klasse sinkt, so nennen die Kapitalisten das "Wildwüchse", die der Staat beschneiden muß. Gegen *"Wildwuchs im Bereich der Arbeitsförderung"* soll daher die bestehende Zumutbarkeitsregelung verschärft werden. *"Als zumutbar sollen künftig auch solche Beschäftigungen gelten, die nicht ganz der bisherigen Berufstätigkeit entsprechen, mit etwas ungünstigeren Arbeitsbedingungen oder etwas schlechterer Bezahlung verbunden sind oder bei denen die künftige Arbeitsstelle etwas weiter vom Wohnort entfernt ist als die vorherige."* (Handelsblatt, 25. September)

Im Grunde genommen bringt das nichts Neues. Die Zumutbarkeitsklausel hat sich bisher schon als ausreichend dehnbar erwiesen. Mit der geplanten Änderung soll nur deutlicher lesbar werden, wie weit die Unterwerfung der Arbeitslosen unter die Fuchtel der staatlichen Arbeitsämter gehen soll. Den Arbeitslosen soll deutlich zu verstehen gegeben werden, daß die angebliche "Versichertengemeinschaft" von ihnen die Bereitschaft erwartet, sich noch mehr ausbeuten zu lassen, wenn sie nicht völlig unter die Existenzbedingungen ihrer Klasse absinken wollen.

Man sieht: Solange der Staat mit den Versichertengeldern schalten und walten kann, ist der Name "Arbeitslosenversicherung" blanker Hohn. Aus einer Versicherung der Arbeiterklasse für den Fall der Arbeitslosigkeit ist ein Instrument in der Hand der Kapitalistenklasse geworden, in der Krise die Arbeitskraft billiger zu machen. – **(Red.)**

Das Einfachste wird so kompliziert wie möglich gemacht

Interview zur Lage an den Grundschulen

Im folgenden bringen wir ein Interview, das die KVZ-Redaktion mit zwei Grundschullehrern im Rhein-Neckar-Kreis gemacht hat. I. unterrichtet hauptsächlich an einer vierten Klasse Grundschule. In diese Grundschule gehen vor allem Kinder mittlerer und einfacher Angestellter, Kinder von Landwirten und Arbeiterkinder. E. unterrichtet vorwiegend an einer ersten Klasse Grundschule, in der Kinder der besitzlosen wie auch der besitzenden Klassen sind.

An den Schulen ist es zu Schuljahresbeginn vielfach zu Streiks und anderen Aktionen der Eltern und Schüler gekommen. Der Erscheinungsform nach bestand der Anlaß zumeist in einschneidenden Sparmaßnahmen. In Bayern z.B. hat die CSU-Fraktion einen Haushalt beschlossen, der vorsieht, daß im Schulbereich jede dritte freiwerdende Stelle eingespart werden soll. Wie war zu Schuljahresbeginn die Situation an Eurer Schule?

I.: Für Nordbaden, wo ich unterrichte, gilt, daß zum Schuljahresbeginn generell eine Unterrichtskürzung von 10 Prozent vorgenommen wurde. D.h. dann, daß die Schüler 10 Prozent weniger Unterricht erhalten als bisher.

E.: Das wirkt sich dahingehend aus – weil ja der einzelne Lehrer nicht weniger Unterricht als bisher gibt – daß er auch in anderen Klassen Unterricht gibt. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit, daß ein Lehrer in zwei Klassen hauptamtlich unterrichtet, während er das bisher immer nur in einer tat.

Also ein Erlaß, der, indem er den Unterricht für die Kinder kürzt, den Lehrermangel verdecken soll? Wie war denn der Größe nach das Leh-

war denn der Größe nach das Leh-

rer–Schüler-Verhältnis bei Euch zu Schuljahresbeginn?

I.: Unsere Schule stand bislang recht gut da, es gab kaum eine Klasse, die über 30 Schüler hatte. Die ersten Schuljahre sind jetzt bei uns bedeutend über 30 Schüler geworden. Neue Klassen konnte man nicht machen, weil der vorhandene Organisationserlaß vorsieht, daß eine Klasse erst ab 44 Schülern geteilt werden darf.

E.: Bei uns sind zwei Lehrer gegangen, kein neuer gekommen.

I.: Bei uns sind drei Lehrer gegangen und zwei nebenamtliche gekommen, die nur 13 Stunden überhaupt unterrichten dürfen. Zusätzlich ist noch eine Lehrerin krankheitshalber ausgefallen. Für die haben wir überhaupt keinen Ersatz bekommen, so daß bei einer weiteren Erkrankung der ganze Schulunterricht zusammenbricht.

An welchen Stunden wird diese Unterrichtskürzung hauptsächlich vorgenommen?

E.: An Sport, Förderstunden und Sachkunde. Am Religionsunterricht nicht, der wird bei uns fast nicht von weltlichen Lehrern gegeben, sondern da kommt dann die Kirche anmarschiert mit ihren Vertretern.

I.: Am Sport wurde bei uns nicht gekürzt, weil sich da die Gemeinde beschwert hätte, wo jetzt eine schöne Sporthalle und ein Schwimmbad da ist. Gekürzt wurden hauptsächlich musische Stunden, denn da würde eh' nur Unsinn gemacht, und die Stützstunden.

Die Kürzung an Förder- und Stützstunden betrifft ja vor allem die Kinder, die sich mit dem Unterricht sowieso schon schwer tun, so daß dadurch die Unterschiede noch verschärft werden. Gibt es weitere Maßnahmen an den Grundschulen in dieser Richtung?

E.: Die Arbeitsmittel, mit denen man den Unterricht durchführt, die sind von vornherein so gestaltet, daß sie eine Binnendifferenzierung verlangen. Also daß man schon bei den Aufgaben zwischen den schlechteren, mittleren und besseren unterscheidet. Die besseren machen dann die Aufgaben noch, die im Lernbuch ein Sternchen haben.

Also im Lernbuch ist die Spaltung schon angelegt?

I.: Ja, in drei Leistungsgruppen. Das geht bei uns schon ab der dritten Klasse los. Man wird also durch die Lernbücher gezwungen, innerhalb der Klassen zu differenzieren.

E.: Das wird dann durch die Unterrichtskürzung und den Lehrermangel verschärft. Zum Beispiel im Mathematikunterricht in den ersten zwei Jahren läßt man dann die spielerischen Aufgaben weg und macht die

rischen Aufgaben weg und macht die

mehr theoretischen. Das bewirkt, daß die Kinder, die gewohnt sind, von den praktischen Anschauungen und Problemen her die Aufgaben anzugehen, weitgehend auf der Strecke bleiben, durchfallen.

Im wesentlichen sind das wohl die Kinder aus den Arbeiterfamilien, die ja auch schon durch die Sparmaßnahmen am schärfsten getroffen werden. Wie wirkt sich das auf die Schüler selbst aus?

I.: Grauenhaft. Da kämpft jeder gegen jeden.

Schärfere Konkurrenz?

I.: Unheimliche Konkurrenz. Man hat das Gefühl, man hat da kaputte Schüler vor sich.

Hast Du ein Beispiel dafür?

E.: Ich hab ja jetzt in einer fünften Klasse angefangen. Da ist mir aufgefallen, daß die Schüler sich mit größter Sorgfalt ihrem Heft zuwenden und da ganz toll sich anstrengen, um das schön zu machen. Und dann ganz ängstlich mich gefragt haben, ob das nicht doch schlecht wäre. Durch die scharfe Konkurrenz haben sie gar nicht mehr die Erwartung, daß die Anstrengung, die sie in ihre Arbeit stecken, akzeptiert wird. Die finden, ich kann mich noch so anstrengen, das bedeutet noch nicht, daß der Lehrer damit zufrieden ist. So wird ihnen das Selbstbewußtsein kaputtgemacht.

I.: Das äußert sich so, daß sie Türme aus Büchern um sich herumbauen, damit niemand abgucken kann. Passierts doch und will einer abschreiben, kanns Schlägereien geben.

E.: Das ist aber nur die Reaktion eines Teils der Schüler, die es schaffen können, hochzukommen und die hochkommen wollen, was mit ihrem Elternhaus zusammenhängt.

Wie reagieren die anderen?

Wie reagieren die anderen?

E.: Durch massiven Widerstand gegen den Lehrer. Im ersten Jahr ist es ja so, daß sie den Lehrer gar nicht ärgern wollen. Aber das legt sich dann, und weil sie nicht wissen, was sie da lernen, zu was das gut sein soll, werden sie sauer. Das nennt man dann Nichtanpassung an die schulischen Erfordernisse.

I.: Ich hab' z.B. einen, der hat im dritten Schuljahr immer einfach die Blätter dann zerrissen. Der hat sich das Lernblatt immer zuerst angeguckt und versucht, es zu verstehen und einen praktischen Sinn darin zu finden, und einen Sinn konnte er darin ja auch beim besten Willen nicht finden. Praktisch ist der ungeheuer begabt. Und wenn er dann die sprachlich komplizierten Aufgaben sah und das wirre Bild von Pfeilen und Punkten, hat er das Blatt halt zerrissen. Auch wenn Du ihm noch fünf Blätter gabst.

Von den Lehrinhalten her heißt das dann ja wohl, daß sie immer weniger mit praktischen Kenntnissen zu tun haben, wie man sie für die Produktion braucht?

E.: Die Aufgaben sind ja so, daß sie ein ganz hohes Maß an Konzentration verlangen. Sie sind zwar nicht sinnvoll, aber doch so kompliziert, daß man sie nicht auf direktem Wege lösen kann. Dadurch wird schon die Auslese betrieben. Praktisch sieht das so aus, daß die Arbeiterkinder, gemessen an den Anforderungen der Grundschule, in der Patsche sitzen, ihnen gleich zu verstehen gegeben wird, daß die allgemeine Bildung für sie nicht da ist. Sie können sich noch so sehr anstrengen, der Staat findet dann immer wieder solche Prüfungen heraus, daß sie nicht über die Hauptschule hinauskommen.

I.: Ein Effekt davon ist, daß schon an der Grundschule begonnen wird, daß die Eltern den Kindern Nachhilfe

daß die Eltern den Kindern Nachhilfe

geben. Bei mir allein drei. Das kann man sich natürlich nur mit Geld leisten.

Was kostet das?

I.: Kommt darauf an, ob sie einen Studenten haben oder einen Lehrer – 10 oder 15 Mark.

E.: Verschärft worden ist das durch die neue Mathematik an den Grundschulen. Arbeiterkinder waren bislang in Mathematik gut und konnten so schlechtere Noten in Deutsch ausgleichen.

Woher kommt das?

E.: Weil das nachvollziehbare Sachverhalte waren.

I.: Die mußten einkaufen und nachrechnen. Die konnten nicht 50 Pfennig zu wenig bringen, sondern sie mußten es genau bringen. Deshalb konnten sie unheimlich gut rechnen. Aber mit diesen praktischen Sachen hat die Mathematik jetzt nichts mehr zu tun. So wird der Numerus Clausus schon in die Grundschulen hereingelegt.

Die Auswirkung davon ist ja, daß die Zahl der Sonderschüler steigt. Ebenfalls die Zahl der Hauptschüler ohne Abschluß. Was ist Deiner Ansicht nach der Zweck davon?

I.: Ich erklär' das immer so: Die Universitäten, die sind zu. Die Gymnasien auch, neue werden nicht gebaut, Sonderschulen sind noch da, und so versucht man halt, möglichst ohne daß es bekannt wird, die Kinder in die entsprechenden Schulen zu kanalisieren. Das läuft über die Lerninhalte, die Konkurrenz und Prüfungen.

E.: Der Staat will offensichtlich frühzeitig das Recht auf einen qualifizierten Beruf verhindern. Vermeiden, daß erst beim Abitur rauskommt, daß man keinen der Ausbildung entsprechenden Beruf bekommt, weil es sonst viel mehr Ärger gibt.

Das heißt, daß die Lage an den Grundschulen gegenwärtig dadurch bestimmt ist, daß die Auslese verschärft wird, so daß ein Teil für die Gymnasien qualifiziert wird, während man die Masse der Schulkinder abschreibt.

E.: Ja. Die einfachsten Sachen werden jetzt so kompliziert gemacht, daß die Zahl derer, die nichts mehr verstehen, zunehmen muß.

I.: So wird dann zwischen Begabten und Unbegabten unterschieden. Die Unterrichtsinhalte werden extra so gemacht, daß die Masse der Kinder von vornherein ausgeschieden werden kann. Dazu nur mal eine Aufgabe für die vierte Grundschulklasse; das verstehe ich nicht und das verstehst du nicht: "Nenne eine Zahl, die um 4 kleiner ist als der Nachfolger von 1,3,4,4 5er System."



Heidelberg. Hier führten die Studenten am Donnerstag vergangener Woche eine Aktion gegen den Rektor durch, der als Verteidiger des § 218 einem Studenten Hausverbot erteilt hat. Der Student hatte sich gemeinsam mit Kommilitonen für das Recht eingesetzt, auch an der Universität Unterschriften gegen den Schandparagrafen zu sammeln. Auf einer Fahnenstange vor der Universität brachten die Studenten einen Verfassungsrichterhut an. Vor dem Eingang des Rektors prangte alsbald ein Schild mit der Aufschrift: Zutritt nur gestattet für "Vorkämpfer des § 218, Verfassungsrichter, korrupte Klinikdirektoren und sonstige Parasiten".

Als Landessprecherin bestätigt

Die Landessprecherkonferenz der Studienreferendare von Baden-Württemberg forderte in einer Resolution am 4. Oktober die Landesregierung nachdrücklich auf, die seit Monaten verzögerte Einstellung der Lehramtskandidatin Marion Bentin sofort vorzunehmen. Bereits zuvor war Marion Bentin von der Landessprecherkonferenz zur Landessprecherin gewählt worden. Auch am Studienseminar Karlsruhe war sie zur Kurssprecherin von den Referendaren gewählt worden. Dort wurde sie vom Oberschulamt aber inzwischen vom Studienseminar ausgeschlossen und darf ihre Ausbildung nicht fortsetzen. All dies begründet das Oberschulamt damit, über die "Verfassungstreue" der Lehramtskandidatin sei noch nicht entschieden. In der Resolution der Landessprecherkonferenz heißt es: "Wir bekräftigen hiermit unsere Forderung nach sofortiger Einstellung der Kollegin Marion Bentin und bestätigen sie hiermit in ihrer Funktion als Landessprecherin." Gefordert wird in der Resolution auch die Einstellung der Lehramtskandidaten Kretschmann und Braunbeck.

Berichtigung

In der KVZ Nr. 40 haben wir gemeldet, daß die Hamburger Schulbehörde gegen Eltern Bußgeldbescheide verhängt habe, weil sie zu einem Schulstreik aufgerufen haben. Das ist nicht richtig. Die Bußgeldbescheide wurden angedroht. Die Schulbehörde hat aber bislang keine verhängt.

Antwort auf eine Kritik

...an dem Artikel „Die Hochschulen werden für die Jugend der besitzlosen Klassen dichtgemacht"

Die Zentrale Leitung der Kommunistischen Hochschulgruppe Mannheim hat uns eine Kritik an dem in der KVZ Nr. 37 erschienenen Artikel "Die Hochschulen werden für die Jugend der besitzlosen Klassen dichtgemacht" zugesandt. In diesem Artikel wurde dargelegt, daß sich die gegenwärtigen Maßnahmen des Staates an den Hochschulen, zu denen die Sparmaßnahmen im Bereich der Ausbildungsförderung gehören, dahingehend auswirken, daß sie der Jugend der besitzlosen Klassen den Zugang zu den Hochschulen versperren. Die Genossen aus Mannheim führen dagegen folgende Argumente an:

1. Die Bourgeoisie sei "gezwungen, Agenten des Privateigentums aus dem Nachwuchs der besitzlosen Klassen zu rekrutieren", da ihr eigener Nachwuchs dafür zu gering sei.

2. Da die Jugend der besitzlosen Klassen "kein selbständiges Interesse an der Verteidigung des Privateigentums habe", müsse die bürgerliche Klasse sie vermittelst des Staates ihren Interessen unterwerfen.

3. Auf diese Unterwerfung zielten die gegenwärtigen Maßnahmen des Staates an der Hochschule bezüglich der Verschärfung der Konkurrenz, der politischen Unterdrückung und der finanziellen Einsparungen ab und nicht darauf, die Hochschulen für die Jugend der besitzlosen Klassen dicht zu machen.

Tatsache ist, daß diese Kritik zwar eine Seite der aktuellen Maßnahmen des Staates an den Hochschulen richtig beschreibt, völlig falsch aber die gegenwärtig von der Bourgeoisie eingeleitete Hochschul- und Bildungspolitik einschätzt.

Richtig ist, daß die Bourgeoisie für die Bildung ihres Funktionärskörpers auch auf Teile der Jugend der besitzlosen und lohnabhängigen Klasse angewiesen ist. Folgender Widerspruch, in den sie dadurch gerät: Die Verteidigung des Privateigentums soll von Menschen betrieben werden, welche für sich kein Privateigentum zu verteidigen haben. Das zersetzt die Reihen des Funktionärsnachwuchses der bürgerlichen Klasse, wogegen der Staat zum Mittel der politischen Unterdrückung greift. Im öffentlichen Dienst, an den Hochschulen und Oberschulen.

Auf der anderen Seite reagiert der Staat gegenüber diesem Widerspruch dahingehend, daß er den Anteil der Jugend der besitzlosen Klassen an seinem Funktionärsnachwuchs, wo immer möglich, zu senken versucht. Denn nichts anderes bewirken die Einsparungen in der Ausbildungsförderung, der Stopp der Hochschulausbaupläne für die nächsten Jahre und die immer schärfere Bindung des Rechts auf den Hochschulzugang und das Studium an Geld und Besitz. Warum greift der Staat gegenwärtig zu diesen Maßnahmen?

Die Genossen aus Mannheim haben in ihrer Kritik die konkrete Ausgangslage vergessen, in welcher die Bourgeoisie diese neue Hochschul- und Bildungspolitik eingeleitet hat. Diese war gekennzeichnet durch die Auswirkung des "Reformfrühlings" im Bildungsbereich. Ende der sechziger Jahre propagierte die westdeutsche Bourgeoisie, zur Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit und als Reaktion auf die Empörung über das dreigliedrige Schulsystem in Westdeutschland, daß bald die Mehrheit eines Jahrganges das Abitur machen, ein Drittel auf die Hochschule gehen solle.
Dazu hat sie auch verschiedene Maßnahmen eingeleitet, die bewirkten, daß die Zahl der Oberschüler und Hochschüler anstieg.

Jetzt in der Krise will sie nicht mehr das Geld bereitstellen, um zu finanzieren, was sie eingeleitet hat. Darüberhinaus stellt sie fest, daß die Zahl der Hochschüler und Oberschüler größer geworden ist, als für die Erhaltung ihres Funktionärskörpers notwendig. Das ist der "Wildwuchs zu hoher Studentenzahlen", der jetzt beschnitten werden soll und deren Existenz die Mannheimer Genossen bestreiten.

Daß das Studium wieder von Geld und Besitz abhängig gemacht werden soll, wirkt sich auch auf die Studenten aus, die bereits an der Hochschule sind. Zunehmen wird die Zahl der Studenten, die ihr Studium abbrechen müssen, während allgemein für die Studenten die Konkurrenz und der Leistungsdruck sich verschärfen.

Die Mannheimer Genossen sagen, daß die aktuellen Maßnahmen an der Hochschule dazu dienen, "die Studenten direkter und besser den Bedürfnissen der bürgerlichen Klasse" zu unterwerfen. Das ist richtig, aber zu dieser Unterwerfung seitens des bürgerlichen Staatsapparates gehört eben auch, daß jeder Widerstand gegen die Verschlechterung der materiellen Existenz der Studenten gebrochen werden soll.

Wohin führt die Meinung der Mannheimer Genossen, es bleibe alles beim alten, nur die Disziplinierung verschärfe sich, weil unter den Studenten die Zahl derer anwachse, denen der Gedanke an die Verteidigung des Privateigentums durchaus widerwärtig erscheint? Dahin, daß sie die Schärfe des Angriffes, den die Bourgeoisie gegenwärtig im Bildungs- und Hochschulbereich auf die Rechte der Jugend der besitzlosen Klassen führt, völlig unterschätzen. Dahin, daß sie in der Bewegung unter den Oberschülern und Studenten nur den Kampf um die Behauptung der politischen Selbständigkeit sehen und nicht, daß dies auch ein Kampf um die materielle Existenz ist. Das führt aber notwendig dazu, daß sie die Sprengkraft der Bewegung unter Oberschülern und Studenten gering schätzen müssen. **(er)**



Über 200 Soldaten nahmen am 21. 9. in Bonn in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 teil. Die Bundeswehrführung versucht, die Soldaten festzustellen und sie zu bestrafen, wie jetzt einen Vertrauensmann in Koblenz.

Unterschriftensammlung

Walldürn/Tauberbischofsheim. Die Abkommandierung des Gefreiten R. aus der 5. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 362 nach Roth/Nürnberg verhinderten die Soldaten der Kompanie durch eine Unterschriftensammlung (vgl. KVZ Nr. 40). Die Erklärung, die dem Kompaniechef, dem Bataillonskommandeur und dem Wehrbeauftragten übergeben wurde, lautete:

"Hiermit erklären wir uns gegen die geplante Kommandierung des Gefreiten R. Wir sehen darin den Versuch, einen kritischen Soldaten mundtot zu machen. Der Gefreite R. erfreut sich bei den Mannschaften aufgrund seiner kameradschaftlichen Haltung großer Beliebtheit. Da diese Kommandierung nur mit Nachteilen für ihn verbunden ist und anderen Soldaten, die aus dringenden familiären Gründen um ihre Versetzung nachgekommen sind, diese abgeschlagen wurde, fordern wir die Rücknahme der Kommandierung."

Die Offiziere wollten den Gefreiten R. loswerden, weil er mehrfach unter anderem Beschwerden geschrieben hatte über die schikanöse Behandlung in seiner Einheit. Nach der Rücknahme der Abkommandierung wurde er jedoch innerhalb des Bataillons versetzt.

Kompanie- und Bataillonsführung hatten auf die Unterschriftensammlung mit einer Verhör-Aktion reagiert. Alle Soldaten, die unterschrieben hatten, wurden an einem Freitag einzeln verhört. Die Aktion dauerte bis 21 Uhr. Erst danach konnten die Soldaten in den Wochenendurlaub. Der Vertrauensmann, der die Unterschriftensammlung unterstützt hatte, und ein Fahnenjunker, der ebenfalls unterschrieben hatte, mußten beim Bataillonskommandeur Oberstleutnant Asam antanzen. Dem Vertrauensmann wurde mit Anklage wegen Meuterei und Nötigung gedroht, seine Amtsenthebung wurde erwogen. Der Fahnenjunker wurde mit Beförderungsstopp unter Druck gesetzt. – (nach einer Korrespondenz eines Soldaten aus der 5. Kompanie)

Disziplinarstrafe wegen Teilnahme in Uniform an der Demonstration gegen den Paragraf 218

Koblenz. Der Kompaniechef der 1. Kompanie des Schweren Pionierbataillons 310 hat den Vertrauensmann mit einer Geldstrafe von 150 DM, ausgesetzt zur Bewährung, bestraft, weil der Vertrauensmann in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 am 21.9. in Bonn teilgenommen hatte. Ihm wurde außerdem mit der Absetzung vom Amt des Vertrauensmannes gedroht. – (nach einem Bericht eines Soldaten aus der 1./S.Pi.Btl. 310)

Soldaten gegen Paragraf 218

In der 4. Kompanie des Panzergrenadier-Bataillons 362 wurden bisher 65 Unterschriften von 107 Mannschaftsdienstgraden gesammelt. Der Großteil der Soldaten, die noch nicht unterschrieben haben, wird erst noch angesprochen. Mit der Demonstration ist der Kampf gegen den § 218 noch nicht beendet, sondern hat erst begonnen. Wir werden deshalb die Unterschriftensammlung weiterführen und dabei die Mehrheit der vierteljährlich neuzuversetzten Soldaten zu gewinnen versuchen. In einem Zug der Kompanie haben bisher von 25 Soldaten bis auf 4 alle unterschrieben. Bisher haben wir allerdings erst einen Unteroffizier für die Forderungen gewinnen können. – (xy, 4./362 Panzergrenadierbataillon)

Sigmaringen. Die Hälfte der Soldaten der Stabskompanie der 10. Panzerdivision unterstützte mit ihrer Unterschrift die Forderungen der Komitees gegen den Paragrafen 218.

Vertrauensmann mit Programm gewählt

Lüneburg. Die 3. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 82 hat am 18. September mit 72 Stimmen den Panzergrenadier Fietze zum Vertrauensmann gewählt. Der zweite Kandidat bekam 41 Stimmen. Von den 125 wahlberechtigten Soldaten beteiligten sich 105 an der Wahl. Fietze hatte mit den folgenden von einer Mannschaftsversammlung aufgestellten Forderungen kandidiert:

1. Monatlich eine Verfügungsstunde des Vertrauensmannes mit den Mannschaften;
2. Dienstausgleich für GvD am Wochenende;
3. schriftliches Abmelden der Stuben;
4. Stuben- und Revierreinigen am Donnerstag, damit die Kameraden am Freitag pünktlich ins Wochenende kommen;
5. den Stuben genügend Reinigungsgerät zur Verfügung stellen; wenn was kaputt geht, schnelle Ergänzung des kaputten Gerätes, ohne daß dies die Kameraden aus ihrem kargen Wehrsold bezahlen müssen.

Die drei weiteren Kandidaten, die sich hatten aufstellen lassen, beteiligten sich nicht an der Diskussion um die Forderungen – (Soldat xy)

80 DM für lange Haare

Rotenburg/Hann. Die hier stationierten Soldaten spüren wieder den Druck und die Schikane des bürgerlichen Staates; dieses Mal geht es an ihren Geldbeutel. Es ist nämlich eine Regelung herausgekommen, die den Haar- und Barterlaß noch verstärkt; und zwar soll derjenige, der mit "unkorrektem" Haarschnitt angetroffen wird, bis zu 80 DM Strafe zahlen. – (ein Soldat aus Rotenburg)

Offizier des rhodesischen Siedlerregimes besucht die Brigade 32

Bremen. In den letzten Wochen besuchteein Offizier des rassistischen Siedlerregimes die Panzergrenadierbrigade 32 in Bremen-Nord. Er begutachtete die technische Ausrüstung, die Führung der Soldaten, und während der Übung "Weiße Birke" ließ er sich die Zusammenarbeit der Bataillone und Brigaden erklären und studierte dies ausführlich.

Das rhodesische Siedlerregime führt Krieg gegen das Volk von Zimbabwe, über das es eine weiße Rassistenherrschaft ausübt. Der "Informationsbesuch" eines seiner Offiziere bei der Bundeswehr-Brigade dient dieser Kriegführung. Das Siedlerregime ist darüberhinaus daran interessiert, ehemalige Bundeswehrsoldaten für Söldnerdienste anzuwerben. Ein ehemaliger Oberfeldwebel hielt sich mit einem solchen Auftrag kürzlich in München auf. In der "Süddeutschen Zeitung" hatte er eine Werbeanzeige aufgegeben. – (r, Stabskompanie 32)

"Wie sieht es aus in der Bun-deswehr?"

Witten. Am Montag, dem 29.9.1975, veranstalteten Soldaten, Reservisten und Rekruten unterstützt durch die KBW-Sympathisantengruppe eine Diskussionsveranstaltung über die Bundeswehr unter dem Thema: "Wie sieht es aus bei der Bundeswehr?"

Mit über 40 Teilnehmern war die Veranstaltung, die im Jugendzentrum stattfand, gut besucht.

Die Kollegen und Genossen hielten Referate über das Leben beim Bund, wozu auch die Broschüre "456 und der Rest von heute" hinzugezogen wurde, über die Rechte der Soldaten sowie die Möglichkeit des antimilitaristischen Kampfes in der Bundeswehr durch Soldaten- und Reservistenkomitees.

Zusätzlich wurde noch ein Bundeswehr-Propagandafilm gezeigt, der die technische Ausrüstung, das Soldatenleben und den "Verteidigungsauftrag" bejubelte.

Vor allem nach dem Film entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über den Sinn der Bundeswehr und den antimilitaristischen Kampf. Die anwesenden Pazifisten der DFG-VK versuchten, uns der "Illusionsmacherei" zu bezichtigen. Wir haben demgegenüber klargemacht, daß die Illusion der Pazifisten gerade in der propagierten Gewaltlosigkeit liegt. Wie kann man Verhältnisse, die nur durch Gewalt getragen werden, ohne Gewalt ändern?

Auf diese Frage wußten sie keine Antwort.

Insgesamt wurden 12 Broschüren verkauft und mit einer Spende des Jugendzentrums zusammen 50 DM für ein Soldaten- und Reservistenkomitee, in dem der eine Genosse vor seiner Versetzung arbeitete, gesammelt und gespendet. – (b, Witten)

Aushorchung durch den MAD

Hemer/Iserlohn. Am 23.9. wurden vom Soldaten- und Reservistenkomitee Hemer/Iserlohn Soldatenzeitungen in der Kantine der Blücher-Kaserne verteilt. Daraufhin hält der Chef der 1./201 der angetretenen Kompanie beim abendlichen Antreten eine Standpauke, in der er mit Druck droht und sagt, er wisse, wer es gewesen sei, und daß es Zeugen dafür gebe. Der Angesprochene könne sich auf was gefaßt machen. Der "Angesprochene" berichtete darüber seinen Kameraden, die folgende Wiedergabe abfaßten:

"Am nächsten Morgen mußte ich nach dem Antreten zum Chef, der mich lange warten ließ, bis schließlich ein Unteroffizier kam, der mich zum S 2 (Sicherheitsoffizier) der Brigade brachte. Dort mußte ich wieder warten, bis nach ein paar Minuten dann zwei Herren kamen, salopp gekleidet, einer mit über die Ohren gehendem Haar, die alle Anwesenden sehr freundlich begrüßten. Danach wurde ich mit ihnen allein gelassen.

Auf meine Aufforderung, sich vorzustellen, sagten sie mir, daß sie vom MAD kämen. Dann fingen sie an: 'Sie haben gestern in der Kantine die Soldatenzeitung verteilt und wir würden uns gerne mal mit Ihnen darüber unterhalten. Wir wollen keineswegs irgendwelche Interna, die würden Sie uns sowieso nicht sagen, sondern nur globale Informationen, die können Sie uns doch ohne weiteres geben.' Dann kamen sie damit, daß ich nichts zu befürchten hätte wegen dem, was ich sage, das bliebe 'unter uns'. Als ich darauf sagte, daß ich keinen Anlaß für ein Gespräch sähe, sagten sie: 'Wieso sehen Sie den MAD denn immer als Buhmann? Nachdem Sie die Soldatenzeitung verteilt haben, müssen Sie doch so fair sein und auch erklären, warum Sie das gemacht haben.' Als sie damit keinen Erfolg hatten, kamen sie mit 'gutgemeinten' Ratschlägen: 'In Hemer und Iserlohn sind die Bedingungen für Soldatenarbeit nicht gut. In Iserlohn werden Sie kaum Erfolg haben, bei den Fallschirmjägern gibt es 200-prozentige Soldaten und in der Fachschule, da ist auch nicht viel.' 'Diesen P., der da im Impressum steht (gemeint ist der Presseverantwortliche), den kennen wir auch. Der kann Ihnen nicht mal das Wasser reichen, ich glaube nicht, daß Sie gerne mit ihm zusammenarbeiten, sondern nur, weil es notwendig ist. Sie sollte nach Hagen gehen, da sind bessere Bedingungen.' Danach kam natürlich: 'Jetzt haben wir Ihnen soviel Tips gegeben, jetzt sollten Sie uns fairerweise auch etwas sagen.'

Da das alles nicht zog, wurde persönliches Interesse geheuchelt. Sie würde es persönlich interessieren, warum ich meine politische Einstellung hätte und wo ich die denn her hätte. Danach kamen sie mit dem KBW, was der für eine Politik machte, sie hätten gehört, er strebe einen Zusammenschluß mit allen linken Gruppen an, auch mit der DKP. Dann sagte jemand, wohl um mich zu reizen, daß ich ja ein zu kleines Licht sei, um zu wissen, was da auf Leitungsebene vor sich ginge.

Daraufhin versuchten sie, eine Plauderei von persönlichen Dingen in Gang zu bringen; einer erzählte von einer früheren Zusammenarbeit als Kompaniechef mit einem Vertrauensmann. So ging das eine Weile, bis sie, wie automatisch, wieder bei Fragen zu meiner politischen Einstellung landeten.

So ging das recht lange, wobei sie das hier Gesagte in wechselnder Reihenfolge und mit verschiedenen Worten wiederholten, bis es Mittag war und sie sagten, daß sie mich nicht am Essen hindern wollten und deshalb jetzt aufhören würden."

Mit wechselnden Taktiken wird versucht, sich Informationen zu verschaffen. Die Skala reicht von Appellen an das Ehrgefühl über Schmeicheleien bis zu der Taktik, in "Plaudereien" den Redeschwall des Vernommenen in Fluß zu bringen, um dann übergangslos auf sie interessierende Themen zu kommen. Jeder sollte diese Taktik kennen und sich nicht aufs Glatteis führen lassen.

Der Soldat ist im Schnellverfahren zu einer Geldstrafe von 130,– DM verurteilt worden, wegen unerlaubtem Verteilen von politischen Schriften. – (Soldaten- und Reservistenkomitee Hemer/Iserlohn)

Aushorchung durch den MAD

Hemer/Iserlohn. Am 23.9. wurden vom Soldaten- und Reservistenkomitee Hemer/Iserlohn Soldatenzeitungen in der Kantine der Blücher-Kaserne verteilt. Daraufhin hält der Chef der 1./201 der angetretenen Kompanie beim abendlichen Antreten eine Standpauke, in der er mit Druck droht und sagt, er wisse, wer es gewesen sei, und daß es Zeugen dafür gebe. Der Angesprochene könne sich auf was gefaßt machen. Der "Angesprochene" berichtete darüber seinen Kameraden, die folgende Wiedergabe abfaßten:

"Am nächsten Morgen mußte ich nach dem Antreten zum Chef, der mich lange warten ließ, bis schließlich ein Unteroffizier kam, der mich zum S 2 (Sicherheitsoffizier) der Brigade brachte. Dort mußte ich wieder warten, bis nach ein paar Minuten dann zwei Herren kamen, salopp gekleidet, einer mit über die Ohren gehendem Haar, die alle Anwesenden sehr freundlich begrüßten. Danach wurde ich mit ihnen allein gelassen.

Auf meine Aufforderung, sich vorzustellen, sagten sie mir, daß sie vom MAD kämen. Dann fingen sie an: 'Sie haben gestern in der Kantine die Soldatenzeitung verteilt und wir würden

müssen Sie doch so fair sein und auch erklären, warum Sie das gemacht haben.' Als sie damit keinen Erfolg hatten, kamen sie mit 'gutgemeinten' Ratschlägen: 'In Hemer und Iserlohn sind die Bedingungen für Soldatenarbeit nicht gut. In Iserlohn werden Sie kaum Erfolg haben, bei den Fallschirmjägern gibt es 200-prozentige Soldaten und in der Fachschule, da ist auch nicht viel.' 'Diesen P., der da im Impressum steht (gemeint ist der Presseverantwortliche), den kennen wir auch. Der kann Ihnen nicht mal das Wasser reichen, ich glaube nicht, daß Sie gerne mit ihm zusammenarbeiten, sondern nur, weil es notwen-

Gruppen an, auch mit der DKP. Dann sagte jemand, wohl um mich zu reizen, daß ich ja ein zu kleines Licht sei, um zu wissen, was da auf Leitungsebene vor sich ginge.

Daraufhin versuchten sie, eine Plauderei von persönlichen Dingen in Gang zu bringen; einer erzählte von einer früheren Zusammenarbeit als Kompaniechef mit einem Vertrauensmann. So ging das eine Weile, bis sie, wie automatisch, wieder bei Fragen zu meiner politischen Einstellung landeten.

So ging das recht lange, wobei sie das hier Gesagte in wechselnder Reihenfolge und mit verschiedenen Worten wiederholten, bis es Mittag war und sie sagten, daß sie mich nicht am Essen hindern wollten und deshalb jetzt aufhören würden."

Mit wechselnden Taktiken wird versucht, sich Informationen zu verschaffen. Die Skala reicht von Appellen an das Ehrgefühl über Schmeiche-

setzung vom Amt des Vertrauensmannes gedroht. – (nach einem Bericht eines Soldaten aus der 1./S.Pi.Btl. 310)

Soldaten gegen Paragraf 218

In der 4. Kompanie des Panzergrenadier-Bataillons 362 wurden bisher 65 Unterschriften von 107 Mannschaftsdienstgraden gesammelt. Der Großteil der Soldaten, die noch nicht unterschrieben haben, wird erst noch angesprochen. Mit der Demonstration ist der Kampf gegen den § 218 noch nicht beendet, sondern hat erst begonnen. Wir werden deshalb die Unterschriftensammlung weiterführen und dabei die Mehrheit der vierteljährlich neuzuversetzten Soldaten zu gewinnen versuchen. In einem Zug der Kompanie haben bisher von 25 Soldaten bis auf 4 alle unterschrieben. Bisher haben wir allerdings erst einen Unteroffizier für die Forderungen gewinnen können. – (xy, 4./362 Panzergrenadierbataillon)

Bremen. In den letzten Wochen besuchteein Offizier des rassistischen Siedlerregimes die Panzergrenadierbrigade 32 in Bremen-Nord. Er begutachtete die technische Ausrüstung, die Führung der Soldaten, und während der Übung "Weiße Birke" ließ er sich die Zusammenarbeit der Bataillone und Brigaden erklären und studierte dies ausführlich.

Das rhodesische Siedlerregime führt Krieg gegen das Volk von Zimbabwe, über das es eine weiße Rassistenherrschaft ausübt. Der "Informationsbesuch" eines seiner Offiziere bei der Bundeswehr-Brigade dient dieser Kriegführung. Das Siedlerregime ist darüberhinaus daran interessiert, ehemalige Bundeswehrsoldaten für Söldnerdienste anzuwerben. Ein ehemaliger Oberfeldwebel hielt sich mit einem solchen Auftrag kürzlich in München auf. In der "Süddeutschen Zeitung" hatte er eine Werbeanzeige aufgegeben. – (r, Stabskompanie 32)

Erlebnis am Rande eines Manövers

Koblenz. In Schröck (nahe Marburg) hielt das Instandhaltungs-Bataillon 320 aus Koblenz eine Bataillonsübung ab. Am Freitag wurde mir gesagt, daß ich als Besatzung für einen schadhaften Mercedes Unimog dort hingehen soll, weil dieser dort repariert wurde. Am Montag fuhren wir los. Erst bei unserer Ankunft erfuhren wir, daß Motor und Hinterachse ausgetauscht werden sollen. Das dauerte einige Tage, worauf wir nicht vorbereitet waren, weil uns in unserer Kompanie gesagt wurde, wir sollen vorsichtshalber einen Schlafsack mitnehmen, falls wir dort übernachten müssen. Das war schon mal die erste Schikane. Inzwischen glaube ich, daß man mich so kurz vor der Demonstration gegen den § 218 von der Kompanie fernhalten wollte.

Als wir ankamen, wurden wir in den Wachdienst eingeteilt, drei- viermal am Tag jeweils zwei Stunden (nachts von 24 bis 2 Uhr). Für den ersten Tag hatten wir Verpflegung mitgebracht (Brot und Wurst), am zweiten Tag gab es morgens Kaffee, Brot und Marmelade, später ein warmes Würstchen. Als wir den Spieß (Kompaniefeldwebel) wegen der Verpflegung ansprachen, sagte er, die ersten zwei Tage gäbe es nichts anderes, wir müßten uns halt selbst verpflegen. Wir könnten uns ja später beschweren. Am Mittag sollten wir uns in der Küche etwas holen. Dort gab es einen total verkochten Matsch, der aus Nudeln, Eiern und Speck bestehen sollte. Das war eine ganz schlapprige Soße, die auch noch total versalzen war. Die meisten aßen lieber nichts. Die anderen, die schon länger als zwei Tage da waren, bekamen Fleisch, Kartoffelbrei, Gemüse und Obst. Vom Abendessen hatte ich nichts, ich war gerade auf Wache. Aber das war auch wieder Brot und Wurst. Als um 20 Uhr meine Wache zu Ende war, ging ich zuerst in ein Gasthaus. (Wir hatten Gaststätten- und Alkoholverbot.) Dort aß ich eine Gulaschsuppe. Ich war mit zwei Arbeitern gekommen, mit denen ich mich vorher unterhalten hatte. Wir setzten uns zu einem Unteroffizier und einem HGUA (Hauptgefreiter Unteroffiziersanwärter) an den Tisch, die dort Bier tranken. Das machte ich dann auch, schließlich sollen wir uns ja an unseren Vorgesetzten ein Beispiel nehmen. Als ich gerade die Suppe aß, kamen zwei Stabsunteroffiziere herein, setzten sich an einen Tisch und tranken Bier. Der eine schaute erst dumm, dann moserte er mich an. Ich hab erst gar nicht hingehört. Als ich ins Quartier kam, mußte ich mich gleich melden. Da schrieen mich abwechselnd ein Stabsunteroffizier und ein Feldwebel an. Sie wurden immer wütender und wilder, weil ich mich nicht einschüchtern ließ. Außerdem waren sie besoffen. Die Erklärungen und Rechtfertigungen von mir wollten sie nicht hören, sie verboten mir, zu reden, vielleicht, um ungestörter schreien zu können. Was sie mir so vorwarfen, ist so dumm und blöd, daß man sich nicht aufzuregen braucht. Die brauchen sowas immer wieder, weil sonst der Hals zu dick wird. Ohne Spaß, Unteroffiziere und höhere Dienstgrade versuchen immer wieder, auf solche Weise mit der eigenen Unzufriedenheit fertigzuwerden. Darin zeigen sich die Schwierigkeiten, Funktionär einer volksfeindlichen Armee zu sein, denn es sind im wesentlichen die Unteroffiziere, die die Mannschaften direkt führen und dazu bringen müssen, Soldat zu spielen und die Befehle auszuführen. Vielleicht sind die Unteroffiziere deswegen die größten Säufer unter den Soldaten. Jedenfalls, für mich sprangen bei der Sache vier statt zwei Stunden Nachtwache und die nächsten zwei Tage durchgehend Wache heraus. –

Sihanouk erläutert die Politik seines Landes vor der UNO

„Unabhängig, Herr seines Landes und Schicksals bleiben!"

Samdech Norodom Sihanouk, das Staatsoberhaupt von Kambodscha und Vorsitzender der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK), hat am 6.10. vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York zur Innen- und Außenpolitik seines Landes nach dem Sieg über den US-Imperialismus Stellung genommen. Diese Rede ist ein Dokument, das die Entschlossenheit aller in der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha zusammengeschlossenen Kräfte zur Geltung bringt, die staatliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit und die nationale Befreiung zu verteidigen und zu sichern und eine neue Gesellschaft in Kambodscha aufzubauen. Das kambodschanische Volk steht fest an der Seite der Völker der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus, Rassismus und Hegemoniestreben.

Sihanouk erklärte, sein Land werde Abmachungen, Erklärungen, Abstimmungen, Stellungnahmen und anderes, die von dem Lon Nol-Regime in der Zeit vom 18. März 1970 bis zum 17. April 1975 gemacht worden seien, nicht anerkennen. Das Lon Nol-Regime habe während dieser Zeit Kambodschas Platz in der UNO widerrechtlich besetzt. Anschließend sprach das kambodschanische Staatsoberhaupt seinen Dank allen Ländern und Völkern aus, einschließlich dem friedliebenden und Gerechtigkeit bewahrenden amerikanischen Volk, für die Unterstützung des kambodschanischen Volkes in seinem Kampf für nationale Befreiung, gegen die Aggression des US-Imperialismus. Sihanouk sagte: "Das kambodschanische Volk schätzt Frieden und nationale Neutralität sehr hoch . . . Aber unsere Menschen bewahren eine alte Tradition in der Verteidigung ihres Vaterlandes. Mit unbesiegbarem Heldentum haben sie den Kampf gegen all jene aufgenommen, die ihr Vaterland angreifen und es unter Kolonialherrschaft nehmen wollen." Sihanouk legte dar, daß das kambodschanische Volkvor 22 Jahrenseine nationale Unabhängigkeit zurückgewonnen hatte, nachdem es eine lange Zeit gegen den Kolonialismus gekämpft hatte. Später wurde diese nationale Unabhängigkeit bedroht durch den US-Imperialismus: Am 18. März 1970 startete die Lon Nol-Clique einen proimperialistischen Staatsstreich in Phnom Penh.

Unter diesen Umständen "ist das kambodschanische Volk, alle patriotisch gesinnten Männer und Frauen, sowohl zu Hause als auch im Ausland, wie ein Mann aufgestanden und setzte ein Datum mit dem 23. März 1970, um eine feste Einheit herzustellen in einer 'Nationalen Einheitsfront'. Es wollte einen Kampf wagen mit allen Konsequenzen, insbesondere den bewaffneten Kampf, gegen den neokolonialistischen Imperialismus, den Auftraggeber der Putschisten von Phnom Penh. Es wollte über ihn siegen und die verlorene Freiheit, Souveränität und nationale Würde wieder herstellen."

Sihanouk beschrieb, wie der US-Imperialismus durch den heldenhaften Kampf des kambodschanischen Volkes besiegt wurde. Er hob die "goldene Regel" hervor, von der sich das kambodschanische Volk immer im Kampf habe leiten lassen: "Die Unabhängigkeit unter allen Umständen bewahren, Herr seines eigenen Landes und seines Schicksals bleiben."

Große Erfolge beim nationalen Wiederaufbau

Danach ging Sihanouk auf die großen Erfolge beim nationalen Wiederaufbau nach der endgültigen Befreiung ein. Er sagte: "Am Tag nach der endgültigen Befreiung unseres Landes waren unser Volk und unsere Nation bereits wie ein Mann, mit Vertrauen und Begeisterung, dabei, eine neue, nicht weniger bedeutende Schlacht zu führen."

"Mit der nationalen Volksbefreiungsarmee an der Spitze haben sich unser ganzes Volk und unsere ganze Nation bei der Wiederherstellung des Friedens in Arbeit gestürzt, um unser Land aus Ruinen wieder aufzubauen."

Der kambodschanische Staatschef berichtete über die Erfolge beim nationalen Wiederaufbau während der zurückliegenden fünf Monate. Die Hauptverbindungslinien, Häfen, Flughäfen und Eisenbahnlinien können wieder benutzt werden. Große Anstrengungen wurden gemacht auf landwirtschaftlichem Gebiet. "Zahllose Bewässerungsanlagen wurden von unserem Volk und seiner Armee errichtet.." Diese Bewässerungsanlagen hätten zweifellos eine vorteilhafte Veränderung der traditionellen Landwirtschaft in Kambodscha mit sich gebracht: "Wir sind hochzufrieden, daß wir jetzt genug Getreide haben, um selber die 7,5 Millionen Kambodschaner, Männer und Frauen, zu ernähren, ohne um ausländische Hilfe zu bitten."

Auf industriellem Gebiet haben die Einheitsfront und die Regierung zuerst die Reparatur der beschädigten Fabriken eingeleitet. Es wurden vornehmlich solche Betriebe wiederhergestellt, deren Produktion in enger Verbindung mit der Landwirtschaft steht (Textil, Gummi usw.). Weiter wurden Betriebe wieder aufgebaut, die dringend benötigte Waren produzieren: Zement, Papier, Öl, Güter des täglichen Bedarfs usw.: "Unsere Regierung ist dabei, einen Plan auszuarbeiten über die Entwicklung und Modernisierung der Industrie auf der Grundlage der Landwirtschaft". Im Kampf gegen "Unterentwicklung" werde das kambodschanische Volk die "Linie der Unabhängigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft" verfolgen.

Das kambodschanische Staatsoberhaupt erklärte zu Beginn des außenpolitischen Teils seiner Rede: Das unabhängige Kambodscha werde immer für die Sache des Weltfriedens eintreten. "Es erklärt seinen festen Willen, freundschaftliche Beziehungen mit allen Völkern, allen Ländern und allen Regierungen aufzunehmen, die Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit schätzen, die ihre Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität, Neutralität und Blockfreiheit gegenseitig respektieren und respektieren werden." Kambodscha gehört keinem Block an und wird keinem Block angehören. Es wird auch nicht versuchen, ein Militärbündnis oder andere Bündnisse aufzubauen. Ebensowenig wird Kambodscha zulassen, daß fremde Militärstützpunkte auf seinem Gebiet oder in seinen Territorialgewässern jemals errichtet werden.

Kambodscha fest an der Seite der Völker der Dritten Welt

Im letzten Teil seiner Rede stellte Sihanouk fest, daß Kambodscha fest an der Seite der Völker der Dritten Welt steht. Er feierte den heldenhaften Kampf der Völker von Vietnam, Laos, Guinea-Bissau, Mozambique, Kap Verde, Sao Tome und Principe und der Komoren, die in diesem Jahr die vollständige Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus erkämpft haben. Sihanouk hob die Erfolge anderer Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hervor, die sie im Kampf gegen den Imperialismus für nationale Unabhängigkeit, Souveränität, Freiheit und zur Sicherung ihrer Naturreichtümer errungen haben.

Sihanouk hob hervor, daß Kambodscha den Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker unterstützt, besonders, um das von den zionistischen Truppen besetzte Land wiederzubekommen. Er erklärte, daß die Rechte des palästinensischen Volkes, insbesondere das Recht auf sein Territorium, wiederhergestellt werden müßten. Kambodscha unterstützt den Kampf des chinesischen Volkes für den Anschluß Taiwans an das Mutterland, die Volksrepublik China. Ebenso unterstützt Kambodscha den Kampf der Völker von Zimbabwe, Namibia und Ansania im südlichen Afrika gegen die rassenunterdrückerischen Siedlerregimes. Sihanouk sprach die Unterstützung seines Landes aus für den Kampf der Völker Cubas, Panamas und Puerto Ricos gegen die Fortexistenz ausländischer Militärbasen auf ihrem Gebiet.

In der Korea-Frage nahm der kambodschanische Staatschef eine ebenso deutliche Haltung ein. Er verurteilte die US-Imperialisten, die Südkorea besetzt halten seit über 20 Jahren. Die Pak Chung Hee-Clique sei nichts weiter als eine Marionette der US-Imperialisten: Sihanouk trat ein für den von Nordkorea vorgelegten 5-Punkte-Plan für nationale Eintracht und friedliche Wiedervereinigung Koreas. Die Vereinten Nationen forderte er auf, diesen vom Präsidenten Kim Il Sung vorgelegten Plan zu unterstützen und dem koreanischen Volk zu helfen, in Unabhängigkeit und Frieden sein Vaterland wiederzuvereinigen.

Zum Abschluß trat Samdech Sihanouk für die Aufnahme der beiden vietnamesischen Staaten in die UNO ein. Er griff die USA scharf an, die sich der UN-Mitgliedschaft ungerechtfertigter Weise widersetzten. (nach Hsinhua vom 8.10.75)

Oman: Die PFLO warnt vor einer neuen Offensive der Reaktion



Das reaktionäre Regime in Oman, unterstützt durch britische und iranische Truppen und massive Militärhilfe der USA, bereitet eine Großoffensive gegen die Kräfte des Volkes vor. Die PFLO (Befreiungsfront von Oman) hat erklärt, daß die Offensive beginnen wird, sobald der Monsun im Süden des Landes vorbei sein wird, und das heißt Ende des Monats. "Die britischen Kolonialisten, die iranischen Invasoren und die jordanischen Söldner setzen darauf, daß dieses Jahr das Ende und die Liquidierung der Revolution bringen wird", heißt es in der Erklärung der PFLO. Ein PFLO-Sprecher in Beirut teilte mit, daß die Regierung des Sultan Quabus damit begonnen hat, die Zivilbevölkerung in "strategische Dörfer" zu treiben, um damit zu versuchen, die Befreiungskräfte ihrer Massenunterstützung zu berauben. (nach Guardian, 15.10.75)

In einer Erklärung der PFLO vom 15.9. wird darüberhinaus berichtet, daß es den Befreiungskräften gelungen ist, drei iranische Flugzeuge, einen britischen Hubschrauber und ein jordanisches Jagdflugzeug abzuschießen. (Le Monde, 3.10.75)

Westdeutsche Militärs in Chile

Dem "Deutsch-chilenischen Freundeskreis" gehören über 20 Offiziere der alten Wehrmacht bzw. der Bundeswehr an

Gerade zwei Monate waren nach dem Militärputsch in Chile vergangen. Da nahm am 10. November 1973 der Brigadegeneral a. D. der Bundeswehr Friedrich Beermann, für die SPD Mitglied im Verteidigungsausschuß des Bundestags, die Junta öffentlich in Schutz und bezeichnete Andersdenkende als "Verfassungsfeinde". So geschehen auf dem SPD-Parteitag von Schleswig-Holstein in Heiligenhafen. Beermanns Lebenslauf: 1934 Offiziersanwärter in der Reichswehr; 1944 Oberstleutnant und Regimentskommandeur der Hitlertruppen; seit 1947 Mitglied der SPD; 1955 bis 1959 Referent für "Sicherheitsfragen" beim SPD-Vorstand; 1962 Oberst im Generalstab und westdeutscher Repräsentant bei der Standing Group der NATO in Washington; 1963 Geheimdienstoberst der Bundeswehr und Militärattache in Indien und Nepal; seit 1969 Mitglied im Bundestag. "Die Welt" weiß zu berichten: "Friedrich Beermann hat die gleichen Ansichten (wie auf dem Parteitag) schon einmal vorgetragen. In der Bundestagsfraktion der SPD. Dort sind sie schweigend zur Kenntnis genommen worden." (13.11.1973)

Die Verbindungen der Militärs des westdeutschen Imperialismus nach Chile sind indes nicht auf die Person Beermanns beschränkt. Sie gehen tiefer. Hierfür einige Beispiele:

Im letzten Jahrzehnt bildete die Bundeswehr 14 chilenische Offiziere an ihren Führungs- und Stabsakademien in Hamburg bzw. an der Schule der Bundeswehr für "Innere Führung" in Koblenz-Pfaffendorf aus. Vor 1970 inspizierten nacheinander die Generäle Hans Speidel (Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte) und Josef Moll (Generalinspekteur der Bundeswehr) Chile. Am 23. März 1971 hatte sich im Konferenzsaal des Wehrbereichskommandos VI in der Münchener Dachauer Str. 128 eine exklusive Runde zusammengefunden, es tagten die Südamerika-Experten der Bundeswehr und der militaristischen "Gesellschaft für Wehrkunde". Referent des Tages war: Oberst Dr. Dietrich Fiechtner, aus Chile zurückgekehrter Militärattache der Bundeswehr, früher Major im Generalstab der Wehrmacht. Diskussionsthema der Konferenz: Worin muß der Beitrag der Bundeswehr bestehen, um gemeinsam mit dem NATO-Partner USA mögliche Volksfrontregierungen in Lateinamerika zu verhindern?

Bereits zwei Monate nach dem Putsch überreichte der Bonner "Deutsch-chilenische Freundeskreis" eine hohe Geldspende an den Junta-Polizeigeneral Mendoza. Diesem "Freundeskreis" gehören über 20 hohe Offiziere der Wehrmacht bzw. der Bundeswehr an sowie Bundestagsabgeordnete, Ministerialbeamte und Industrielle, darunter als einer der Gründer der ehemalige Heeresinspekteur General Albert Schnez, der ehemalige Marineinspekteur Admiral Heinz Kühnle, der schon genannte ehemalige Standortkommandant von München Oberst Fiechtner, der Major, Ritterkreuzträger und ehemalige Minister Erich Mende (CDU), der frühere Hauptmann Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm (CDU), selbst Großgrundbesitzer in Chile.

Die Ausbildung des chilenischen Oberstleutnants Kraushaar in Hildesheim ist also kein einmaliger Ausrutscher. Es entspricht der Militärpolitik imperialistischer Metropolen, sich in den Offizierskorps der Länder der Dritten Welt feste Stützpunkte zu schaffen, welche der Unterdrückung ihrer Völker dienen und zugleich den imperialistischen Armeen das Exerzierfeld einer härteren Gangart des Klassenkampfs im eigenen Land sind. (alle Informationen aus: "Instruction 73/57", Militärverlag der DDR)– **(rs)**

Untersuchungskommission der OAU nach Angola

Kampala. In der ugandischen Hauptstadt traf sich in der Zeit vom 30.9. bis zum 4.10. die von der Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) eingesetzte Kommission zur Vermittlung zwischen den drei Befreiungsorganisationen von Angola. Der Kommission gehören Vertreter der Staaten Burundi, Lesotho, Ghana, Niger, Somali, Algerien, Marokko, Obervolta und Uganda an. Die drei angolanischen Befreiungsorganisationen FNLA, MPLA, UNITA entsandten Delegationen zu dem Treffen. Als Beobachter nahm ein Vertreter Portugals daran teil. Die Versammelten entschieden, eine Untersuchungskommission nach Angola zu schicken. Alle drei angolanischen Befreiungsorganisationen versprachen, mit der Kommission zusammenzuarbeiten.

Idi Amin, Staatschef von Uganda und derzeitiger Präsident der OAU, empfing die Vertreter der Befreiungsorganisationen und den portugiesischen Vertreter zu getrennten Gesprächen. Er drückte seine Erwartung aus, daß die Befreiungsorganisationen alles unternehmen, um Angola zu vereinen, damit Angola die Unabhängigkeit in Frieden erreicht, was im Interesse des angolanischen Volkes und Afrikas sei. Die Untersuchungskommission, die 60 Mitglieder umfaßt, ist inzwischen in Luanda, der Hauptstadt Angolas, eingetroffen. Sie wird in drei getrennten Gruppen das Land bereisen und mit den Befreiungsorganisationen Gespräche führen. Am 20. Oktober wird sie zur Berichterstattung beim Präsidenten der OAU zurückerwartet. – (nach Hsinhua, 8.10.1975, Süddeutsche Zeitung, 14.10.1975)

Truppeneinsatz gegen den Streik der belgischen Binnenschiffer

Brüssel. Die belgischen Binnenschiffer, die seit sechs Wochen streiken, um höhere Frachtraten durchzusetzen, haben damit gedroht, ihre Schiffe zu versenken. Mit ihren Schiffen halten sie eine Blockade der Binnenhäfen und -gewässer aufrecht, nachdem die Blockade der Seehäfen durch den Einsatz der Polizei zerschlagen wurde. Die Polizei ist bisher mit äußerster Härte gegen die Binnenschiffer vorgegangen. Auf Anweisung der Regierung versuchte sie die Versorgung der an der Blockade beteiligten Schiffe zu verhindern, um die Streikenden auszuhungern. Als diese Maßnahme nicht zum Abbruch des Streiks führte, setzte die belgische Armee Truppen ein, die die Häfen und Wasserstraßen wieder öffnen sollten. Diese Maßnahme wurde zurückgenommen, nachdem die Schiffer angekündigt hatten, ihre Schiffe in Brand zu stecken und sich selber mit ihnen zu versenken. Im Amerika Dock im Antwerpener Hafen konnte ein Kapitän nur im letzten Augenblick von seinem brennenden Schiff gerettet werden. Jetzt, da die Schiffer ihre Vorräte und Ersparnisse verbraucht haben, lehnt die Regierung die Auszahlung von Sozialhilfe ab. Die Schiffer erklären, "daß uns die Regierung in Brüssel buchstäblich verhungern lassen will." Regierung und Unternehmer erklärten, die Zeit für Gespräche sei noch nicht reim. – (nach: Weser Kurier, 3.10.)

Portugal -- Zankapfel der Imperialisten

Minister Leber, neulich auf Besuch in Portugal, zeigte nicht nur großes Interesse für die reaktionären Militäreinheiten der AMI, deren "Kommandos" er durch einen Besuch würdigte, sondern inbesondere für den Luftstützpunkt Beja, der westdeutsche Truppen beherbergt. Leber gab sich großzügig: "... wir müssen gemeinsam einen Weg finden, einerseits der portugiesischen Luftwaffe die Möglichkeit schaffen, die Einrichtungen in Beja zu benutzen, andererseits die Möglichkeit der Nutzung durch die deutsche Luftwaffe." (Interview mit "Expresso", 11. Oktober)

"Seit Bestehen der NATO", betonte Leber, "war Portugal immer ein wichtiges Mitglied, weil es eine geostrategische Position einnimmt, eine Flankenstellung..."

Die USA sind wieder gut im Geschäft

Die USA, die militärisch am stärksten in Portugal engagiert sind, haben seit dem 25. April 1974 betont, daß sie einen Verlust ihrer Stützpunkte nicht hinnehmen würden. Sie haben nach dem mehrmaligen Scheitern der Putschversuche des Generals Spinola und seit dessen Flucht nach Brasilien überall im portugiesischen Territorium und außerhalb des portugiesischen Territoriums "Befreiungsbewegungen" finanziert. So vor allem auf den Azoren – denn dort ist ihr wichtigster strategischer Stützpunkt, ausgerüstet mit riesigen unterirdischen Anlagen zur Stationierung von Raketen und Atombomben usw. Die "Befreiungsbewegung" der Azoren arbeitet auf der Linie der Lostrennung der Inselgruppe von Portugal. Diese Bewegung ist relativ stark. Sie hat allerdings die Unabhängigkeit niemals erklärt, obwohl sie das in den vergangenen Regierungskrisen durchaus hätte tun können: Für die USA ist die "Unabhängigkeit" der Azoren nur eine Notlösung, und sie wollen lieber beides beherrschen: Portugal mit den Azoren.

Die amerikanische Politik stützte sich auf die bewaffneten und illegalen Kräfte der "Befreiungsbewegungen" der Azoren und die "demokratischen" Parteien. Bevor die sozialdemokratische PS Regierungssessel einnahm, sprach sie sich wie auch die PPD zwar nicht für die Lostrennung der Azoren aus, wohl aber für deren Autonomie innerhalb der portugiesischen Nation. Jetzt, seitdem die PS und die PPD die Regierung bestimmen, ist davon kaum mehr was zu hören. Und auch die USA haben aufgehört, mit einer Lostrennung der Azoren zu drohen, um stattdessen den Außenminister Antunes anläßlich seines Besuchs bei Ford eine Finanz-"hilfe" von 220 Millionen DM zu versprechen. Gleichzeitig drückte Ford dem portugiesischen Außenminister seine Befriedigung darüber aus, daß eine "demokratische" Regierung zustandegekommen sei.

Die amerikanischen Konzerne wie ITT, Mobil Oil, IBM, General Motors usw., die große Teile der portugiesischen Wirtschaft beherrschen, so vor allem im Elektronik-Bereich, fahren fort, die portugiesische Ökonomie an den Rand des Abgrunds zu treiben. Ein Konzern wie ITT, dessen Gewinne fünfmal größer sind als der gesamte portugiesische Staatshaushalt, entläßt Arbeiter oder heimst unter Drohung von Entlassungen Kapitalhilfen des portugiesischen Staates ein. Die Zeitung "Seculo" schätzt für 1972 den Kapitalexport aus Portugal heraus um etwa 260 Millionen DM höher ein als den entsprechenden Kapitalimport nach Portugal dieses Jahres.

Der Einfluß der EG

Die portugiesische Wirtschaft wird beherrscht allerdings eindeutig von den europäischen Kapitalisten, der EG und EFTA. Zwei Drittel der portugiesischen Exporte gehen an diese Länder. 51 Prozent der Importe stammen aus diesen Ländern. Mehr als drei Viertel der gesamten privaten Investitionen stammen aus diesen Ländern. Mehr als ein Drittel der Touristen mit 60 Prozent der daher stammenden Devisen kommen aus europäischen Ländern. Fast die Hälfte der zur Emigration gezwungenen portugiesischen Arbeiter arbeiten in europäischen Fabriken, und drei Viertel der Devisenimporte der Emigranten kommen aus Europa. Das Handelsbilanzdefizit Portugals gegenüber der EWG hat sich von 1972 mit 1,3 Milliarden DM auf 2,3 Milliarden DM 1974 erhöht.

Die ausländischen Kapitalanlagen in Portugal erfolgten auf Grund des niedrigen Lohnniveaus. 1971 war der Durchschnittslohn in der Textilindustrie der USA pro Tag etwa 57 DM, in Portugal kaum 6 DM. Daher die enormen Profite der ausländischen Kapitalisten und ihr Interesse für die portugiesische Arbeitskraft.

Vormarsch der Sozialimperialisten...

Die "portugiesische Revolution der Blumen" hat weder das ausländische Kapital noch die ausländischen Militärstützpunkte angetastet. Ihre "antiimperialistische" Politik bestand darin, dem sowjetischen Sozialimperialismus das portugiesische Tor zu öffnen. Das machte sich in einem sprunghaften Anstieg des Handelsbilanzdefizits Portugals mit den Ländern des COMECON bemerkbar. Es wurden dieselben Geschäfte abgewickelt, die für Beziehungen abhängiger Länder mit Imperialisten üblich sind: Portugal verkaufte an die DDR und die Sowjetunion Wein zu einem Schleuderpreis, und diese verkauften eben diesen Wein mit einem honetten Gewinn an Dritte. Statt an die Planung der Wirtschaft des Landes im Sinne der nationalen Unabhängigkeit zu gehen, gingen die portugiesischen Regierungen, die von der PC beherrscht wurden, daran, für landwirtschaftliche Überproduktion bestimmter Artikel (z.B. Wein) neue Absatzmärkte zu gewinnen. Diese fand sie in den Ländern des COMECON - und Portugals Landwirtschaft blieb weiterhin exportorientiert, d.h. abhängig von den Märkten anderer Länder, [illegible] einen eigenen Markt in seinen vielseitigen Bedürfnissen befriedigen zu können.

Aber die Revisionisten taten mehr als dies. Sie besetzten die Schaltstellen der nationalisierten Industrien, Banken usw. und die wichtigsten Wirtschaftsämter mit ihren Leuten. Diese sitzen auch heute noch dort und betätigen sich dort als Bankrotteure.

... gestoppt

Die neue Regierung geht jetzt daran über, diese Agenturen des Sozialimperialismus in den Schaltstellen der portugiesischen Wirtschaft Schritt für Schritt zu liquidieren – natürlich um andere Agenten an deren Stelle zu setzen. So wurden vor einigen Tagen einige Bankdirektoren entlassen, die der PC nahestehen, wenn sie nicht sogar Mitglieder dieser Partei sind. Die PC benutzt diese Gelegenheit, um ein anderes Mal das Volk vom Kampf gegen den bürgerlichen Staat abzulenken und in den Kampf zur Verteidigung "fortschrittlicher" Bankdirektoren zu führen.

Ein leitender Funktionär aus dem Handelsministerium, der der PC sehr nahe steht, regte sich mir gegenüber über die Tatsache auf, daß eine ganze Reihe von möglichen Handelsgeschäften mit der Sowjetunion in bezug auf landwirtschaftliche Artikel neuerdings von dem PPD-Minister Mota einfach boykottiert würden, mit dem Resultat, daß die Bauern auf ihren Produkten sitzen blieben. Das wird für die PC ein neuer Schlachtruf in ihrem verlogenen Kampf um nationale Unabhängigkeit sein: Weg mit dem Boykott der Handelsgeschäfte mit der Sowjetunion.

Ursprünglich dachte man, daß die Reise von Präsident Costa Gomes in die Sowjetunion und nach Polen wichtige wirtschaftliche Geschäfte einbringen würde. Das ist nicht der Fall gewesen. Es hat von seiten der sozialimperialistischen "Partner" einige Schwierigkeiten gegeben. Die Sowjetunion wollte z.B. einen günstigeren Preis für den Wein. Die Polen wollten die in Auftrag gegebenen Schiffe nicht kurzfristig bezahlen usw. Insgesamt war das materielle Ergebnis ernüchternd. Fraglos hängt das mit dem Umschwung in der Regierungspolitik Portugals zusammen, und dementsprechend war es das Hauptanliegen der Sozialimperialisten, die portugiesische Delegation auf den "Geist von Helsinki" festzulegen, sie in ihrer eingeschlagenen "Dekolonialisierungs-Politik" zu bestärken und ihre Zustimmung zu einer von der Sowjetunion vorgeschlagenen Abrüstungskonferenz zu erhalten.

Die wissenschaftlich-technischen Verträge mit Polen und der Sowjetunion sehen einerseits vor, daß Portugal Technologie an Polen verkauft, und andererseits die Sowjetunion und Portugal in der wirtschaftlichen Planung z.B. "kooperieren". Im Dezember wird eine sowjetische Delegation die portugiesische Wirtschaft studieren und Ratschläge zur wirtschaftlichen Planung erteilen. Eine portugiesische Delegation wird ebenso die Wirtschaft der Sowjetunion studieren. Fraglos, wer hier wem versucht, eine Wirtschaftsplanung im eigenen Interesse "anzuraten".

Abgesehen davon, daß die Sozialimperialisten den portugiesischen Präsidenten für eine Reihe von Projekten zu gewinnen versuchten, die allesamt darauf abzielen, dem Sozialimperialismus einen vermehrten Einfluß in der Welt zu verschaffen (Helsinki, Abrüstungskonferenz), sind zwei politische Resultate der Reise Costa Gomes' nach Polen und in die Sowjetunion hervorzuheben.

Worin der "polnische Sozialismus" Vorbild ist

Diejenigen, die gemeint hatten, die zwei ausgesprochen reaktionären Mitglieder des Revolutionsrates, die Costa Gomes begleiteten, Vasco Lorenco und Costa Neves, würden sich über das "sozialistische" Modell Polens und der Sowjetunion erregen, diese Leute sehen sich getäuscht. Ausgesprochen angetan waren diese beiden Reaktionäre von diesem "sozialistischen" Modell. Sie meinten sogar, daß in Portugal das gemacht werden müsse, was in Polen heute von Gierek gemacht würde. Angetan hat es ihnen dreierlei:

1. In Polen sei noch eine eiserne Disziplin im Heer. Alle Entscheidungen würden vom Kommandanten der Truppe gefällt, und so etwas wie Plenarversammlungen, das gäbe es in Polen nicht. So ein Durcheinander, wie es in den portugiesischen Streitkräften von den Kommunisten geschaffen werde, das gäbe es in Polen nicht.

2. Die Polen haben der portugiesischen Delegation geraten: "Geht nicht zu schnell voran, sonst riskiert ihr, alles zu verlieren." Man solle hier in Portugal sehr vorsichtig mit der Kirche sein. Polen sei ein Land, das heute eines der katholischsten der [illegible] Welt sei, und man habe es in Polen gelernt, vorsichtig mit der Kirche umzugehen.

3. Die Agrarreform in Polen sei nicht so durchgeführt worden, wie die Kommunisten das hier machten, mit Landbesetzungen und so. Heute noch sei 80 Prozent der Erde in privatem Besitz, und es gebe noch viele reiche Landbesitzer, die sich sogar Autos leisten könnten und einen Reitstall usw. Das sei alles ganz prächtig. In Polen sei die Privatinitiative groß geschrieben. Ein polnischer Fernsehreporter meinte: "Es wäre lächerlich, wenn der Staat sich mit dem Verkauf von Gemüse befaßte!"

Diese drei Dinge vor allem haben es den Reaktionären aus dem portugiesischen Revolutionsrat angetan, denn das entspricht ganz ihren Zielen: die eiserne Disziplin im Heer, die amtsschimmelige Agrarreform, die den reichen Landbesitzern kein Haar krümmt, und die zarte Hand im Umgang mit der Kirche, die das Volk in Unmündigkeit halten soll.

Schnell waren sie mit ihrem Urteil bei der Hand: Das "polnische Modell" des Sozialismus – das ist es, was auf Portugal haargenau paßt.

Die Revisionisten schalten um

Das zweite, was hervorzuheben ist, ist folgendes: Costa Gomes scheint mit den Häuptlingen der Sowjetunion in nichtöffentlichem und nichtveröffentlichtem Gespräch über die Politik der PC hier in Portugal gesprochen zu haben. Einige Presseorgane deuten an, daß die Sozialimperialisten es gerne sehen würden, wenn die PC sich dem "demokratischen" Willen des portugiesischen Volkes beugen würde. Sie sollte mehr mit den großen demokratischen Parteien zusammenrücken, vor allem mit der PS. Ein höherer sowjetischer Funktionär soll gesagt haben, daß es ihn nicht verwundern würde, wenn bald Alvaro Cunhal nach Moskau zitiert würde, um die Rüge des Prinzipals entgegenzunehmen, und daß sich womöglich einige Verschiebungen in der Führung der PC abspielen würden. Der Sozialimperialismus scheint mit seiner Agentur eine neue Linie verhandeln zu wollen.

Diese "neue" Politik drückt sich in Portugal inzwischen so aus, daß die PS von Angriffen seitens der PC verschont wird und die PC lediglich auf den Ausschluß der PPD aus der Regierung hinaus will. Die heilige Allianz mit der PS, das ist das Ziel.

Bedenkt man, daß die PPD der amerikanische Stein im Brett der portugiesischen Regierung ist, während die PS und ihre Führung mehr die Vertrauten der europäischen Kapitalisten sind, dann entspricht diese "heilige Allianz" dem Ringen der Sozialimperialisten um verstärken Einfluß in Europa gegen den amerikanischen Rivalen. Europa muß sich von der amerikanischen Fessel befreien und das ist es am besten, wenn es sich an die sowjetische Fessel legen läßt – so meinen die Herren im Kreml. Dies jedoch entspricht nicht den Interessen der europäischen Völker, wie auch die "heilige Allianz" zwischen PS und PC nicht dem Interesse des portugiesischen Volkes entspricht. – (kkw, Lissabon, 11. Oktober)



Bonn: 1 600 demonstrierten gegen das Franco-Regime

Am Sonntag, dem 12.10., fand in Bonn eine gemeinsame spanisch-deutsche Demonstration gegen die Franco-Diktatur statt, die auf Anregung der spanischen Organisationen im Köln-Bonner Raum zustandegekommen war. Wie einig sich das Volk ist, daß das Franco-Regime gestürzt werden muß, dokumentierte sich in der Breite der Aktionseinheit: Auf Initiative der Sympathisantengruppe des KBW in Bonn hatten Jungdemokraten, katholische Gruppen, Sozialisten und Kommunisten auf einen gemeinsamen Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. 1 600 Menschen bekundeten ihre Solidarität mit dem Kampf der Völker Spaniens zum Sturz des Franco-Regimes und forderten die Einstellung jeglicher Unterstützung dieses Regimes durch die Bundesregierung. Starke Polizeikräfte riegelten mit fünf Meter hohen Sperrzäunen sämtliche Straßen in der Umgebung der spanischen Botschaft ab. – (ps, Bonn)

Spanien: Bewegung unter den Militärs

Die "Demokratische Militärunion" nimmt öffentlich gegen das Franco-Regime Stellung

Der spanische Ministerrat unter Vorsitz Francos beschloß am letzten Freitag Umbesetzungen in einigen Generalkapitanaten bei der Guardia Civil sowie bei der Leibgarde Francos. Eingesetzt wurden Offiziere, die die Verschärfung des blutigen Repressionskurses garantieren und ihn noch weiter zuspitzen sollen. So wurde der bisherige Generalkapital der Militärregion Madrid, General Campano, ein landbekannter Bluthund, der alle in Madrid gefällten Todesurteile bestätigte, zum Chef der Guardia Civil ernannt. Campano gehörte als Offizier der "blauen Division" an, die Franco dem deutschen Faschismus zur Verfügung stellte, der sie im Krieg gegen die Sowjetunion einsetzte. General Vega, der bisherige Chef, war angeblich zu liberal.

Von der "Liberalität" dieses Herrn Vega bekommt man den richtigen Eindruck, wenn man bedenkt, daß die während des Ausnahmezustands im Baskenland zur Verstärkung angerückten Guardia-Civil-Einheiten offen verkündeten, daß man alle Basken töten müsse, um das Baskenland zu befreiden. Das gibt auch eine Vorstellung, mit welcher Brutalität der neue Chef Campano die Guardia Civil auf das spanische Volk hetzen soll.

In der vergangenen Woche hatten sich eine Reihe von Generälen und Offizieren geweigert, als Vorsitzende oder Beisitzer in Kriegsgerichten zu fungieren. Daraufhin wurden 16 in den letzten Wochen verhaftete baskische Patrioten, die vor Kriegsgerichte gestellt werden sollten, dem Sondergericht für Öffentliche Ordnung überstellt. Jedoch droht weiterhin 4 Basken, darunter dem ETA-Mitglied Mugica Arregui mit dem Decknamen Wilson, der an der Tötung des ehemaligen Ministerpräsidenten Carrero Blanco im Dezember 1973 beteiligt gewesen sein soll, die Verurteilung zum Tode durch einen Kriegsgerichtsprozeß.

Die Absicht des Regimes, die Streitkräfte in den "Kampf gegen den Terrorismus", das heißt also in die Unterdrückung und blutige Niederhaltung der Volkskämpfe, direkt miteinzubeziehen, wurde von der Generalität mit der Begründung abgewehrt, daß Guardia Civil und bewaffnete Polizei diese Aufgabe zur Zufriedenheit erfüllten. Bekannt ist jedoch, daß es in den spanischen Streitkräften von den USA hochtrainierte und auf Abruf stehende Anti-Guerilla-Einheiten gibt, die erst in der vergangenen Woche nahe Sevilla Kampfeinsätze trainierten.

Die abwartende Haltung der spanischen Generalität zeigt, daß das Franco-Regime nicht mehr uneingeschränkt auf den Machtfaktor Streitkräfte zählen kann. Noch deutlicher aber zeigt dies die Existenz der "Demokratischen Militärunion", die in den Offiziersrängen aller Waffengattungen mindestens 1 000 Mitglieder zählen soll. Insgesamt verfügt die spanische Armee über 13 000 Offiziere. Die Offiziere fordern in ihrem im August veröffentlichten "Manifest der 1 000 Worte" demokratische Freiheiten, Amnestie für alle politischen Gefangenen, Maßnahmen zur gerechteren Vermögensbildung, Ausmerzung jeglicher Korruption und freie Wahl zu einer verfassunggebenden Versammlung. Sie sprechen sich ausdrücklich gegen die Fortsetzung des Franco-Regimes unter Juan Carlos aus. Darüberhinaus fordern sie die Demokratisierung des Militärwesens.

Dieser organisierten oppositionellen Bewegung innerhalb der Streitkräfte versucht das Regime durch Verhaftungen Herr zu werden. Nach offiziellen Angaben wurden im Juli neun Offiziere, ein Major und acht Hauptleute, und in der vergangenen Woche ein Major und zwei Hauptleute verhaftet. Tatsächlich aber soll die Zahl der verhafteten Offiziere weit höher liegen. Inzwischen wurde ein neues Dokument verbreitet, in dem die Demokratische Militärunion den Rücktritt Francos fordert. – (ks)

Portugal: Revolution und Konterrevolution mobilisieren die Kräfte!



In Porto ist die Kaserne der RASP immer noch besetzt. Diese Besetzung wird aktiv unterstützt von zahlreichen Kasernen der ganzen Region. Das geht soweit, daß die reaktionären Offiziere in den umliegenden Kasernen teilweise die Soldaten zwangsweise in Urlaub geschickt haben. Heute fährt Generalstabschef Fabiao nach Porto, um zu vermitteln. Die Soldaten in der besetzten Kaserne fordern die sofortige Wiedereröffnung der CICCA-Kaserne und die Entlassung des Militärbefehslhabers Nord Pires Veloso.

Die Soldaten der RASP bestimmen ihren Kampf so: "Es ist wichtig", sagen sie, "daß wir den Wald sehen und nicht nur den einen Baum. Der Brigadegeneral Veloso ist nichts weiter als ein Vertreter der Interessen der Bourgeoisie und ihrer Absicht, in Portugal ihre totale Herrschaft wiederherzustellen."

Die Delegierten der Soldaten der Luftwaffe haben ihre Beteiligung an der Versammlung der MFA der Luftwaffe in dieser Woche abgelehnt. "Wir sagen unmißverständlich **nein** zu einer Versammlung, in der sich eine Position, die die Revolution vorwärtsbringt, niemals durchsetzen kann. Wir erkennen dieser Versammlung jegliche Repräsentativität für die portugiesische Luftwaffe ab und sie hat kein Recht, sich als Organ der großen Mehrheit der Soldaten auszugeben."

Soldaten und Arbeiter gehen zusammen

In Setubal hatte sich schon Anfang des Monats ein Kampfkomitee aus Delegierten der Kasernen, der großen Fabriken und der Stadtteile gebildet. Die revolutionären Soldaten der RALIS-Kaserne in Lissabon haben am Sonntag eine ähnliche Initiative ergriffen. Der Kommandant des Regiments, Linis de Almeida, faßte vor einigen Hundert Delegierten der Arbeiter-, Soldaten- und Einwohnerkommissionen die Absicht der Soldaten so zusammen: "Es ist dringlich in jeder Zone eine Verbindung der Arbeiter-, Einwohner- und Soldatenkommissionen zu schaffen. Es soll in jeder Zone eine organisatorische Struktur geschaffen werden, um der Spaltung entgegenzuwirken. Die Volksversammlung, in der die verschiedenen Kommissionen vertreten sind, kann diese Rolle spielen und unterschiedliche Auffassungen müssen demokratisch diskutiert werden. Wir lehnen jede Parteikontrolle ab." DieDelegierten beschlossen die Bildung eines Sekretariats.

In anderen Städten und anderen Zonen geht dieselbe Vereinigung der Kommissionen vor sich.

Während sich in den letzten 14 Tagen diese Entwicklung zur Einheit der Organe der Volksmacht beschleunigt, nehmen gleichzeitig die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter in den Fabriken und auf dem Lande zu. Angesichts des großen Streiks der Metaller in der vorigen Woche mußte die Regierung zurückweichen und Zugeständnisse machen. Die Landarbeiter und Bauern des Alentejo haben sich kürzlich mit den Delegierten aus den großen Betrieben der Gegend getroffen und es wurde gemeinsam beschlossen, den ganzen Süden des Landes demnächst lahmzulegen, wenn die Regierung nicht sofort die Kredite und technischen Hilfen an die Landarbeiter und Bauern ausgibt.

Die reaktionären Maßnahmen der jetzigen Regierung, so sieht man, haben die Menschen im ganzen Land in Bewegung gebracht in Verteidigung dieser Errungenschaften. In Lissabon finden fast täglich Massendemonstrationen statt. Ebenso ist es in den kleineren Städten und fast immer ist Zielpunkt dieser Demonstration die lokale Kaserne, wo die Einheit der Volksmassen mit den Soldaten hergestellt wird.

Die reaktionären Parteien hatten zunächst versucht, mit einer Gerüchtewelle und Alarmmeldungen Keile zwischen die Volksmassen zu treiben. Das ist kläglich mißlungen, das Manöver wurde durchschaut. Seitdem gehen PS und PPD dazu über, ebenfalls am laufenden Band Demonstrationen durchzuführen. Auch sie müssen sich auf die Straße begeben. Diese Demonstrationen der Reaktionäre werden regelmäßig zu Provokationen benutzt. So kam es vor der besetzten Kaserne RASP in Porto Anfang voriger Woche anläßlich der Demonstration der PPD zu einer Straßenschlacht, die von zwei Revolverschüssen aus den Reihen der PPD ihren Ausgang nahm. Die Sicherheitskette vor der besetzten Kaserne wurde von Provokateuren angegriffen.

Konterrevolutionäre Provokationen

Deutlicher wurde am Freitag Nacht die Absicht der reaktionären Parteien. Die PS hatte eine große Demonstration in Porto angesagt. Im Schutze dieser Demonstration überfielen reaktionäre Kommandos das Büro der UDP in Porto. Die Genossen der UDP verteidigten das Büro entschlossen. Auf einer Pressekonferenz schilderte der Vertreter der UDP die Vorgänge so:

Vorgänge so:

"Alles fing damit an, daß um 7.30 Uhr in unser Büro einige Genossen von der FEC (eine Massenorganisation, die den Marxistisch-Leninistischen Komitees nahesteht) kamen mit einem ihrer Genossen, der Stichwunden am Körper hatte, die ihm ein Faschist beigebracht hatte, der in das Büro des FEC eingedrungen war. Wir versorgten den Genossen und plötzlich fingen ein paar Gruppen vor dem Büro an, Steine zu werfen. Wir machten die Türen zu, wir hatten nämlich keine Waffen im Büro.

Jetzt wurde die Menge um das Büro größer, denn es begann die Demonstration der PS. Es wurde gebrüllt: Kommt raus, ihr Mörder, kommt raus, ihr Räuber von Gewehren usw. Es wurden Steine auf das Büro geworfen. Gut, wir blieben eine Stunde drin, nur mit der einen Pistole, die wir hatten. Jetzt gab es Anzeichen, daß sie das Büro anzünden wollten. In diesem Augenblick riefen wir unsere Genossen außerhalb um Hilfe zur bewaffneten Verteidigung.

Die Genossen kamen und als wir von den Faschisten außerhalb angegriffen wurden, machten sie von ihren Waffen Gebrauch. Aber sie schossen in die Luft. Sie warfen eine Granate, aber so, daß möglichst wenig Schaden angerichtet wurde. Drei Stunden lang gab es jetzt einen Schußwechsel. Wir bildeten einen Verteidigungsring um unser Büro und es gelang uns, die Provokateure zu isolieren. Wir hatten jetzt schon genau im Auge, welche Gruppen die Provokateure waren. Wir können sagen, daß es Kommandos der ELP (der faschistischen "Befreiungsbewegung" Spinolas) waren, mit Elementen des MRPP und der AOC (einer Massenorganisation, die der PCP/ML nahesteht), die wir identifizieren konnten.

Von diesem Augenblick an, als wir diese Gruppen ausmachen konnten, griffen wir an. Wir griffen hart an, unter anderem mit Granaten!"

Erst als wieder Ruhe eingetreten war, rückten fünf Stunden später Copcon-Einheiten an, die aber jetzt das UDP-Büro durchsuchten und Waffen beschlagnahmten. Es ist offenkundig, daß die Faschisten den Anlaß boten, die fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu schlagen. Die Militärführung leitete eine große Untersuchung ein, nicht gegen die eigentlichen Provokateure, sondern gegen die UDP.

jeder erkennt hinter den Brandstiftern und hinter den Demagogen den Faschismus und den Imperialismus. Die UDP, so wurde auf der Pressekonferenz gesagt, hat nichts mit dem Versuch zu tun, den die Rechten, die Faschisten und alle die, die sie direkt oder indirekt unterstützen, unternehmen, das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen. Wir sind gegen den Bürgerkrieg. Die UDP ist für die Einheit des Volkes, für die Organisationen des Volkes gegen den Faschismus und gegen den Imperialismus. Daher sind wir gegen den Bürgerkrieg. Wir kämpfen gegen die Spaltungsversuche, denn wir sind Teil des Volkes.

Während die PPD offen gegen die Revolution hetzt und zu Massakern an den Kommunisten aufruft, kommt es immer häufiger zu Bombenattentaten auf Gebäude und Personen der Arbeiterbewegung. Aber die Volksmassen sind in der Offensive. Am 7.10. besetzten Faschisten und Mitglieder der PPD unter der CDS den Radiosender auf dem Archipel Madeira. Sie riefen von dem Radio aus alle Reaktionäre zusammen und glaubten sich schon Herren der Insel, als die Arbeiter der Gewerkschaften und die UNP (die UDP-Organisation auf Madeira), die PCP und der LUAR den Sender zurückeroberten und die Faschisten hinaussetzten.

In dieser Situation des Landes hielt Acevedo gestern Abend seine Ansprache an die Nation, in der er das Programm der Bourgeoisie noch einmal zusammenfaßte. Vorausgegangen war dieser Ansprache ein Interview mit der amerikanischen Zeitschrift "Times", in dem der Ministerpräsident folgendes sagte: "Meiner Meinung nach geht die Regierung nicht in gute Richtung, wenn wir noch eine Woche zuwarten. Dann kann von heute auf morgen die Diszipin im Heer völlig aufhören. Wenn sich das Heer auflöst, dann werden wir kein Heer mehr haben." Dieser Gesichtspunkt wird in der Ansprache gestern Abend wieder aufgegriffen. "Ohne Streitkräfte", sagte Acevedo, "gibt es keine Autorität und ohne Autorität keine Regierung". Dann ging Acevedo vor allem auf die wirtschaftliche Lage des Landes ein, wobei er sehr genau die katastrophale Situation, die die Abhängigkeit gegenüber dem Imperialismus dem Land gebracht hatte, herausstellte. Er verkündete dann, daß eine Anhebung der indirekten Steuern unvermeidlich sei, daß die Preise wohl steigen müßten und die Gebühren für Transporte usw. wohl auch steigen würden. Er entwickelte also ein Krisenprogramm der Bourgeoisie, nicht ohne dem hinzuzufügen, daß man verstärkt jede in zeitweilige Abhängigkeit von den großen kapitalistischen Ländern gehen müsse durch Anleihen.

Gleichzeitig mußte Ministerpräsident Acevedo aber zugeben, daß bisher die Regierung eigentlich noch gar nicht zum Regieren gekommen sei.

In der Bewegung der Volksmassen geht es im Augenblick um die Führung. Wer soll die Bewegung anführen, sollen es die Revisionisten sein, die immer noch mit einem Fuß in der Regierung stehen, oder sollen es die Revolutionäre sein? Die Revisionisten sind immer noch stark in der Bewegung verankert. Wenn sie auch gewaltige Einbußen hinnehmen mußten. Wahlen in der Metallarbeitergewerkschaft zeigten das: 68 % der Stimmen erhielt die revisionistische Liste, 25 % gingen aber auf die revolutionäre Liste. Gleichzeitig aber muß man bemerken, daß die Wahlbeteiligung nur 20 % betrug und daß deutlich wird, daß die Massen der Arbeiter sich zum Teil resigniert von der Gewerkschaft, die bisher zu nichts nutze war, abwendeten oder zum Teil noch gar nicht in den Strudel der politischen Auseinandersetzung einbezogen sind.

Die PCP versucht jetzt mit aller Kraft in der Massenbewegung Fuß zu fassen. Die Soldatenbewegung wird von ihr zur neuen MFA erklärt und eine neue Einheit Volk–MFA propagiert. Die Kommissionen, vor allem die Stadtteilkommissionen, werden in den Kampf geführt für Beteiligungsrechte an der Stadtverwaltung. Die PC tut das mit dem Generalprogramm eines Ausschlusses der PPD aus der Regierung, das ist alles. Die PS wird mit Samthandschuhen angefaßt; Um alles wieder ins Gleis der Ruhe und Ordnung zu bringen, schlägt das Politbüro der PCP am 7.10. vor, daß sich die verschiedenen Strömungen der MFA, der PCP und andere Parteien der revolutionären Linken und die PS zusammensetzen sollen. Die PCP ist jetzt nur mit einem Fuß in der Regierung, sie will den anderen nachziehen. Und als Stütze dafür soll die Bewegung des Volkes dienen. Darin besteht für die PCP dieLösung der Krise.

Die Massenbewegung der Arbeiterklasse und des Volkes sieht das anders. Ebenso anders sieht es auch die Bourgeoisie. Es ist nicht ein Kampf um Regierungspöstchen dieser oder jener bürgerlichen Partei entbrannt, sondern ein Kampf um die Macht im Staat. Der Reformismus kann schon heute keine Lösung für die Bourgeoisie mehr sein. Die Revolution in Portugal ist in ihr entscheidendes Stadium getreten. Ob die Sache aber durch den Sieg der Volksdemokratie entschieden wird, diese Frage hängt davon ab, ob es dem Revisionismus gelingt, wieder die volle Führung der Bewegung zu übernehmen, die er in der letzten Zeit mehr und mehr verloren hat, oder ob die Kommunisten zum Hauptquartier des Kampfes werden. – **(kkv, 14.10., Lissabon)**

Gruppe Rote Fahne zu Portugal:

Der Unabhängigkeit zuliebe muß Ruhe herrschen

In Portugal versucht gegenwärtig die Regierung, in der Sozialdemokraten das Sagen haben und die Revisionisten mitreden wollen, "Autorität" herzustellen. Als erstes versucht sie, den Klassenkampf in der Armee und damit die Zersetzung der bürgerlichen Armee zu unterdrücken, um so den entscheidenden Teil des bürgerlichen Staatsapparates wieder zu einem zuverlässigen Unterdrückungsinstrument zu machen. Die Regierung braucht dieses Unterdrückungsinstrument, denn sie ist fest entschlossen, das imperialistische Kapital in Portugal zu schützen und die Agrarrevolution zu verhindern, um höchstens "geordnete" Reformen auf dem Lande durchzuführen. Ein Teil der Arbeiter und Bauern – und Arbeiter und Bauern bilden die Masse der Armee – ist damit schon nicht mehr zufrieden. Sie wollen nicht, daß der Sturz des Faschismus vor dem Großgrundbesitz Halt macht. Sie wollen nicht, daß die verstaatlichten Banken, Betriebe und Rundfunkanstalten in der Hand eines bürgerlichen Staatsapparates bleiben. Diesen Bestrebungen fehlt es an jeder einheitlichen Organisation und Führung. Noch ist der Einfluß der Sozialdemokraten und der Revisionisten, die beide keine Revolution wollen und an der Strippe verschiedener ausländischer Mächte tanzen, relativ groß und die revolutionären Bestrebungen der Arbeiter und Bauern müssen sich mühsam Bahn brechen: ideologisch, politisch, organisatorisch und militärisch. Also herrscht Unruhe in Portugal: Ein Teil der Arbeiter und Bauern will fortschreiten zur revolutionären Befreiung vom Imperialismus, Feudalismus und Monopolbourgeoisie, die imperialistischen, feudalen und bürgerlichen Kräfte wollen dies verhindern und die beiden Supermächte wie auch die europäischen Großmächte mischen sich mit allen Mitteln in diesen Kampf ein. Was sonst als Unruhe soll herrschen und wie anders als in dieser Unruhe sollen sich die Fronten klären? Wie soll das Volk seine Interessen erkennen und schließlich durchsetzen, ohne durch diese Unruhe hindurchzugehen? Wie soll die Volksarmee entstehen, wenn nicht durch Zersetzung der bürgerlichen Armee?

Nicht so die Gruppe Rote Fahne. Weil in dieser Unruhe auch selbstverständlich alle Kräfte der Reaktion wirken und insbesondere die Revisionisten, soll Ruhe herrschen. Deshalb begrüßt die Gruppe Rote Fahne die Herstellung der "Autorität" durch die Regierung. Im Portugalbild der Gruppe Rote Fahne gibt es nur Sozialdemokraten und Revisionisten. Da die Revisionisten Unruhe stiften und Unruhe nur gefährlich sein muß und dem Sozialimperialismus dient, ist es nur gut, wenn die Sozialdemokraten und die Regierung Ruhe stiften. Gerechtfertigt wird dieses Zeug, in dem weder Klassenwidersprüche noch Klassenkämpfe vorkommen, mit der Behauptung, daß jetzt die Unabhängigkeit Portugals verteidigt werden müsse. Das Betrübliche ist nur, daß sie noch gar nicht errungen ist, solange Portugal vom imperialistischen Kapital beherrscht wird. Die Gruppe Rote Fahne kann sich gar nicht genug gratulieren, daß vorläufig diejenigen Kräfte, "die wie der Außenminister Melo Antunes und die Sozialistische Partei für eine bürgerliche Demokratie bei nationaler Unabhängigkeit eintreten", gesiegt haben. Rätsel über Rätsel: Die Hauptaufgabe der Volksmassen und der Arbeiterklasse sei die "Verteidigung der Unabhängigkeit", wo es in Wirklichkeit noch keine Unabhängigkeit vom Imperialismus gibt und diese Unabhängigkeit vom Imperialismus soll durch die bürgerliche Demokratie errungen werden, obwohl diese nie in der Lage sein wird, das imperialistische Kapital zu enteignen und die Agrarrevolution entschlossen durchzuführen, ohne welche revolutionären Maßnahmen von wirklicher Unabhängigkeit keine Rede sein kann und Portugal der Zankapfel und Spielball der Supermächte und der europäischen Großmächte bleiben wird.

Die Gruppe Rote Fahne hat sich aus der unwiderstehlichen Strömung, Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen die Revolution, die Unabhängigkeit als eigenständigen Zweck herausgegriffen und meint, die Nationen müßten diesem Ziel die Befreiung und die Völker die Revolution opfern. Dort müssen Kleinbürger landen, wenn sie "Realpolitik" betreiben. Tatsächlich kann Unabhängigkeit nur erkämpft werden, wo die Nationen für ihre Befreiung kämpfen und das Volk die Revolution will. Tatsächlich hat Unabhängigkeit ihren Sinn nur darin, daß sie der Befreiung und der Revolution dient. Für die Gruppe Rote Fahne jedoch ist die "Unabhängigkeit", die sie sieht, wo sie noch nicht ist und mit Mitteln erkämpfen will, die dafür nicht taugen, ein idealistisches Credo. Dem Hegemoniestreben der beiden Supermächte kann mit solchem Zeug keinerlei Widerstand geleistet werden. Die revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse und der Völker aber müssen von solcher Warte aus als unzulässige Provokation erscheinen. (nach Leitartikel der Rote Fahne vom 1.10.1975) – **(js)**

Überfüllung des Weltmarktes

Die imperialistische Konkurrenz verschärft sich

Die Überproduktionskrise in den wichtigsten kapitalistischen und imperialistischen Ländern hat in diesem Jahr zu einem Rückgang des Welthandels von wenigstens 5 Prozent real geführt. Besonders betroffen ist von der Überproduktionskrise der Handel zwischen den imperialistischen Ländern selber, insbesondere der Handel zwischen der EG und den USA sowie auch der Handel innerhalb der EG. Bei der BRD als zweiter Welthandelsnation mit einem sehr hohen Exportanteil an der Produktion hat dies zu schweren Einbrüchen im Export und zu einer Halbierung des Exportüberschusses in der ersten Hälfte des Jahres 1975 geführt.

Die Überproduktionskrise und die Verstopfung des Weltmarkts führen notwendig zu einer Verschärfung der Konkurrenz unter den Monopolen und Konzernen, die den Weltmarkt beherrschen. Wie anders sollen sie ihre Produktion aufrechterhalten und ihre Waren mit Profit absetzen als dadurch, daß sie ihren Konkurrenten Märkte abjagen?

Es verschärfen sich die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten

Während sich die Regierungen der USA, der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und Japans auf einen "Wirtschaftsgipfel" in Paris vorbereiten, zu dem neuerdings auch Kanada und Italien hinzugezogen werden sollen, um hier "**gemeinsame** Lösungen für die Probleme der Weltwirtschaftsrezession" zu suchen, verstärken sich in Wirklichkeit die **Widersprüche** zwischen den imperialistischen Staaten. Diese Staaten und ihre Regierungen sind Instrumente im internationalen Konkurrenzkampf des Finanzkapitals und dieser Konkurrenzkampf führt zur Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten. Mit Hilfe der Regierungen versucht das Finanzkapital den Zugang zu den inländischen Märkten möglichst zu erschweren und sich die ausländischen Märkte möglichst zu öffnen.
öffnen.

Die USA gegen die EG

Auf den Druck der amerikanischen Stahl- und Automobilkonzerne ist jetzt in den amerikanischen Senat ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der die europäischen Waren mit einer Steuer in Höhe der Mehrwertsteuer belegen soll, bevor sie auf den amerikanischen Markt gehen können. Die Begründung für dieses Gesetz bietet die Tatsache, daß die europäischen Exportwaren für den amerikanischen Markt durch die EG-Staaten von der Mehrwertsteuer befreit werden, während die amerikanischen Waren auf den Märkten der EG mit der Mehrwertsteuer belastet werden. Diese Begründung ist windig und an den Haaren herbeigezogen. Die EG-Kommission beruft sich gegenüber solchen Argumenten mit dem gleichen Recht darauf, daß durch diese Praxis die Gleichheit zwischen den europäischen und den amerikanischen Waren überhaupt erst hergestellt wird. Doch wo triftige Gründe in der Verteidigung der Profite vorliegen, sind die vorgeschobenenen Begründungen Nebensache. Und Gründe liegen für die amerikanischen Stahl- und Automobilkonzerne zweifellos vor, um der europäischen Konkurrenz mit Hilfe des Staates das Leben wieder schwerer zu machen.

Die sieben Stahlexportländer der EG haben 1974, dem ausgesprochenen Boomjahr in der Stahlproduktion, 6,4 Millionen Tonnen in den USA abgesetzt, während die amerikanischen Konzerne im gleichen Jahr nur 426 000 Tonnen auf dem europäischen Markt absetzen konnten. "In den ersten sechs Monaten dieses Jahres lieferten die Europäer trotz weltweiter Stahlflaute noch 2,4 Millionen Tonnen nach Amerika, während die Bezüge von dort auf 64 000 Tonnen zurückgingen. Nicht zuletzt auf diese schlechte Bilanz führt die US Steel die Schwierigkeiten der eigenen Branche zurück." (Die Zeit, 3. Oktober) Mit diesen Zahlen in der Hand haben die US-Stahlkonzerne ausreichend Argumente, um auf den amerikanischen Staat Druck auszuüben, sie durch staatliche Maßnahmen, Schutzzölle, im internationalen Konkurrenzkampf zu unterstützen. Jedenfalls haben sie es bereits zu einem Gesetzentwurf im Senat gebracht. Entsprechende Gegenmaßnahmen der EG brauchen dabei, wie die Zahlen ebenfalls zeigen, die amerikanischen Stahlkonzerne nicht zu fürchten. Fürchten muß allerdings solche Gegenmaßnahmen die amerikanische Wirtschaft insgesamt, die ihrerseits durch weitere protektionistische Maßnahmen der EG getroffen stische Maßnahmen der EG getroffen werden könnte. Deshalb wird es eine scharfe Auseinandersetzung auch innerhalb der amerikanischen Bourgeoisie geben, ob dem Ansinnen der Stahlkonzerne und dem von ihnen inspirierten Gesetzentwurf stattgegeben werden soll.

Ähnliche Bemühungen wie die amerikanischen Stahlkonzerne unternimmt auch die amerikanische Automobilindustrie, wobei hier die kapitalhörige und chauvinistische Automobilarbeitergewerkschaft UAW für die Konzerne den Vorreiter macht. "Ihre Klage, ausländische Automobilhersteller böten ihre Fahrzeuge in den USA billiger an als auf den heimischen Märkten, hat inzwischen ein Antidumpingverfahren ins Rollen gebracht. Das bezieht sich zwar auf die Autoeinfuhren aus mehreren Ländern ist aber vor allem gegen die Autobauer der Bundesrepublik, in erster Linie das Volkswagenwerk, gerichtet." (Die Zeit, 3. Oktober) Weitere Verfahren mit dem Ziel, von der Regierung Schutzmaßnahmen zu erlangen, laufen gegen die Ausfuhr verschiedener EG-Agrarprodukte, gegen europäische Glasprodukte und gegen italienische Schuhe. Die amerikanische Export-Import-Bank kritisiert die "Praktiken einiger europäischer Länder": "Zahlreiche staatliche Förderungspraktiken verstießen gegen den Geist der internationalen Handelsregeln." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Oktober)

Die EG gegen die USA

Gegen die amerikanischen Antidumpingverfahren hat sich die EG-Kommission vor einigen Tagen in einer Note an die US-Regierung gewandt:

"In diesem Fall (Stahl) wie schon in anderen erwartet die Kommission von der Regierung der Vereinigten Staaten, daß sie ihre internationalen Verpflichtungen einhält und mit den anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft ihre Verantwortung gegenüber den Kräften des Protektionismus wahrnimmt." Dies kommt zweifellos von Herzen denn einerseits erhoffen sich die EG-Länder, insbesondere die BRD, gerade vom amerikanischen Markt die Impulse, um die Produktion der heimischen Konzerne wieder in Schwung zu bringen, und andererseits geht es hier um die Öffnung eines fremden Marktes, und da verhalten sich die Imperialisten stets als Freihändler. Selbst die US-Konzerne berufen sich im übrigen bei ihren Forderungen nach Unterstützungsmaßnahmen durch den amerikanischen Staat auf "unfaire Handelspraktiken" der Konkurrenten und die prüfende Behörde heißt ganz scheinheilig "Internationale Handels-Kommission", obwohl sie keinen anderen Zweck hat als die Interessen der US-Monopole im internationalen Handel zu vertreten. Jedenfalls hat der Protest der EG in den USA "Überraschung, Unverständnis und Besorgnis ausgelöst" (Neue Zürcher Zeitung, 6. Oktober). Es sei "etwas unklug", so laut zu protestieren. Außerdem messe die EG mit zwei Ellen. messe die EG mit zwei Ellen. "Im Verhältnis zu Washington werde verurteilt, was im Rahmen der EG selbst als berechtigte Schutzmaßnahme gegen unfaire Handelskonkurrenz hingenommen werde." Die "Neue Zürcher Zeitung" meint dazu selber: "Es wäre angebracht, wenn auch Brüssel einmal die eigenen Handelspraktiken auf ihre Kompatibilität mit den international eingegangenen Verpflichtungen hin überprüft." Die Gegner sind nämlich einander wert.

Auch innerhalb der EG verschärfen sich die Widersprüche

Die kapitalistische Überproduktionskrise und die Überfüllung des Weltmarktes führt nicht nur zu einer Verschärfung der Widersprüche zwischen den USA und der EG, der EG und Japan sowie Japans und der USA. Auch die Widersprüche innerhalb der EG verschärfen sich. Am schroffsten hat sich das bisher gezeigt auf einem besonderen Markt, dem Weinmarkt, und hier vor allem in den Beziehungen zwischen Frankreich und Italien. Ohne Rücksicht auf die EG-Bestimmungen und EG-Beschlüsse hat Frankreich vor kurzem, um sich vor billigen italienischen Weinimporten zu schützen, auf diese eine zwölfprozentige Importsteuer erhoben. Doch beschränkt sich die Verschärfung der Konkurrenz keineswegs auf den Agrarmarkt. So hat die "Süddeutsche Zeitung" am 30. September gemeldet: "Nicht nur die britischen Einfuhren japanischer Pkw und anderer Billigpreisgüter aus dem fernen Osten sind weiterhin von Importkontrollen bedroht, sondern offensichtlich auch die Importe aus den europäischen Gemeinschaften. Handelsminister Shore äußerte jetzt in Blackpool erneut sein Mißfallen über das umfangreiche Handelsdefizit Großbritanniens mit den übrigen EG-Partnern und drohte, wenn es sein muß, werden wir uns mit den Bestimmungen in unserem EG-Beitrittsvertrag und in den Römischen Verträgen befassen, um dieser ernsten Situation zu begegnen. (...) Kritisch nahm Apel in einem Interview des britischen Fernsehens zu der von linken Labourpolitikern geforderten Einführung von Importkontrollen Stellung. Mit solchen Maßnahmen würden die Weltwirtschaft und die internationale Solidarität ihrem Ende zugeführt. Apel deutete an, daß Bonn Gegenmaßnahmen ergreifen würde, wenn es wirklich zu Einfuhrsperren kommen sollte." Ähnliche Meldungen fanden sich auch später in der Tagespresse.

Die Konzerne und die imperialistischen Staaten wollen die Arbeiterklasse in ihre Auseinandersetzungen verwickeln und die Arbeiter vor ihren Karren spannen

Die kapitalistische Überproduktionskrise und die Überfüllung des Weltmarktes verschlechtert in allen imperialistischen Ländern die Lage der Arbeiterklasse. Millionen sind be- der Arbeiterklasse. Millionen sind be- reits arbeitslos und die Arbeitslosigkeit verschärft den Druck der Kapitalisten auf die Löhne. Klar ist, daß die Kapitalisten versuchen, jeweils "ihren" Arbeitern klarzumachen, daß an ihrer schlechten Lage nicht der Kapitalismus, sondern der Konkurrent schuld ist und daß sie ihre Lage nur verbessern können, wenn sie mit ihm gemeinsam gegen die Konkurrenten kämpfen. So versuchen die Konzerne die Arbeiterklasse der einzelnen Länder nicht nur für eine kampflose stärkere Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu gewinnen, sondern sie auch direkt einzuspannen als Träger ihrer Forderungen an die Regierung, wie die Regierungen im Dienst der Konzerne die Arbeiter einzuspannen versuchen, um ihre imperialistische Politik gegenüber anderen Staaten durchzusetzen. Wichtigstes Instrument zu diesem Zweck sind die kapitalhörigen, reformistischen und revisionistischen Gewerkschaften. Die amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft hat sich so direkt zum Vorkämpfer der US-Konzerne in ihrer Auseinandersetzung mit den EG-Konzernen um den amerikanischen Markt gemacht. Die "Labour-Linke" und die Führung der britischen Gewerkschaften machen sich ihrerseits zum Vorkämpfer der Schutzforderungen der britischen Monopole innerhalb der EG, wie sie sich auch bereits einem "Stabilitätspakt" unterworfen haben, der die internationale Konkurrenzfähigkeit des britischen Imperialismus sichern soll. Wenn die Arbeiter sich aber vor den Karren der Monopolbourgeoisie spannen lassen, dann geben sie ihre eigenen Interessen auf und lassen sich gegeneinander ausspielen. Gerade diese Linie des Verrats der Interessen der Arbeiter und der internationalen Arbeiterklasse verfolgen auch die DGB-Gewerkschaften. Loderer hat dies erst jetzt wieder deutlich zum Ausdruck gebracht. Handelt die UAW im Interesse von Ford und General Motors, so handelt die IG Metall und Loderer im Interesse der deutschen Automobilindustrie und speziell des VW-Konzerns. Der Forderung der UAW, den amerikanischen Markt für die Produkte des VW-Konzerns zu schließen, setzt Loderer gemeinsam mit dem Vorstand von VW die Strategie entgegen, den VW-Konzern durch Kapitalexport direkt auf dem amerikanischen Markt anzusiedeln. Dabei weiß er ganz genau, daß dies zur Schließung des Emdener VW-Werkes führen wird, in dem gegenwärtig zur Billigung der IG Metall wie in Wolfsburg selber Sonderschichten für den amerikanischen Markt gefahren werden:

"Zur Entwicklung beim Volkswagenwerk, dessen stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Eugen Loderer ist, äußerte sich der IG-Metall-Boß relativ zuversichtlich. Die Kursverbesserung des Dollars habe zur Folge, daß die US-Verkäufe jetzt wieder Gewinne brächten. Dennoch sieht Loderer die Notwendigkeit, daß der Konzern sich direkt auf dem amerikanischen Markt engagieren müsse, was allerdings besser schon vor Jahren geschehen wäre." So will der kapital- schehen wäre." So will der kapital- hörige Loderer die Strategie der kapitalhörigen UAW unterlaufen. Indem diese Gewerkschaftsführer die Politik der Gewerkschaften an die Interessen der imperialistischen Monopole ketten und behaupten, dadurch die Existenz der Arbeiter zu sichern, spielen sie die Arbeiter in Wirklichkeit gegeneinander aus und verraten ihre Interessen an die imperialistischen Monopole. An der Überproduktionskrise und ihren Folgen für die Arbeiterklasse verändert sich dadurch gar nichts, was die einen zu gewinnen scheinen, verlieren die anderen, und insgesamt wird die Arbeiterklasse zum Spielball des Monopolkapitals und des Imperialismus.

Die Krise des Kapitalismus kann für die Arbeiter niemals ein Signal sein, sich auf die Seite der untergehenden Monopolbourgeoisie zu stellen. Sie kann nur ein Signal sein, die eigenen Interessen der Monopolbourgeoisie entgegenzustellen und sich international auf Grundlage dieser Interessen zusammenzuschließen. Der Weg der Monopolbourgeoisie hat stets zu Elend und Kriegen geführt. Der Weg der Arbeiterklasse führt zum Sozialismus. Ein Mittelding kann es nicht geben.

Buchmesse

Frankfurt. Vom 9. bis 14. Oktober fand in Frankfurt die internationale Buchmesse statt. Über 4 000 deutsche und ausländische Verlage stellten zigtausende Bücher vor, allein in der BRD gab es letztes Jahr 50 000 Neuerscheinungen. Diese Messe gibt jährlich einen Eindruck davon, wohin sich die Literatur in Westdeutschland entwickelt. Nach Aussagen der Buchverleger und der bürgerlichen Journalisten ist die "Sachbuchwelle" vorbei, und die "Betonung des Individuums" soll eine neue Welle einleiten. Eine Handvoll riesiger Verlagshäuser, die durch ihre Werbeetats und "Verkaufshilfen" den Buchhandel steuern, hat sie propagiert. Für die kapitalistischen Verleger sind Bücher Waren, und sie drucken, was am meisten Profit verspricht. Damit sich die bürgerliche Ideologie durch die Bücher verkaufen läßt, müssen sie in kurzen Abständen neue "Wellen" schaffen. Mit wirklich Wissenswertem haben sie jedenfalls wenig im Sinn.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren war die Volksrepublik China durch das chinesische Vertriebszentrum Guozi Shudian wieder auf der Messe vertreten. Das war ein wichtiger Gegenpunkt zu dem ganzen sich tiefsinnig gebenden bürgerlichen Plunder. Das große Interesse der Messebesucher war daran gut zu erkennen, daß die meisten mit chinesischen Zeitschriften unter dem Arm das Gelände verließen. Auch an den Ständen der Verlage und des Vertriebs des KBW, an denen wir neben unserer eigenen Literatur chinesische Literatur ausstellten, bildeten sich oft große Trauben von Menschen, die eifrig in den Büchern blätterten, vor allem zu den Zeiten, wenn nicht nur Buchhändler Zugang hatten.

Die Reaktion der Buchhändler war gespalten. Einerseits müssen auch sie die Erfolge des chinesischen Volkes zugestehen und auch die Literatur anerkennen; andererseits ist ihnen nicht recht wohl, wenn sie mit diesen Büchern in ihren Regalen und Schaufenstern den Sozialismus propagieren sollen. Einige wenige bestellten begeistert bei unserem Buchvertrieb etwa fünfmal mehr als auf der letzten Messe. Die meisten hielten sich zurück, einige clevere Geschäftsleute sagten eine "China-Welle" voraus. Womit sie nicht falsch liegen. Allerdings wird es sich bei dieser Welle nicht um einen modischen Gag im Rahmen des Verlags-Marketing handeln, sondern das drückt den Drang nach handfester Umwälzung der Gesellschaft und nach revolutionärer Literatur aus. – **(fb)**



Die Demonstration gegen den § 218 in der Fragestunde des Bundestags

Einsatzbesprechung von Regierung und Opposition



25 ooo bei der Abschlußkundgebung der Demonstration gegen den § 218 auf dem Bonner Münsterplatz

Die Demonstration in Bonn am 21. September hat das offizielle Bonn gezwungen, sich mit der Bewegung gegen den § 218 und ihrer Forderung nach Beseitigung dieses Strafparagrafen durch Volksentscheid zu befassen. Bekannt ist ihnen diese längst. Bekämpft haben sie sie bislang durch die Politik des Totschweigens. Das will nach dieser Demonstration so recht nicht mehr gelingen. Wie wird man mit ihr fertig, ist die Frage, die in der Kleinen Fragestunde des Bundestages zwischen Bundesregierung und Opposition verhandelt worden ist. Geschehen am Mittwoch, den 1. Oktober, in der 189. Sitzung des Bundestags in Bonn.

Angefragt hat die CDU/CSU, geantwortet die Bundesregierung. Aus dem Protokoll über diese Fragestunde geht hervor, wodurch die Debatte geprägt war. Die CDU/CSU will, daß Maßnahmen gegen die Bewegung gegen den § 218 ergriffen werden. Verfolgt soll sie werden und frontal angenommen. Die Bundesregierung ist nicht gegen Verfolgung und Schikane der Bewegung. Dafür ist sie durchaus. Das soll aber über die Länder und an den Orten gemacht werden. Ansonsten will sie weiter die Bewegung durch schlichtes Nichtbeachten entmutigen. Sie hat die Sorge, daß der zentralisierte Einsatz des staatlichen Gewaltapparates gegenwärtig den Gegnern des § 218 mehr nützen würde als umgekehrt. Nicht getraut haben sich beide Seiten, die Forderungen der Komitees anzugreifen, sondern die Parlamentarier haben sich damit beschäftigt, ob und wie man der Bewegung "Verfassungsfeindlichkeit" im weiteren Sinn anhängen kann.

hängen kann.

Wer ist verantwortlich?

Bundestagsvizepräsident Schmitt-Vockenhausen (SPD) ruft die Frage 11 des Abgeordneten Spranger (CDU/CSU) auf: "Welche Gruppen oder Personen sind für die Organisation und Durchführung der Demonstration am 21. September 1975 in Bonn gegen den § 218 StGB verantwortlich?"

Dem MdB Spranger wird vom parlamentarischen Staatssekretär des Innenministers, Dr. Schmude, zunächst mitgeteilt, daß "der Vorgang" überhaupt nicht in den Verantwortungsbereich der Bundesregierung gehöre. Der "Vorgang", wie der Bürokrat die Massendemonstration nennt, habe sich im "Verantwortungsbereich des Landes Nordrhein-Westfalen ereignet". Weshalb die Bundesregierung gar nicht der zuständige Adressat in der Fragestunde sei, sondern die Landesregierung in Düsseldorf. Bei der habe er aber rückgefragt, um die Anfrage beantworten zu können. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen habe ihm mitgeteilt: Verantwortlich sei der Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218, und die Landesregierung habe weiter mitgeteilt, daß dieser Ausschuß "vornehmlich vom KBW und der KPD/ML getragen wird".

Da faßt MdB Spranger gleich nach: "Herr Staatssekretär, stimmen Sie der Ansicht zu, daß es eines großen Mobilisierungseffekts und einer umfassenden Organisation bedarf, um eine so große Demonstration durchzuführen?" Im Gegensatz zur CDU/CSU – solch eine Stellungnahme will Spranger erzwingen – ist die Bundesregierung ein Bruder Leichtfuß, der die Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch die Extremisten geringschätzt.

Über den § 218 will die Bundesregierung diesen Streit aber nicht austragen, weshalb Schmitt-Vockenhausen als geschäftsführender Präsident der Bundesregierungs-Koalition beispringt und diese Debatte per Geschäftsordnung als "nicht zur Sache" gehörig unterbindet.

Kann man die Sache verbieten?

Spranger kommt zur Sache: "Herr Staatssekretär, teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese Demonstration eine verfassungsfeindliche Zielsetzung hatte, weil Demonstranten u.a. nach dem Bericht der 'Süddeutschen Zeitung' vom 22. September die Abschaffung des § 218, die Abschaffung des Bundesverfassungsgerichts und Kampf gegen die 'Klassenjustiz' forderten?" Die Forderung "Weg mit dem Bundesverfassungsgericht!" gab es auf der Demonstration nicht. Das ist eine Erfindung Sprangers. Es wurde erhoben die Forderung: "Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts" und, wie Spranger selbstverständlich weiß, die Forderung nach Beseitigung des § 218 durch Volksentscheid. Danach fragt er aber nicht. Das wagt er nicht. Er will die Auskunft der Regierung, daß jeder als Verfassungsfeind behandelt werden muß, der nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen den § 218 weiterkämpft. Den bürgerlichen Staat will er auf Trab bringen. Was er aber nicht mag und fürchtet, ist, in der Fragestunde lauthals die Forderung nach Beseitigung des § 218 durch Volksentscheid als verfassungsfeindlich hinzustellen. Das wäre nicht ganz einfach, weil er auf diese Weise in die Lage käme, den Massen die Feindlichkeit zur Verfassung zu bescheinigen, wenn sie auf

fassung zu bescheinigen, wenn sie auf

nichts anderem als darauf bestehen, ihr Recht auf Entscheidung als Souverän in der Frage des § 218 zur Geltung zu bringen. Das Risiko einer solchen Debatte will auch Spranger von der CDU/CSU-Fraktion nicht. Gegenwärtig jedenfalls.

Diese Lage will auch der Vertreter der Bundesregierung gegenwärtig nicht. Er antwortet: "Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß bei Meinungskundgebungen etwa zum § 218, aber auch zu vergleichbaren Themen, die Gegenstand der politischen Auseinandersetzung sind, mit dem Vorwurf einer verfassungsfeindlichen Zielsetzung sehr zurückhaltend operiert werden muß. Ich kann Ihnen daher leider nicht bestätigen, daß die Bundesregierung die Zielsetzung dieser Demonstration pauschal als verfassungsfeindlich betrachtet."

Ist das ein Beweis der Harmlosigkeit dieser Regierung? Ein Beleg, daß sie gegenüber der CDU/CSU die Freiheit der politischen Auseinandersetzung verteidigt? Beileibe nicht. Die Antwort von Schmude verdient genauere Betrachtung.

Vorsicht ist geboten

Er stellt erstens fest, selbstverständlich muß mit dem Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit operiert werden. Denn anderes kann man politische Massenbewegungen nicht in der öffentlichen Meinung angehen, anders kann man politische Bewegungen nicht der Wucht des Staatsapparates aussetzen, z.B. Verfolgung und Verbot vorbereiten. Diese Antwort an den Herrn Kollegen von der Opposition ist also sehr aufschlußreich: "Operiert" muß werden, aber in dieser Sache ist gegenwärtig Vorsicht am Platz. Der Vertreter der Bundesregierung weiß: Die Ziele der Demonstration in Bonn werden natürlich nicht nur von den 25 000 vertreten, die sie durch Teilnahme an der Demonstration vertreten haben. Das Zwanzigfache davon, eine halbe Million, hat sich diesen Zielen durch seine Unterschrift angeschlossen und sie bestärkt. Noch mehr gibt es, die mit diesen Forderungen sympathisieren. Und die Bewegung gegen den § 218 und für seine Beseitigung durch Volksentscheid stützt sich auf die breite Ablehnung des Strafgesetzes in der Arbeiterklasse und im Volk. Sie alle jetzt zu Verfassungsfeinden zu erklären und auf den Hals zu kriegen, das will Staatssekretär Schmude keine erfreuliche Aussicht sein. Wo grad die Bundesregierung, Wehner mit Fraktion und Mischnick mit Fraktion ihren Gesetzentwurf als wirklich annehmbar für die Massen verkaufen wollen.

"Pauschal" will also die Bundesregierung diese Demonstration nicht als verfassungsfeindlich betrachtet haben. Aber Teile, verschiedene Träger, Einzelne durchaus. Das kann sich Staatssekretär Schmude gut vorstellen. Er gibt der Opposition einen sachten Hinweis: Aus der Bewegung gegen den § 218 sollte man die Verfassungsfeinde herausschälen. Der Massenbewegung die Führung nehmen. Sie womöglich spalten.

„Der Vertreter der Bundesregierung bedeutet der Opposition: Etwas mehr

bedeutet der Opposition: Etwas mehr

Vorsicht im öffentlichen Umgang mit dieser Bewegung ist am Platz. Keineswegs gedenke man aber, die Sache auf sich beruhen zu lassen, man sei schon tätig und schaffe sich die entsprechenden Möglichkeiten. Bekanntlich "observiert" der Verfassungsschutz die Komitees gegen den § 218 im Zusammenhang mit der RAF.

Sind Hintermänner zu fassen?

Spranger, CDU/CSU-Fraktion, stößt sofort nach: "Herr Staatssekretär, ist die Bundesregierung bereit, eine umfassende Analyse dieser Demonstration anzufertigen oder in Auftrag zu geben, damit man Hintergrund und Hintermänner dieser Demonstration der Öffentlichkeit näher vorstellen kann?" Den "Hintergrund" können wir ihm mitteilen: Es ist das Strafgesetz 218 selber, das Abtreibung unter Strafe stellt, die Massen, die zur Abtreibung gezwungen sind, unterträglicher staatlicher Schikane und Bevormundung aussetzt. Spranger hat den Hinweis der Bundesregierung schon verstanden und meint: Wenn man schon der Bewegung selbst nicht ans Fell geht, so wenigstens den politischen Organisationen, die diese Bewegung unterstützen. Und zu welch schmierigen Wortschöpfungen sind diese Reaktionäre in der Lage: Die Rechtfertigung von Bespitzelung und Verfolgung sind "der Öffentlichkeit etwas näher vorzustellen"!

Schmude will diese Erörterung nicht: "Ich glaube, Herr Kollege, Sie haben durch Ihre Frage und durch die bereits von mir vorhin erteilte Antwort dazu beigetragen, daß der Hintergrund dieser Aktion aufgehellt wird." Schmude bedeutet dem Kollegen Spranger: Lassen wir das jetzt am besten; wenn wir die Sache unnötig breit treten, ist das nicht gut. Aber weil der sanfte Fingerzeig nicht ausreichen könnte, fährt er fort: "Ich kann ergänzend noch darauf hinweisen, daß der Ausschuß der Komitees, von dem ich vorhin gesprochen habe, angibt für etwa 160 Komitees und Initiativen in rund 200 Städten tätig zu sein." Diese Andeutung soll Kollegen Spranger zur Überlegung bewegen, auf was er sich einläßt und was er anrichten kann, wenn er verlangt, man solle die Bewegung gegen den § 218 und für Volksentscheid gegen den § 218 in aller "Öffentlichkeit" verfolgen. Schmude schließt, indem er der CDU erläutert, daß die Bundesregierung durchaus ihr eigenes Konzept hat, um diese Bewegung zu verfolgen und zu bekämpfen: "Im übrigen können Sie davon ausgehen, daß auch dieser Demonstrationsvorgang von uns sorgfältig verfolgt worden ist und daß wir gegebenenfalls gebotene Folgerungen daraus ziehen werden. Vornehmlich allerdings ist die Durchführung des Versammlungsrechts Ländersache, hier konkret Sache des betroffenen Landes Nordrhein-Westfalen." Durchführung des Versammlungsrechts: Das bedeutet wie in Bonn, daß die Demonstration von der Polizei willkürlich angegriffen und provoziert wird.

Diese Antwort deckt sich ganz und gar mit den Erfahrungen der Komitees und Initiativen gegen den § 218. Beständig erfolgen auf ihre Stände,

Beständig erfolgen auf ihre Stände,

auf ihre öffentliche Agitation Polizeiüberfälle, wird diese verschiedenorts verboten, werden sie von den staatlichen Behörden drangsaliert. Dies bezeichnet der parlamentarische Staatssekretär als "Durchführung des Versammlungsrechts", die "Ländersache" ist. Polizeidruck auf unterer Ebene soll es geben, das Versammlungsrecht soll angewandt werden, indem es aufgehoben wird. Nicht die staatliche Zentralgewalt soll gegen die Bewegung vorgehen, sondern von unten soll sie erstickt und entmutigt werden (bloß: Die bisherigen Ergebnisse waren nicht danach, das Gegenteil ist rausgekommen).

MdB Nordlohne, CDU/CSU-Fraktion, schaltet sich mit einer Zusatzfrage ein. Im Gegensatz zur Bundesregierung will er die Hintermänner rauslassen, will zeigen, daß die CDU besser als die Regierung darüber Bescheid weiß, die so ungenau unterrichtet ist, daß sie sogar die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) fälschlicherweise zum "Hintermann" erklärt hat: "Herr Staatssekretär, ist der Bundesregierung auf Grund der Rücksprache mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen bekannt geworden, daß der Kommunistische Bund Westdeutschland seit Monaten diese Demonstration vorbereitet hat?" Schmude mag sich dazu nicht äußern. "Woher auch immer", sagt er, ist die Bundesregierung über die Vorbereitung der Demonstration informiert.

Wie ist es möglich, daß Leute sich bewegen, ohne dafür bezahlt zu werden?

Spranger (CDU/CSU) stellt eine neue Anfrage. Er hält an der Verfassungsfeindlichkeit fest. Frage 12: "Mit welchen Methoden gelang es den Veranstaltern, Tausende von Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet zur Teilnahme an dieser verfassungsfeindliche Ziele verfolgenden Demonstration in Bonn zu bewegen, und welche Kosten entstanden schätzungsweise den Verantwortlichen bei Vorbereitung und Durchführung der Demonstration?" Unfaßlich ist es diesem Reaktionär, daß Tausende von Menschen sich für ihre **Interessen** und ohne Bezahlung in Bewegung setzen und kämpfen. Sie müssen nicht "bewegt werden". Daß sie in Verfolgung ihrer Interessen keineswegs vor der Verfassung auf dem Bauch liegen, dafür müssen für ihn irgendwelche "Methoden" verantwortlich sein. Schmude antwortet, daß eine verläßliche Schätzung der Kosten nicht möglich sei. "Nach unseren Erkenntnissen" sind Sonderzüge und zahlreiche Busse eingesetzt worden. "Nach unseren Erkenntnissen", die "woher auch immer" kommen, bedeutungsschwanger spricht der Staatssekretär. Bloß sind das Erkenntnisse, die in zehntausendfacher Ausfertigung von den Komitees oder der KVZ veröffentlicht worden sind und in jeder Stadt öffentlich bekannt waren.

Spranger will wenigstens wissen, was die Sonderzüge bei der Bundesbahn gekostet haben. Freiherr von Fricks (CDU/CSU) kann nicht mehr an sich halten. Zwischenruf: "Welche

an sich halten. Zwischenruf: "Welche

Sondertarife bekommen die von der Bundesbahn?" Entrüstet ist er, hat doch offensichtlich eine bundeseigene Einrichtung dazu hergehalten, Verfassungsfeinde zu transportieren, und die haben womöglich "Sondertarife" bekommen!

Sogar auf Soldaten ist kein Verlaß mehr

Und noch eines will die CDU/CSU wissen, von tiefer Sorge erfüllt. Hauser (CDU/CSU Bonn/Bad Godesberg): "Herr Staatssekretär, wie war es angesichts der Haltung der Veranstalter zur Verfassung möglich, daß an dieser Demonstration eine relativ große Zahl von Bürgern in Uniform, also uniformierte Bundeswehrsoldaten, teilgenommen hat, und was gedenkt die Bundesregierung hiergegen zu unternehmen?" Erschreckt ist die CDU, daß die bewaffnete Formation des bürgerlichen Staates nicht etwa dem Verfassungsauftrag gemäß eine durch und durch feindliche Haltung zu den Massen, denen dieser § 218 verhaßt ist, einnimmt, sondern daß "trotz der bekannten Haltung zur Verfassung" eine große Zahl von Mannschaftsdienstgraden an der Demonstration teilgenommen hat. In Uniform. Arbeiter und Angestellte in Uniform. Vizepräsident Schmitt-Vockenhausen unterbindet die Debatte darüber: "Herr Kollege, ich kann diese Zusatzfrage nicht zulassen, weil sie mit der eingebrachten zweiten Frage nicht im Zusammenhang steht." Hier wird nicht debattiert, hier soll geschwiegen und verfolgt werden.

Den Komitees, dem KBW muß an den Kragen gegangen werden. Auf jeden Fall zumindest dadurch, daß man sie an den Bettelstab bringt. Man muß ihnen Kosten aufbürden. MdB Sauer (CDU/CSU Salzgitter) fragt "im Interesse von vielen Gemeinden, Städten, Landkreisen und auch von privaten Hausbesitzern" an, ob sie nicht zur "Kasse gebeten werden" können "zur Beseitigung der wilden Plakatierung".

Daß die Regierung, daß die Parteien sich Sorgen machen, kann man gut erklären: Die Bewegung gegen den § 218 muß schikaniert, muß mit Zahlungsbefehlen ruiniert und von den Straßen und Plätzen muß die Agitation gegen den § 218 verbannt werden. Denn in wenigen Wochen stehen Regierung und Parlamentarier vor der schwierigen Aufgabe, die Aufrechterhaltung des verhaßten Paragrafen als Wohltat für die Volksmassen zu verkaufen. – **(hjh)**